Zeitung für Selbstverwaltung

P 8008 E Vertrieb: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20 6900 Heidelberg 1 Nr. 38 Jahrgang 4 November '87 3.00 DM

Andreas Wischner
Frankenstr. 15
D-1000 Berlin 30

00.2621 001 5 ##

Die 'neuen' Unternehmer

PARTNERSCHAFTSUNTERNEHMEN UND SELBSTVERWALTUNGSWIRTSCHAFT

Red. Rhein/Main In diesen Tagen – am 27./28. Oktober – findet in Hamburg der Kongreß „Menschen machen Wirtschaft – Menschen schaffen Arbeit" statt. Veranstalter ist die „Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Partnerschaft in der Wirtschaft", kurz: AGP, eine Organisation der so einschlägig bekannte Unternehmen wie Hewlett Packard, Bertelsmann und blätterwald angehören.

„Huch", stöhnt der aufmerksame Selbstverwalter, „was hat das denn nun wieder zu bedeuten?! Haben die Mitarbeiter von Hewlett Packard und Bertelsmann ihre Läden in Selbstverwaltung übernommen? Ist blätterwald nun doch endlich zum internationalen Multi aufgestiegen? Oder ist jemand dabei, ein neues Netzwerk aufzubauen, um konventionelles und alternatives Kapital zu verflechten?"

CONTRASTE ist den Fragen nachgegangen und hat sich bemüht, Antworten zu finden. Der CONTRASTE - Schwerpunkt „Partnerschaftsunternehmen und Selbstverwaltungswirtschaft" diesmal auf den Seiten 10 bis 13 mit Beiträgen von der Bundesarbeitsgemeinschaft der Netzwerke, DGB - Bundesvorstand, dem Kollegen Redakteur von der AGP-Zeitung „Das neue Unternehmen" u.a.

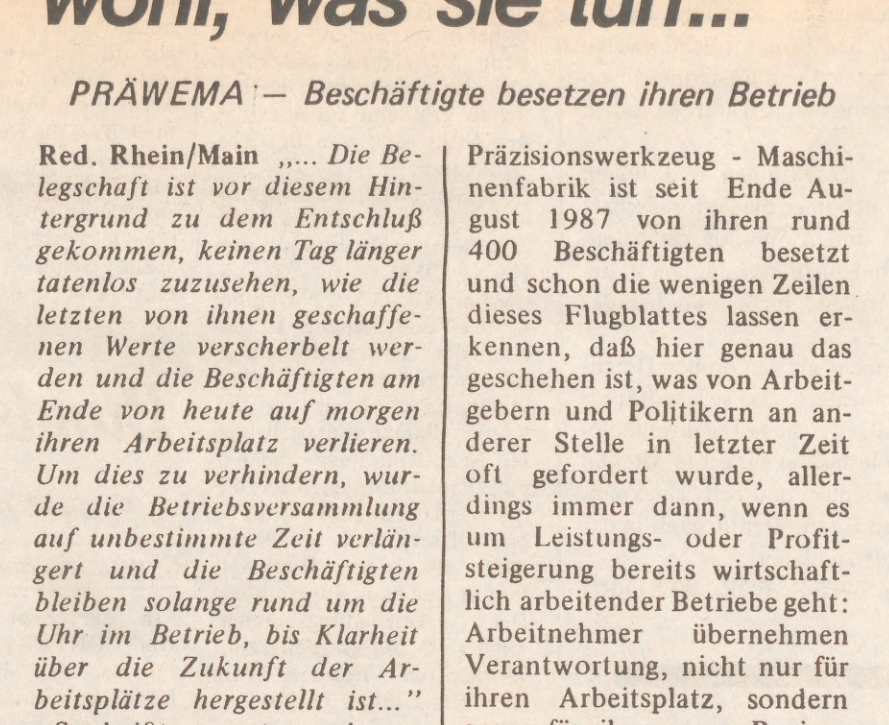

Foto: Petra Inden

„ ... Das, was hier passiert ist, kann man nicht von oben aufsetzen, dazu gehört eine Kraft, die aus der Belegschaft selbst gekommen ist." (Erwin Peter, Bevollmächtigter, IG-Metall

Denn sie wissen sehr wohl, was sie tun...

PRÄWEMA – Beschäftigte besetzen ihren Betrieb

Red. Rhein/Main *„... Die Belegschaft ist vor diesem Hintergrund zu dem Entschluß gekommen, keinen Tag länger tatenlos zuzusehen, wie die letzten von ihnen geschaffenen Werte verscherbelt werden und die Beschäftigten am Ende von heute auf morgen ihren Arbeitsplatz verlieren. Um dies zu verhindern, wurde die Betriebsversammlung auf unbestimmte Zeit verlängert und die Beschäftigten bleiben solange rund um die Uhr im Betrieb, bis Klarheit über die Zukunft der Arbeitsplätze hergestellt ist..."*

So heißt es unter anderem in einem Flugblatt der PRÄWEMA-Beschäftigten an die Mitbürger von Eschwege. Die Präzisionswerkzeug - Maschinenfabrik ist seit Ende August 1987 von ihren rund 400 Beschäftigten besetzt und schon die wenigen Zeilen dieses Flugblattes lassen erkennen, daß hier genau das geschehen ist, was von Arbeitgebern und Politikern an anderer Stelle in letzter Zeit oft gefordert wurde, allerdings immer dann, wenn es um Leistungs- oder Profitsteigerung bereits wirtschaftlich arbeitender Betriebe geht: Arbeitnehmer übernehmen Verantwortung, nicht nur für ihren Arbeitsplatz, sondern sogar für ihre ganze Region, den „sterbenden" Werra-Meißner-Kreis.

Fortsetzung auf Seite 4

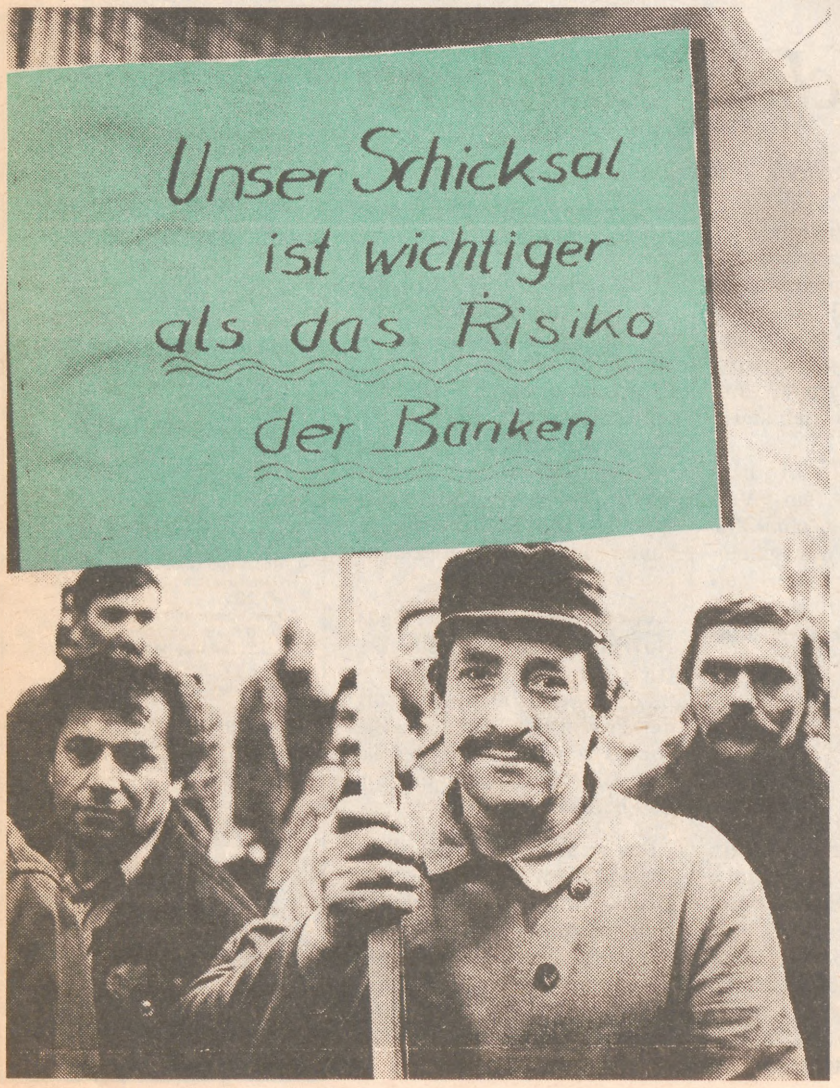

Foto: R. Vollmer

Streit bei der Ökobank

Steht durch die Einbeziehung von Personen aus dem konservativen Spektrum in den Aufsichtsrat der Ökobank die politische Glaubwürdigkeit des Projektes auf dem Spiel? Beiträge und Leserbriefe zum jüngst ausgebrochenen Streit über den Vorschlag, die Sozialausschüsse der CDU (CDA) mit einem Sitz im Aufsichtsrat zu beglücken

auf den Seiten 8 und 9

Denn sie wissen nicht, was sie reden...

Dürftige Politkervorstellungen gab es auf dem „Symposium Sozio-Kultur – Innovationen für Kultur, Bildung und Gesellschaft" Mitte Oktober in Tübingen, an dem VertreterInnen der über 120 in der BRD arbeitenden Zentren teilnahmen. Ein Bericht von Werner Schmitz auf Seite 3

Einstieg in den Ausstieg

Dieser salomonische Satz der Sozialdemokraten zum Thema Atomkraft scheint auch für den Bereich Sozio-Kultureller Zentren in der BRD zu gelten. Jedenfalls erreichte die neue Kulturredaktion Hamburg als erstes Hiobsmeldungen von Zentren aus Essen und Schwerte. Diese Meldungen und eine Bestandsaufnahme über die Arbeit der Zentren in NRW von Andreas Bomheuer auf unserer Kulturseite.

Seite 5

Hamburger Staatsknete

Im August '86 zauberte der Hamburger Senat ein Kaninchen namens „Lawaetz-Stiftung" aus dem Hut. Mit einem 2,5 Millionen-Etat für drei Jahre ausgestattet. Ein Taschengeld für die Hamburger Betriebe. Warum sich das Hamburger Netzwerk seit dem Frühjahr '87 trotz Kritik und Verweigerung der Mitarbeit durch den „Verband" und auch der „BIS-Hamburg" an der Arbeit der Stiftung beteiligt und warum in Hamburg so kontovers über das senatsnahe Modell dikutiert wird, dokumentieren wir auf

Seite 6

Neue Rechtsformen für Selbstverwaltete Betriebe?

Über Unternehmensformen der Selbstverwalteten . Betriebe und einen (Schubladen-)Gesetzentwurf der GRÜNEN - Bundestagsfraktion zur Erweiterung des geltenden Genossenschaftsrechts ein Beitrag von Michael Raetsch.

Seite 7

Hilfe zur Selbsthilfe –world wide

Der 2. Teil der entwicklungspolitischen Polemik von Claudia von Braunmühl auf Seite 14

Die Dezember-Ausgabe von CONTRASTE mit dem Schwerpunktthema „New Age" wird erst am 11.12. ausgeliefert. Begründung: Die BUNTEN SEITEN, die der Dezember - Ausgabe beiliegen sollen, sind finanziell noch nicht abgesichert. Aus diesem Grund wurde der Redaktionschluß der Beilage noch einmal verschoben: **auf den 16.11.1987!!!!!** (siehe auch S. 15)

DER KOMMENTAR:

Von Dieter Poschen, Heidelberg

Zweifelsohne, im „groben Durchblick" versuchen sie sich jetzt alle. Und auch die Krokodilstränen der Verantwortlichen und PolitikerInnen aus dem hohen Norden können den nicht mehr verwässern. Spätestens seit Barschels Tod gewinnt der Skandal um Medien, „Klempner", Denunzianten und Parteistrategen... schlichtweg der ganze Kampf um die Macht in Schleswig Holstein und im Bundesrat, die Dimension eines – schlechten – Politkrimis. Da reibt der deutsche Michel sich verwundert die Augen, hat Anlaß zu wilden Spekulationen. Es geht ja schließlich um die Wahrheit...

Wo ist „fact" und wo ist „fiction"? Sprechen die Ereignisse für sich selbst? Noch die Schrifties der Literatentaz mochten zu dem ganzen „Schmierentheater" von Kiel nicht viel schreiben. Das war vor Barschels jähem Ende. Und auch jetzt wäre wohl eher ein Konsalik zu bemühen..., wenn es der Legenden über das mediengerecht servierte, aber mysteriöse Sterben des Uwe Barschel nicht schon genug gäbe.

Da gibt es aber nicht nur die Fabuliererei und die Banalität vieler Einzelheiten, die nur zu leicht vom Gesamtbild ablenken. Es ist dies die Momentaufnahme eines „gläsernen Staates".

So wird halt geherrscht, hierzulande – live aus Kiel. Und so werden daher auch die Medien als Komplizen zur Verdummung des Wahlvolks gebraucht, für „Enten", Fälschungen, Denunziationen und Kampagnen. Und so weit geht eben auch das Ausmaß an „krimineller Energie", das JournalistenkollegInnen in den hochdotierten Jobs der Pressestellen von Parteien und Regierung abverlangt wird, wenn Stimmungen produziert werden sollen, die Wahlen entscheiden.

In den selbstverwalteten Redaktionen und linken Schreibstuben wird jedoch noch über die Autorenschaft vergangener BILDStörungen und Aufmacher gestritten, wo in Schleswig-Holstein, und nicht nur da, längst landesweite Bildstörung vorherrscht, nicht nur bei der gleichnamigen Journaille.

In der Tat, da brauch es mehr als den groben Durchblick in diesem „Schmierentheater", das sich später als Thriller entpuppte, mehr als die neuesten kriminologischen „Enthüllungen". Da brauchen wir echte Alternativen zu „Scheckbuchjournalismus" und Schweinekram. Es gilt, die Rolle einer linken Gegenöffentlichkeit in der Medienlandschaft der Zukunft zu klären.

Gorby muß ran: GLASWEST FOR WESTERN GERMANY!

Tilgungsgemeinschaft

Tilgungsgemeinschaft bedeutet, daß wir Leute suchen, die sich bereiterklären, monatlich zwischen 21 und 63 DM anzusparen – zugunsten von CONTRASTE und zwar über 4 Jahre. Der so anvisierte Gesamtbetrag (1.000 bis 3.000 DM) wird dann über eine Bank CONTRASTE sofort zur Verfügung gestellt. Dieses Geld wird dann frühestens nach 6 Jahren (also zwei Jahre nach Beendigung der laufenden Einzahlungen) zurückgezahlt werden. In Härtefällen sind dann allerdings Ausnahmen möglich.

Dazu ist eine Tilgungsgemeinschaftserklärung auszufüllen (incl. Einzugsermächtigung für die Bank).

Alle Mitglieder der Tilgungsgemeinschaft werden Kreditgeber der CONTRASTE. Und damit die kreditaufsichtsrechtlichen Bestimmungen nicht verletzt werden – und CONTRASTE nicht zu viele einzelne Kreditgeber hat, ist es erforderlich, daß sich die Mitglieder der Tilgungsgemeinschaft auch rechtsverbindlich in einer Finanzierungsgemeinschaft (als Gesellschaft bürgerlichen Rechts) zusammenschließen. Dazu ist der Gesellschaftsvertrag der Finanzierungsgemeinschaft CONTRASTE zu unterzeichnen. Die Finanzierungsgemeinschaft CONTRASTE schließt dann einen Darlehensvertrag mit CONTRASTE e.V. ab. Unterlagen können über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1, angefordert werden.

Die Redaktion

»Grafische Betriebe«

Seit Frühjahr 1987 gibt es fast in jeder CONTRASTE einen Bericht im Zusammenhang mit den selbstverwalteten Grafischen Betrieben (Satzbetriebe, Druckereien, Buchbindereien). Diese relativ regelmäßige Berichterstattung ist Bestandteil der Arbeit zum Aufbau eines Vereins dieser Betriebe.

Einen ersten Anlauf zu einer regelmäßigen Berichterstattung in CONTRASTE hatte es 1984/85 gegeben. Damals wurden etliche Seiten von verschiedenen Betrieben komplett selbst hergestellt.

Der zuständige Berichterstatter, Constantin Bartning, ist inzwischen Geschäftsführer des Vereins. Vorher arbeitete er seit 1968 in Druckereikollektiven Mit CONTRASTE ist Constantin seit der Gründung verbunden.

Die publizistische Enthaltsamkeit der KollegInnen in den Kollektiven ist bedauerlich. Aber Schreiben setzt Ruhe oder Übung voraus – wie jede andere qualifizierte Arbeit.

Manche Beiträge sind sehr speziell für die angesprochenen Betriebe geschrieben. Wir hoffen jedoch, daß die anderen CONTRASTE-LeserInnen Anteil nehmen können an der Entstehung einer betriebsübergreifenden Struktur für Erfahrungsaustausch, Weiterbildung und Kooperation, der in allen Beiträgen dokumentiert wird.

Verein selbstverwalteter Grafischer Betriebe:

Das erste Dutzend!

Ein Dutzend Betriebe haben dem Verein seit der Gründung im Juni die Mitgliedschaft zugesagt. Das ist zum richtigen (finanziellen) Leben zwar zu wenig, zum (wirtschaftlichen) Untergang bereits zu viel. Inhaltliche Lebendigkeit ist ohnehin vorhanden – sowohl beim Erfahrungsaustausch über die vielfältigsten betrieblichen Probleme als auch bei der Diskussion von Betriebsstrukturen.

Seit der Mitgliederversammlung im Oktober gibt es daher eine Seminarplanung bis zum Herbst 1988!

Vom **13.–15. November** werden verschiedene Methoden der Druckformherstellung verglichen: Copyproof/Positiv-Filmmontage und Kopie, Papiermontage/Ultratec Negativmontage- und Kopie, Papiermontage/Silberdiffusionsplatten (z.B. Copyrapid Offset) und möglicherweise als weitere Direktverfahren Itec bzw. Silvermaster. Der Anwendungsbereich: mittlere Qualitätsarbeiten mit vermischten Formen vom Kleinoffset bis 70x100 Format.

Verglichen werden die Herstellungskosten, der technische Aufwand, die gesundheitliche- und Umweltbelastung, erforderliche Qualifikation, die technische Reichweite und die Zuverlässigkeit.

Darüberhinaus berichten die Kollegen der Grafischen Werkstatt Kassel über die Erfahrungen mit ihrem Flachbettscanner. Die Vorführung ist am Freitag Nachmittag vor Beginn der Tagung möglich!

Voraussichtlich vom **4.–6. Dezember** wird es um Kalkulationsprogramme gehen: Über die Erfahrung mit bereits laufenden und die Konzeption von vielleicht besseren Programmen, die möglichst gemeinsam und damit kostengünstiger erworben oder in Auftrag gegeben werden können.

Eine Einführung in Büro-Datenverarbeitung einerseits und Kalkulations- und Kostenberechnungsmethoden wird darüberhinaus geplant. Sie wird jeweils mehr als ein Wochenende in Anspruch nehmen.

Vom **15.–17. Januar 1988** stehen die Entwicklung im Bereich Satz, DTP und Fremddatenübernahme auf der Tagesordnung. Es wird u.a. darum gehen, wie sich das Angebot der Satzbetriebe und Druckereien auf diese neue Technik einstellt, wie wir die Kunden beraten und nicht zuletzt, wie wir für uns selbst die Schulung und Überblick über die Entwicklung organisieren.

Im Februar werden wir uns am Rande der IMPRINTA in Düsseldorf treffen.

Alle Seminare finden im Gut Kragenhof bei Kassel statt. Rechtzeitige Voranmeldung ist unbedingt erforderlich, da dort nur 18 Übernachtungsplätze zur Verfügung stehen. Der Versand von Vorbereitungsmaterial ist nur dann möglich.

Wer sich mit Entscheidungen im Satz oder EDV-Bereich nicht nur auf das eigene Urteil verlassen, oder eine EDV-Schulung für den eigenen Betrieb organisieren will, kann dafür Detlev Schneider anheuern. Detlev vertrat bei den Frühlingstagen das Berliner Systemhaus MIKADO. Mitte Oktober ist er dort wegen Differenzen über die Betriebsentwicklung ausgeschieden.

Wir werden bei der Planung und Durchführung unserer Seminare im Satz- und EDV-Bereich künftig mit ihm eng zusammenarbeiten.

Für die Finanzierung von Technologieberatung und Schulung hat Detlev eine Palette von Subventionen herausgefunden.

Die weiteren Seminare werden in den nächsten Ausgaben von CONTRASTE angekündigt. Einplanen sollte man die „Frühlingstage": Sie sind wieder in Berlin, zu Himmelfahrt vom Donnerstag dem 12. bis Sonntag dem 15.Mai. Themenvorschläge werden entgegengenommen.

Neben der Vereinsplanung wurde im offiziellen Teil die Frage von Betriebsverfassungen diskutiert. Wir haben uns damit wieder sehr schwer getan und sind über eine Bestandsaufnahme nicht weggekommen. Deshalb werden wir uns mit dem Thema in der nächsten Zeit – auch an dieser Stelle – weiter beschäftigen.

Anmeldungen und Anfragen sind zu richten an: Verein Selbstverwalteter Grafischer Betriebe, Paul-Lincke-Ufer 44a, 1 Berlin 36, Tel.: 030 - 611 68 03

Bundschuh-Druckerei

Vergleich in Sicht – Betriebstart im November!

Constantin Bartning

In der Septemberausgabe von CONTRASTE berichteten wir über die Pleite der Bundschuhdruckerei in Freiburg, die Hintergründe und die Pläne, die Betriebsstätte zu erhalten.

Inzwischen (12.10.) liegt den Gläubigern ein Vergleichsangebot über eine 35% Quote vor. Es ist wahrscheinlich, daß dem privaten Vergleich zugestimmt wird, da wegen hoher Verfahrenskosten, der Konkurs eine geringere Quote bringen würde.

Währenddessen laufen die Vorbereitungen für die Betriebsaufnahme der neuen Bundschuhdruckerei auf Hochtouren. Die Kollektiv-Leasing-Gesellschaft hat ein Angebot für die Übernahme von fast allen Maschinen und Geräten abgegeben. (u.a. mit Ausnahme der TP41, einer Zweifarben Druckmaschine, deren Aufstellung das ohnehin angeschlagene alte Kollektiv überfordert hatte).

Fast fertig sind (12.10.) das neue Betriebskonzept, die damit zusammenhängende Markteinschätzung und die Berechnung des Betriebsmittelbedarfes. Mit einer Reihe von Bewerbern für die noch offenen drei Stellen im Betrieb/ Kollektiv laufen Gespräche. Die Stellenanzeigen haben eine bessere Resonanz ergeben, als je zuvor!

Voraussichtlich bis Ende November soll der neue Betrieb die Produktion aufnehmen. (Eine Aufrechterhaltung der Produktion des alten Betriebes war wegen der desolaten Situation leider nur im Satzbereich möglich).

Das neue Druckerei-Kollektiv wird Satz, Reproduktion, Druck und Weiterverarbeitung bis zum Format DIN A 1 anbieten. Der Schwerpunkt des Angebotes wird bei guter Beratung und absoluter Zuverlässigkeit liegen.

IMPRESSUM

CONTRASTE
Zeitung für Selbstverwaltung, erscheint monatlich.

Herausgeber ist CONTRASTE, Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 104520
6900 Heidelberg
Tel.: (06221) 13402

CONTRASTE wird von ca. 30 Macher/innen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt ... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fliessen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion.

In Heidelberg sitzt die professionelle Stammmbelegschaft, während in den Regionalredaktionen ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke sind.

Vertriebs-, Abonnenten- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann regelmäßig die internen Redaktionsrundbriefe und Einladungen zu den viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Eigenverlag

Die **Anzeigenpreisliste** (es gilt 2/86) ist über die Heidelberger Anschrift zu erhalten.

Anzeigen
Sabine Joswig, Kölnische Str. 76, 3500 Kassel
Tel. (0561) 1 36 18

Redaktionen

Berlin
Netzwerk Selbsthilfe e.V.
Franz-Josef Bartsch
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61
Tel. (030) 691 30 72

Hamburg
Rat & Plan
Eimsbütteler Str. 16
2000 Hamburg 50
Tel. (040) 439 91 22

Rhein-Main
blätterwald e.G.
Petra Inden
Jochen Reinalda
Niederurseler Str. 7
6370 Oberursel 5
Tel. (06171) 7 80 11

Kassel
Riedmühle e.V.
Robert F. Mayer
Gunar Seitz
Guntershäuser Str. 6
3501 Fuldabrück 3
Tel. (05665) 45 89

Bayern
Netzwerk Franken
Kurt Regenauer
Arno Huber
Hochstr. 23, Rückgeb.
8500 Nürnberg 80
Tel. (0911) 28 96 58

Redaktion Sozialpolitik
AG SPAK
Kistelerstr. 1
8000 München 90
Tel. (089) 691 78 21

Redaktion Genossenschaften
Burghard Flieger
Erwinstr. 29
7800 Freiburg
Tel. (0761) 70 90 23

Redaktion Stadtökologie
Michael Makowski
Dr. Zamenhofstraat
Rotterdam, Niederlande
Tel. (003110) 4136567

Redaktion Grafische Betriebe
Constantin Bartning
Paul-Lincke-Ufer 44a
1000 Berlin 36
Tel. (030) 611 68 03

Kulturredaktionen

Barbara Brüggmann
Klaus Nagel
AG Stadtteilkultur e.V.
Bornstr. 12
2000 Hamburg 13
Tel. (040) 44 23 28

Club Voltaire
Eckard Holler
Haaggasse 26 b
7400 Tübingen 1
Tel. (07071) 5 15 24

Redaktion Ökobank
Dieter Reincke
c/o SOVA
Franziusstr. 44
6000 Frankfurt/Main 90
Tel. (069) 499 04 47

V.i.S.d.P.:
Dieter Poschen
über
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1

Herstellung:
Zündsatz GbR
Gaisbergstr. 97
6900 Heidelberg 1

Druck
Caro-Druck
Mainzer Landstr. 147
6000 Frankfurt/Main 1

Vertrieb
Eigenvertrieb über
CONTRASTE e.V.
Tel. (06221) 16 24 67

Kontoverbindung
Nr. 1130 05 – 756
Postgiroamt Karlsruhe
BLZ 660 100 75

Termine

Die Grenzen der Opposition

Eine Veranstaltungsreihe der BI Raschplatz e.V. und des Bildungsvereins in Zusammenarbeit mit der Theaterwerkstatt Hannover, den Raschplatzkinos und dem Internationalismus Buchladen in Hannover.

Veranstaltungen:

Autonomer Widerstand in der BRD. 2.11., 20 Uhr im Pavillion, Raschplatz.
Bürger zwischen Rechtsgehorsam und Widerstand. 9.11., 20 Uhr im Pavillion, Raschplatz.
Torte und Retorte. Das Müttermanifest in Realition zur Gen- und Reproduktionstechnologie. 16.11., 20 Uhr im Pavillion, Raschplatz.

Seminare:

Sicherheit bis zum Gefrierpunkt oder die erstarrte Demokratie. Vom 7. bis 8.11., jeweils von 11 bis 19 Uhr in den Räumen des Bildungsvereins Soziales Lernen und Kommunikation e.V. Teilnehmerbeitrag 20.– / 15.–

Theaterwerkstatt

Stammheim todsicher. Eine Theater/Videoproduktion. 15./17. / 22./24./26.27.11., 20 Uhr

Nähere Informationen:
Kultur- und Kommunikationszentrum Pavillion, Lister Meile 4, 3000 Hannover 1
Tel. (0511) 34 45 58

Verein Selbstverwalteter Grafischer Betriebe

Vergleich unterschiedlicher Verfahrenswege für die Druckformherstellung bei mittleren Qualitätsarbeiten und Erfahrungsbericht über den Einsatz eines Flachbettscanners für SW-Raster bei der Grafischen Werkstatt Kassel. Vom 13. bis 15.11.87 im Gut Kragenhof bei Kassel.

Anmeldung & Information:
Verein Selbstverwalteter Grafischer Betriebe
Paul-Lincke-Ufer 44a
1000 Berlin 36

Ökologisches Marketing für Produkte zur sanften Energieerzeugung.

Vom 12. bis 14. Febr. 1988 findet im Studienhaus Wiesneck (Schwarzwald) ein Seminar über Ökologisches Marketing für Produkte zur sanften Energieerzeugung statt. Es ist vorrangig für selbstverwaltete Betriebe, die in diesem Bereich arbeiten gedacht. Ziel ist es in Arbeitsgruppen Vermarktungskonzepte für Produkte wie Windkraftanlagen, Sonnenkollektoren, Biogasanlagen, Wärmekraftkopplung usw. gemeinsam zu entwickeln. Genauere Informationen können Anfang Jan. zugesendet werden. Schriftliche Anfragen an Burghard Flieger, Erwinstr. 29, 7800 Freiburg.

Ökomenta

Red. Bayern Ökomenta – Umweltausstellung vom 02. bis 04. Oktober '87 in der Stadthalle von Rosenheim. Von umweltbewußtem Anbau über Müllsortierung und Energieeinsparung bis zum umweltbewußten Freizeitverhalten sollte die Ausstellerpalette reichen. Wenn man sich die Liste der anwesenden Vereine (BN, Bundschuh, Robin Wood, Netzwerk, etc.) alternativen und klassischen Gewerbetreibenden betrachtet kann man diese Veranstaltung als erfolgreichen Beitrag zum Umweltschutz bezeichnen.
Genauso gemischt wie die Organisationsformen der Aussteller waren, war die Struktur des besuchenden Publikums.
Bei all diesen Vermischungen fiel auf, daß die meisten – vom Veranstalter bis hin zum Gros der Besucher – den (feinen Unterschied) zwischen ökologischen Produkten und selbstverwalteten Arbeitsformen kaum wahrnahmen. Im Zentrum Südostbayerns setzt man der Einfachheit halber Ökologie gleich mit „alternativ". Unter diesen Umständen nämlich läßt sich die innovative Schubkraft, die lange Zeit von den „alternativen Ökofreaks" ausging gern „vermarktwirtschaften", denn laut Veranstalter ist es Sinn dieser Messe, „Kontakte zwischen Herstellern, Händlern und Verbrauchern zu knüpfen, ... ohne sich gleich zum Laubfrosch zu wandeln".
Den feinen – auch ökologischen – Unterschied zwischen alternativer Produktionsweise und rein marktwirtschaftlicher, profitorientierter Verkaufstaktik, demonstrierte das Rosenheimer Netzwerk.
Der wesentliche Wandel zu einer ökologischen Gesellschaft beinhaltet auch einen Wandel hin zu mehr selbstverwalteten Betrieben und Mitbestimmung bei der Organisation von Arbeit und Leben. Dies jedoch ist in den Augen mancher Zeitgenossen ein Schritt zu weit gedacht. Vielleicht haben deshalb zwei höchst unscheinbare Herren mittleren Alters ihre Runden auf der Ökomenta gedreht und hier und da ein paar Bilder geknipst. Sogar den Austausch von Visitenkarten schnallten diese Turnschuhträger sofort ... und sie ließen Visitenkarten kurzerhand unauffällig während eines Gesprächs mitgehen.

D.W.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Denn sie wissen nicht, was sie reden...

Dürftige Politikervorstellungen zur Soziokultur

Kulturred. Hamburg Jürgen W. Möllemann, Bundesminister für Bildung und Wissenschaft war der Topstar der Auftaktveranstaltung eines zweitägigen Symposiums, das, veranstaltet von der Bundesvereinigung soziokultureller Zentren, Anfang Oktober in Tübingen stattfand. Anlaß der Tagung mit dem Titel „Symposium Sozio-Kultur Innovationen für Kultur, Bildung und Gesellschaft", an der Vertreter der über 120 in der Bundesrepublik arbeitenden Zentren teilnahmen, war die Vorstellung eines Zwischenberichts des von BMBW in Auftrag gegebenen Forschungsprojekts „Berufsfelderweiterung und Qualifikationsbedarf für Hochschulabsolventen insbesondere der künstlerischen und kulturpädagogischen Studiengänge der praxisnahen Kulturarbeit".

Werner Schmitz

Doch der Minister, der noch vor einigen Wochen mit einer engagierten Rede die zerstrittenen Fraktionen des FC Schalke 04 zusammengeführt hatte, enttäuschte auf der ganzen Linie. Ohne große Aussage und lustlos las er die ihm formulierten Floskeln zu Bildungspolitik, kultureller Entwicklung der Gesellschaft und Soziokultur ab und erreichte damit, daß die musikalische Begrüßung des Ministers durch auf ihn stinksaure Studenten, die jeden seiner „erbaulichen" Sätze mit schräger Blasmusik kommentierte, mehr Akzente setzte, als die blassen Ausführungen des von den Studenten respektlos titulierten „Mümmelmanns" und im Auditorium durchaus Verständnis für die per Transparent erhobene Forderung nach „Bildung für Möllemann statt Bildung für alle" aufkeimte. Natürlich durfte dabei weder ein Lippenbekenntnis zur Rolle der Soziokultur für die Gesellschaft fehlen, noch das Zitieren aus Hilmar Hoffmanns mittlerweile antiquarisch wirkendem Buch "Kultur für alle" und auch die Bedeutung der privaten Förderung von Kunst und Kultur kam dem Minister erwartungsgemäß locker über die Lippen. Doch daß neben viel heißer Luft bestenfalls Sätze wie „die politische Auseinandersetzung darf aber nicht das Stichwort geben, den Geldhahn zuzudrehen" oder „Soziokulturelle Zentren sind oder können es zumindest sein, Beispiele für die Aufhebung der Trennung von Bildung und Kultur und der Trennung von Kunst und Alltag" sowie das sich selbst auf die Schulterklopfen für die Tätigkeit des Ministeriums in Erinnerung blieben, macht deutlich, welche Bedeutung der Bund einem Kulturbereich schenkt, der 1986 immerhin von über fünf Millionen Besuchern wahrgenommen wurde und 25 000 Künstlerauftritte ermöglicht hat.

Mit seinen Ausführungen befand sich der Minister in bester Gesellschaft. Auch Matthias Kleinert, Staatssekretär im baden-württembergischen Staatsministerium, machte durch sein Auftreten deutlich, wie sehr er seine Anwesenheit an einem Freitagabend in Tübingen als lästigen Pflichttermin verstand. Der mit dem Eingeständnis, relativ unvorbereitet gekommen zu sein, eingeleitete Beitrag war von einer unangenehm berührenden Spärlichkeit, die erst dann verständlich wird, wenn man weiß, daß das Land Baden-Württemberg die Soziokultur im "Ländle" – das mehr als 30 Kommunikationszentren aufweist – mit einer halben Million fördert, einem Betrag, der in manchen anderen Zentren nicht für die Abdeckung der Personalkosten ausreichen würde.

Auch Waltraut Ulshöfer, Kulturpolitische Sprecherin der Grünen im baden-württembergischen Landtag, reihte sich willig in die Phalanx der blamablen Politikerauftritte ein, wobei ihr vielleicht zugute zu halten ist, daß sie sich möglicherweise auf einer anderen Veranstaltung wähnte. Sie vermeinte dem Auditorium, in dem sich eine ganze Reihe soziokultureller Praktiker mit langjähriger Arbeitserfahrung befanden, vermitteln zu müssen, was denn und zu welchem Zweck denn nun Soziokultur sei. Damit wäre sie auf einer Mitgliederversammlung der Grünen sicher besser beheimatet gewesen und hätte auch nicht, als ihr aus dem Publikum ihre Aussagelosigkeit vorgehalten wurde, beleidigt reagieren müssen.

Einzige Lichtblicke dieses mageren Auftakts zu einem Symposium, dessen Bedeutung in Hinblick auf die Entwicklung zur Zweidrittelgesellschaft gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann, waren die Statements des Nürnberger Kulturdezernenten Hermann Glaser, der unverblümt die Zusammenhänge zwischen politischer Wende, Mißachtung alternativer, neuer und soziokultureller Aktivitäten artikulierte und dazu aufforderte, den „Kohl in sich selbst zu bekämpfen". Dani Pendorf, Zentrumsmitarbeiterin in Kiel und im Vorstand der Bundesvereinigung soziokultureller Zentren, machte klar, daß die Zentren die längst überfällige politische Anerkennung ihrer Arbeit, eine rechtliche und finanzielle Gleichstellung mit den anderen freien Trägern von Kultur und Bildungseinrichtungen fordern. Wie es die Politiker damit heute halten – siehe oben.

Lohnsteuer-pauschalierung

Geld für'n Staat?

Bernhard Scholer

Red. Hamburg In Putzkolonnen ist sie die absolute Regel, in Alternativbetrieben ist sie immer noch verbreiteter als für viele der Beteiligten sinnvoll wäre: die Pauschalierung der Lohnsteuer!

595,- DM im Monat darf jede/r auf seiner Lohnsteuerkarte Kl. I steuerfrei verdienen; so dies das einzige Einkommen ist – ist da an Abzügen nichts zu sparen.

Warum ist die Pauschalierung dennoch so beliebt? Zumeist weil Arbeitgeber wie Arbeitnehmer die Sozialversicherungsabzüge sparen wollen. Für diese Ersparnis werden dann Steuern bezahlt: 10,6 bis 10,8 % pauschalierte Lohn- und Lohnkirchensteuer (in Berlin weniger).

Für die Betreiber von Putzkolonnen, Zeitungsvertrieben, Kneipen, ist der „unternehmerische" Vorteil naheliegend: Keine Sozialversicherungsbeiträge, keine soziale Sicherung, das heißt billige sichere Arbeitskräfte.

Doch welche Sozialversicherung wird da überhaupt gespart? Die Arbeitslosenversicherung sicher nicht, denn deren Beitragspflicht beginnt erst bei 20 (Studenten 21) Stunden pro Woche. Bei 430,- DM im Monat wäre dies ein Stundenlohn unter 5,- DM – schlicht unverschämt. Auch die niedrigere Grenze für die Rentenversicherung überschreitet mensch mit 430,– DM (oder s.o. 595,- DM) im Monat schwerlich.

Bleibt also bei halbwegs fairen Bedingungen gerade noch die Krankenversicherung zu sparen. Deren Beitrag liegt bei 11 % bis 14 %. Bis 570,- DM Monatslohn muß dies der Arbeitgeber alleine zahlen (wenn dies das einzige Arbeitsverhältnis ist). Die Ersparnis liegt so bei einem 430,- DM-Lohn bei 4,- bis 6,- DM. Das lohnt sich nicht, wenn auf der einen Seite evtl. ein eigenständiger Krankenversicherungsanspruch entsteht, während die pauschale Steuer einfach weg ist. Anders betrachtet: für ein Arbeitsverhältnis zu 430,- DM werden unwiederbringlich soviel Steuern bezahlt, wie bei Eintragung in die erste Lohnsteuerkarte meist beim doppelten bis ein-ein-halbfachen Lohn. Auf der Karte vermerkte Lohnsteuer läßt sich jedoch zurückbekommen.

Das Geld dem Staat zu schenken, der für seine Niedrigeinkommensverdiener und für alternative Projekte immer seltener etwas übrig hat, das ist bizarr.

Es gibt natürlich Gründe, keinen Eintrag auf der Steuerkarte zu wollen. Wer den Freibetrag für Bafög schon überschritten hat, wessen pauschalierter Verdienst nur einen Bruchteil des sonstigen Einkommens (nach Vorschrift ein Sechstel) erreicht, für wen sich die Beibehaltung von Kinderfreibeträgen lohnt, die/der mag darüber anders denken.

Wer als SchülerIn, StudentIn ohnehin krankenversichert ist, kann bei diesen Einkommensgrössen eh nicht versicherungspflichtig werden, also auch keine Beiträge sparen.

Im Übrigen – auch bei pauschalierten Arbeitsverhältnissen bleibt ein Restchen sozialer Ansprüche bestehen:

- so hat mensch auch dann Anspruch auf anteiligen Urlaub (freie Tage)
- so wird auch bei 430,- DM Arbeitsverhältnissen der Arbeitgeberzuschuß zum Mutterschaftsgeld fällig, auch wenn mehrere Arbeitsverhältnisse bestanden.
- so kann mensch auch in diesem besonderen Arbeitsverhältnis seine Ansprüche auf Vermögensbildungsprämie (z.B. als Zuschuß zu Wohnbaugenossenschaftsanteilen) gegenüber Arbeitgeber und Finanzamt geltend machen, wenn Name und Adresse dafür letzterem angegeben werden.

In all diesen Fällen hilft: genau erkundigen, und eben dies nicht nur beim Arbeitgeber.

Wozu sollen gerade die etwas verschenken, die am wenigsten zu verschenken haben?

Denn sie wissen sehr wohl, was sie tun...

PRÄWEMA — Beschäftigte besetzen ihren Betrieb

Foto: Martin Storz

Petra Inden

Fortsetzung von Seite 1

Keine unbedingt attraktive Gegend durch erhebliche Standortnachteile und die grenznahe Lage. So muß man denn auch verstehen, daß weder Eigentümer, Banken noch der hessische Wirtschaftsminister Alfred Schmidt – der immerhin auch den Topf für die Selbstverwalteten Betriebe gestrichen hat – ein Interesse daran haben, ein weiteres Mal finanzielle Hilfe zu leisten. Von der seit Oktober '86 amtierenden Geschäftsführung heruntergewirtschaftet, von der Regierung verlassen, macht sich die Belegschaft auf den einsamen Weg, den Betrieb und die Arbeitsplätze zu retten.

Gründe

Dabei sind die Schwierigkeiten der Fa. Präwema seit mindestens 2 Jahren bekannt, laut Aussage von Helmut Brandt, der seit über 20 Jahren Betriebsratsvorsitzender ist. Immer wieder hat es Vorschläge des Wirtschaftsausschusses gegeben. Ab 100 Arbeitnehmern steht jedem Betrieb dieser Wirtschaftsausschuß zu, demgegenüber die Geschäftsführung verpflichtet ist, sämtliche wirtschaftlichen Daten mitzuteilen. In erster Linie ist dieser Wirtschaftsausschuß Informationsquelle für den Betriebsrat, trotzdem ist es immer gelungen, die tatsächliche Misere der Fa. zu verschleiern. Die Vorschläge bezogen sich auf die Sanierung des Betriebes: auf die Errichtung neuer Produktionslinien, Verbesserung der Produkte und neue Investitionen für den veralteten Maschinenpark. Immer wieder bestand von Seiten der Geschäftsleitung kein Interesse an diesen Ideen. Stattdessen führte ein hektischer Betriebsablauf zu fehlerhafter Arbeit und vergiftete das Betriebsklima. Durch die Preisgestaltung wurden Kunden verprellt – niemand weiß heute so recht, ob dies nicht absichtlich geschehen ist. Falsch kalkulierte Aufträge oder falsch abgeschlossene Verträge haben verhindert, daß sich die finanzielle Lage der Fa. stabilisieren kann. So, z.B. wurde ein USA-Geschäft mit einem Volumen von 4 Mio. DM getätigt, in dessen Vertrag dem Käufer ein Rücktrittsrecht bis einen Tag vor Lieferung eingeräumt wurde; es wurden Maschinen gebaut, für die es überhaupt keinen Auftrag gab. Desweiteren habe der Rechtsanwalt Kay Reimers, der nach dem Tod des Firmenchefs Schmermund Anfang der 80-er Jahre als Testamentsvollstrecker eingesetzt worden war, insgesamt 7 Mio. DM aus dem Unternehmen gezogen. Dies alles macht deutlich, daß Präwema eben nicht aufgrund einer allgemeinen Krise im Maschinenbau in Schwierigkeiten geraten ist, sondern einzig durch Mißmanagement. Jetzt möchte die Belegschaft unter Hinzuziehung von Experten zeigen, daß Präwema durchaus kostengünstig und wettbewerbsfähig produzieren kann. Präwema fertigt qualitativ hochwertige Produkte; computergesteuerte Schleifmaschinen und Sondermaschinen, in erster Linie für die Automobilindustrie.

Erste Schritte

„Die Hierarchie hat verhindert, aus Fehlern zu lernen", sagt Helmut Brandt; es sei bewiesen, daß Führungsstrukturen wenig geeignet sind, ja, daß genau sie diesmal zur Pleite geführt haben. Viele Beschäftigte sind durch ihre Tätigkeit, die ganz spezielle Anforderungen an jeden einzelnen stellt, an selbständiges Arbeiten und Entwicklung von Kreativität während der Arbeit gewöhnt; beides ist für ihre Arbeit unbedingt erforderlich und von oben immer abgeblockt worden. Von daher ist der Ärger über die finanzielle Misere der Fa. und deren Mißmanagement um so größer. Während die Geschäftsleitung am 01.09.87 beim Amtsgericht einen Vergleichsantrag stellt, sichern die Beschäftigten rund um die Uhr das Werksgelände, fertigen weiterhin wichtige Aufträge und erleben – nicht nur durch die allgemeine Existenzbedrohung – ein ganz neues „Wir-Gefühl". Die Grenzen zwischen Arbeitern und Angestellten sind vollkommen aufgehoben. Der seit 01.09. eingesetzte Vergleichsverwalter Martin Lepper verspricht, die Belegschaft auf dem laufenden zu halten und Transparenz in das Chaos der letzten Jahre zu bringen und auf jeden Fall keine Entscheidung ohne den Betriebsrat zu fällen. Er setzt einerseits auf den Ideenreichtum und die Kenntnisse der Mitarbeiter, mit denen er transparente Entscheidungsprozesse und neue Entscheidungsstrukturen erarbeiten will, andererseits bemüht er sich um mögliche Kaufinteressenten. Die IG-Metall führt bundesweite Solidaritätslisten, die Solidaritätsbekundungen aus der näheren Umgebung und Spenden sind überraschend. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Albert Nehm will sich gemeinsam mit Hans-Jochen Vogel um Geld und Aufträge bemühen, die Fraktion der Grünen im Hessischen Landtag fordert die Regierung von Ministerpräsident Walter Wallmann dazu auf, alles zur Erhaltung der Präwema-Arbeitsplätze zu tun.

PRÄWEMA und die Selbstverwaltung

Lediglich in der Selbstverwaltungsszene herrscht merkwürdige Stille zum Thema, so als wäre es nicht genau unseres. Daß es längst nicht mehr nur um Arbeitsplätze oder um einen neuen Chef geht, und die Situation eines 400 Mann starken Betriebes, der zudem fast ausschließlich für die Automobilindustrie produziert, in keinster Weise mit der der Selbstverwalteten Betriebe zu vergleichen ist, spürt man spätestens dann, wenn man durch die riesige Produktionshalle wandert, vor Maschinen im Wert von Mio. stehenbleibt und die Präwemaner nur bewundern kann. Aber wer in der Selbstverwaltungsszene hätte dazu wohl noch die Zeit?!? Eingekeilt in den eigenen Überlebenskampf wird kaum noch deutlich, daß ein „normaler " Betrieb eine Zeitlang den Weg der Selbstverwaltung mit uns teilt, ohne es großartig zu deklarieren. Die Präwemaner entwickeln ein ganz neues Selbstbewußtsein, das mit jedem Tag, mit jeder sachlichen Information des Vergleichsverwalters wächst.

„Das Unvermögen der Leute, das Machbare zu erkennen" (Helmut Brandt) wandelt sich mehr und mehr in den Gedanken, das Machbare tun zu müssen, weil kaum noch Hoffnungen auf einen Käufer bestehen. Schon die Selbstfinanzierung der Löhne für den August über die Landeskreditanstalt Hessen, aber erst recht die Einrichtung der Arbeitsgruppen, die in regelmäßigen Tagungen mit „Beratern" ein neues Konzept erarbeitet haben, beweisen die Motivation der Belegschaft, Präwema nicht sterben zu lassen. Bisher haben lediglich 8 Mitarbeiter gekündigt. Angestrebt ist auch nicht das hochgesteckte politische Motiv der Selbstverwaltung, wo die Angst besteht, die Großunternehmen damit abzuschrecken, sondern vielmehr menschliche Veränderungen in kleinen Schritten. Die totale Umstellung der einzelnen Beschäftigten auf Selbstverwaltung wäre mit Sicherheit schwierig, wenn nicht sogar von vornherein zum Scheitern verurteilt. Trotzdem ist die Diskussion seit der Besetzung auch aus der Enttäuschung über das Mißmanagement verstärkt vorhanden. Das Mißtrauen, den „Chefs" gegenüber ist gewachsen und die neue Geschäftsleitung, die Konkursverwalter - Holding wird eine Arbeitnehmervertretung beinhalten. Kontakte zum Kassler Wissenschaftsladen und zu Fachleuten der Gesamthochschule Kassel sollen praktikable Antworten auf die Frage finden: „Wie kann man hier menschlich leben?"

Hut ab vor den Präwemanern! Hut ab vor ihrem Stolz auf das eigenhändig Geschaffene, ihrem Mut, dafür zu kämpfen, gemischt mit der Unsicherheit, etwas Neues auszuprobieren und vor ihrem Versuch, tatsächlich Verantwortung zu übernehmen.

Für mich stellt sich auf dem Weg durch die Produktionshalle, in Gesprächen mit den Präwemanern immer und immer wieder die Frage, was die Selbstverwaltungsszene einer solchen Fa. mit einem monatlich erstrebenswerten Auftragseingang in Höhe von DM 3,5 – 4 Mio. eigentlich zeigen will. Die Selbstverwaltung, die immer Modell sein will – ist sie es? Was haben wir einer Fa. zu sagen, die in ihren 14 Abteilungen Arbeitsgruppen eingerichtet hat, die in „Schwachstellenanalysen" eine bessere Koordination der Arbeitsabläufe organisieren sollen?

Mit Sicherheit werden Selbstverwaltete Betriebe immer Monumente einer Idee sein, wahrscheinlich aber niemals Vorbild für „normale" Betriebe. Und doch könnte es auch hier einen produktiven Austausch geben, der ab und an Hilfe leistet. Präwema – hier in der besetzten Betriebswelt stellt sich vielleicht eine ähnliche Frage wie bei den AGP- und auch bei den Selbstverwalteten Betrieben: der Arbeitnehmer – wieder gebunden durch das Kapital, durch Aufträge der Großunternehmen – produziert jetzt nicht nur, er fungiert auch noch als Geldgeber. Abhängig ist er immer noch. Wir leben nicht umsonst in einem System, das auf dem Konkurrenzgedanken beruht. Es bleibt die Frage, ob Selbstverwaltung im Rahmen eines Betriebes wie z.B. PRÄWEMA überhaupt eine Chance hat. Wenn, dann mit Sicherheit nur durch die zahlreiche Unterstützung Aussenstehender.

INTERVIEW

mit Erwin Peter, dem Bevollmächtigten der Ortsverwaltung IG-Metall zur Zukunft von PRÄWEMA

CONTRASTE: *Es gibt inzwischen den Zwischenbericht des Vergleichsverwalters. Welche Pläne gibt es im Falle des Konkursantrags?*

Erwin Peter: Der Konkurs wird aufgrund der vorliegenden Zahlen nicht abzuwenden sein. Am 1.11. 1987 wird eine neue GmbH gegründet, die Konkursverwalterholding, die rechtlich gesehen, die einzige Chance ist. In der Geschäftsleitung werden auch Arbeitnehmervertreter sein. Daneben wird es eine zweite GmbH geben, die Beschäftigungsgesellschaft, u.z. aus folgenden Gründen: die alte Geschäftsführung hat denkbar schlechte Grundlagen zurückgelassen, mit denen wir jetzt anfangen müssen zu arbeiten. So, z.B. arbeiten wir momentan an falsch kalkulierten Aufträgen; d.h. daß wir momentan nicht alle Mitarbeiter weiter beschäftigen können, weil es nicht zu finanzieren wäre. Diese werden z.T. in Weiterbildungskursen ausgebildet, zum anderen Teil werden sie z.B. Wartungsarbeiten oder Reparaturen übernehmen, auch in anderen Firmen.

Sind die Pläne und auch die Besetzung in erster Linie von der IG-Metall organisiert oder von den Arbeitnehmern?

Man kann da keine eindeutige Trennlinie vollziehen. 90% der Arbeitnehmer von Präwema sind in der IG-Metall organisiert, über 100 Beschäftigte waren in den letzten Jahren auf gewerkschaftlichen Lehrgängen, das ist bei insgesamt 400 Beschäftigten eine ganze Menge. Es gab also schon immer eine enge Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaft und Präwema-Mitarbeitern, die auch jetzt für die Besetzung und für die kommende Mitbestimmung der Belegschaft eine wunderbare Voraussetzung ist. Das, was hier passiert, kann man nicht von oben aufsetzen, dazu gehört eine Kraft, die aus der Belegschaft selbst gekommen ist.

Wie verhält sich die Ortsverwaltung, wie die Bezirksleitung der IG-Metall?

Die Ortsverwaltung steht voll hinter der Besetzung und auch hinter den zukünftigen Plänen. Für die Bezirksleitung kann ich keine Aussage machen, da fragst Du am besten den Bezirksleiter Hans Pleitgen selbst. *

Die Firma SPÄNEX in Uslar war auch bis vor kurzem von ihrer Belegschaft besetzt. Warum haben sie aufgegeben?

Bei SPÄNEX war die Ausgangslage von vornherein schlechter. Der Konkursverwalter Rechtsanwalt Hahn aus Uslar hat überhaupt nicht den Versuch unternommen, die Produktion aufrecht zu erhalten, und das, obwohl Aufträge vorhanden waren. Deshalb konnte während der Besetzung nicht mehr weitergearbeitet werden und neue Aufträge blieben aus. Präwema arbeitet und hat darüber auch laufende Aufträge halten zu können. Zusätzlich sind Gespräche mit Daimler Benz und VW gelaufen, aus denen Zusagen für neue Aufträge hervorgegangen sind.

Hat Hans-Jochen Vogel geholfen, so wie er es versprochen hat?

Hans-Jochen Vogel hat sich mit Sicherheit eingesetzt, nur kann er uns eben auch keine Aufträge direkt geben. Er kann sich um die Kontakte bemühen, zudem hat er den Bundestagsabgeordneten Albert Nehm gebeten, ihn ständig über Aktuelles zu Präwema zu informieren.

Das Interview führte Petra Inden.

*Hans Pleitgen meinte, daß es keine Differenzen gäbe zwischen Ortsverwaltung und Bezirksleitung. Man habe Sympathie und Verständnis für Präwemaner, die für die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze kämpfen, man habe aber nicht zur Besetzung aufgerufen; weder die Bezirksleitung noch die Ortsverwaltung.

Einstieg in den Ausstieg

Kulturred. Hamburg Dieser salomonische Satz der Sozialdemokraten zum Thema Atomkraft scheint auch für den Bereich Soziokultureller Zentren in der BRD zu gelten. Jedenfalls erreichte die neue Kulturredaktion in Hamburg als erstes Hiobsmeldungen von Zentren in Essen und Schwerte. Und diese scheinen nur exemplarisch zu stehen. Sollte das die Tendenz sein, die den honorigen Worten vieler Politiker entgegen steht?

Wir wissen nicht mehr weiter!

Schon Anfang 1987 strich uns die Stadt Essen 30.000,- DM aus unserem Etat. Trotz aller Schwierigkeiten konnten wir das noch kalkulieren und durch Anstrengungen, eigene Mehreinnahmen und Einsparungen ausgleichen. Doch jetzt soll es uns endgültig an den Kragen gehen. Die letzte Rate für 1987, nämlich **88.000,- DM** soll uns nicht mehr ausgezahlt werden. Für uns heißt das:
KONKURS!

Der Verein Zeche Carl e.V. müßte am 15. Oktober allen 11 festangestellten Menschen kündigen. Das wären 11 neue Arbeitslose in Essen mehr. Ca. 50 Aushilfskräfte (Putzkräfte, KellnerInnen, KöcheInnen, Ordner, zahlreiche pädagogische Kräfte u.a.), in der Regel Studenten, die sich hier ihren Lebensunterhalt verdienen, stünden ebenfalls auf der Straße.

Rohrmeisterei Schwerte

Nach dreijähriger aktiver Kultur- und Jugendarbeit droht der Rohrmeisterei-Initiative der Rausschmiß aus einem ehemaligen Wasserwerk und Rohrlager. Weil die Stadt Schwerte (mit SPD-Mehrheit) weder das Haus ankauft noch umbauen läßt, will die Eigentümerin (Dortmunder Stadtwerke) den Mietvertrag kündigen. Damit droht das Ende zum 31.12. 1987.

Dennoch: Viele Zentren – wie auch diese – wollen weitermachen. Und unter welchen Bedingungen, hat Andreas Bomheuer (Ex-Mitarbeiter der Zeche Carl in Essen) einmal versucht aufzulisten. Der Text wurde für die Landesarbeitsgemeinschaft Nordrhein-Westfalen erstellt.

Sozio-kulturelle Zentren in NRW arbeiten auf nachfolgender Plattform:

- Basis- und Nutzerorientiert
- Integration verschiedener Altersgruppen, sozialer Schichten und Nationalitäten
- demokratische Entscheidungsstrukturen
- Offenheit und Transparenz
- nicht profitorientierte Ausrichtung
- Formen sozialer politischer Arbeit sowie demokratischer Kultur (Initiierung sozialer, politischer und kultureller Lernprozesse)
- Förderung kultureller und künstlerischer Bewegung „von Unten"
- Betonung des demokratischen und humanistischen Inhalts von Kultur und Widerstand gegen faschistischen und menschenverachtende Bestrebungen.

Mit diesen Grundsätzen kann jedoch die reale Arbeit vor Ort nur idealtypisch umrissen werden. Tatsache ist vielmehr, daß sich auf Grund von Einstellungen, Erfahrungen und Entwicklung Einzelner wie des Zentrums bzw. der Initiative selbst und durch die Erfahrung und Entwicklung der alltäglichen Praxis eine Bandbreite unterschiedlichster Ausformungen und Schwerpunkte der konkreten Praxis herausgebildet haben, die nahezu alle Winkel dieser Grundsätze besetzen.

Die Pole dieser konkreten Praxis liegen zwischen den Extremen einer sozio-kulturellen Arbeit als konkrete politische Agitationen und einem sich eher reformistischen Vorstellungen von Kultur und Kulturarbeit näherndem Verständnis nach dem weite Kreise der Bevölkerung an eine bürgerlich-repräsentative Kultur herangeführt werden sollen.

Daß sich zwischen diesen beiden Extremen in den Gesprächs- und Arbeitskreisen sozio-kultureller Zentren oft Gegensätze aufbauen, ist selbstverständlich. Doch es entspricht dem Selbstverständnis sozio-kultureller Arbeit, diese Gegensätze zuzulassen und zu versuchen, sie in Diskussion, Auseinandersetzung und Streit fruchtbar werden zu lassen. Ein Indiz hierfür ist sicherlich, daß in vielen Gremien und Gesprächskreisen die Abstimmung als Mittel zur Herbeiführung von Entscheidungen nur dann zum Tragen kommt, wenn nach langem erfolglosem Bemühen um einen Konsens dieser nicht in Sicht ist. Es ist deutlich der Wille einer gemeinsamen Entscheidungsfindung zu spüren.

Selbstverwaltung und ein umfassendes Verständnis von Kultur

Zusammengefaßt lassen sich bis hierher zwei wesentliche Aspekte sozio-kultureller Arbeit als gemeinsame Basis aller herauskristallisieren und auf den Begriff bringen:

- ein umfassendes Verständnis von Kultur, das sich gegen eine bürgerlich-repräsentative Kultur stellt und insoweit über diese hinausweist, indem sie Antwort, Reaktion und praktiziertes Gegenstück auf ein konsum-, unterhaltungs- und imageorientiertes Verhältnis von Kultur ist. Dies beinhaltet die Forderung nach Akzeptanz und Gleichbehandlung der unterschiedlichen kulturellen und politischen Ausdrucksformen und bezieht soziale und politische Realität der Gegenwart als dieser Kultur zugehörig und diese bedingend explizit mit ein.

Die Wurzeln sozio-kultureller Arbeit liegen auch in der Entwicklung linker Bewegungen und deren kulturellen Ausdrucksformen in der Arbeiterkultur bis zur Studentenbewegung der 60er Jahre.

- Ausdruck hiervon ist vor allem die Praxis der Selbstverwaltung als Postulat aller der LAG/NW (Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultureller Zentren in Nordrhein-Westfalen) angeschlossenen Zentren und Initiativen.

Die reale Praxis der Selbstverwaltung bewegt sich dabei in ihren konkreten Ausformungen zwischen folgenden Extremen:

- basisdemokratischer Selbstverwaltung mit regelmäßigen, in kürzeren Abständen tagendem Plenum als höchstem Entscheidungsorgan, wobei die Vereinsstruktur lediglich eine formale ist und Vorstand sowie Mitarbeiter lediglich ausführendes Organ der Plenumsbeschlüsse sind.
- hierarchischer Selbstverwaltung mit dem Vereinsvorstand als real höchstem beschlußfassendem Organ, wobei die Mitgliederversammlung, bzw. das Plenum sowie die Mitarbeiter und Hausgruppen jeweils in Bereichsversammlungen nur begrenzte Entscheidungsbefugnis haben.

Einhelligkeit besteht unter den Mitgliedern der LAG/NW jedoch in der Ablehnung rein repräsentativer und formaler Autorität sowie in der Vorstellung, daß in keinem Entscheidungsgremium des Zentrums oder der Initiative Vertreter der jeweiligen Kommune oder des Landes Majoritäten bilden können.

Die Mitgliedschaft dieser kommunalen Vertreter in den Gremien der Selbstverwaltung wird grundsätzlich abgelehnt, doch haben einige Kommunen ihre Zuschüsse von derartiger Partizipation abhängig gemacht. Die Zurückdrängung und Auflösung formal-demokratischer Strukturen und der damit verbundenen wesentlich intensiveren Berücksichtigung individueller Meinung, Bedürfnisstruktur und Interessenlage verlangt aber auch ein hohes Maß an Eigenbeteiligung und Eigenverantwortung des Einzelnen. Hier zeigen Jugendliche oft erschreckende Defizite, deren Zusammenhang mit staatlichen Institutionen wie Schule etc. hier nicht erörtert werden soll. Die reale Praxis der Selbstverantwortung zeigt, daß hier für Jugendliche ein immens großes Lernfeld bestehen kann.

Selbstverwaltete Sozio-kulturelle Zentren nutzen alte Gebäude neu

Selbstverwaltete sozio-kulturelle Zentren wirken ebenso wie die Initiativen, die sich für ein derartiges Zentrum einsetzen, zuvorderst auf kommunaler Ebene.

Ihre Entstehungsgeschichte ist gezeichnet von der Auseinandersetzung mit der Politik, der Verwaltung und der Bevölkerung einer Stadt oder eines Stadtteils und verläuft in vielen Fällen analog.

Auf Grund der Mangelerscheinung sozialer und kultureller Infrastruktur bilden sich Interessengruppen, nicht selten vor allem von Jugendlichen.

Für die Verwirklichung dieser Interessen fordern sie Raum und finanzielle Unterstützung und haben oft bereits ein konkretes Gebäude für diese Zwecke im Auge.

Mit nur ganz wenigen Ausnahmen haben sich und setzen sich noch immer selbstverwaltete Initiativen und Zentren für den Erhalt alter Gebäude und deren Umnutzung für die Zwecke eines sozio-kulturellen Zentrums ein.

Durch die Initiative selbstverwalteter sozio-kultureller Arbeit werden diese Bauten wieder Mittelpunkt einer Stadt oder eines Stadtteils, ohne daß die ehemalige Funktion in Vergessenheit gerät.

Oft führen Initiativen die ehemalige Funktionsbezeichnung in ihrem Namen: z.B. Zentrum Altenberg Oberhausen, Bahnhof Langendreer Bochum, Rohrmeisterei Schwerte, Jugend- und Kulturzentrum Zeche Carl u.v.a.m.

Selbstverwaltete Sozio-kulturelle Zentren haben Auswirkungen auf die Stadt, den Stadtteil

Selbstverwaltete sozio-kulturelle Zentren haben Auswirkungen auf die Stadt, den Stadtteil, denn daß diese Gebäude stehen bleiben und oft auch unter Denkmalschutz gestellt werden, prägt das Stadtbild; der Erhalt hat immer eine Wirkung auf die architektonische, städteplanerische und auch landschaftpflegerische Gestaltung, denn zukünftige Sanierung muß den Altbestand dieser Produktionsgebäude berücksichtigen.

Der Einsatz für die Häuser und ihrer neuen Funktion, der auch mit Hausbesetzung und Polizeieinsatz einherging, zeigte Auswirkungen. Dies u.a. durch die Auseinandersetzung mit der Bevölkerung an Infoständen, mit der Verwaltung, der Politik und auch der Presse, denn zur Artikulation von Interesse und Bedürfnissen mußten sich diese in irgendeiner Weise verhalten.

Dabei gab es drei Möglichkeiten, zum einen die Unterstützung bei der Schaffung und Betreibung eines Zentrums, zum zweiten das Gewährenlassen der Initiatoren und zum Dritten die Zerschlagung des Zentrums und der Initiative.

Fast alle Initiativen mußten und müssen ein erhebliches Potential an Widerstand aufbringen, um die Hürden der Politik aber auch der Bevölkerung zu überwinden. Manche Initiative blieb und bleibt dabei auf der Strecke. Es gibt auch Beispiele, wo die Stadt arbeitenden Zentren so zusetzte, daß sie ihre Arbeit nicht mehr fortsetzen konnten: z.B. das Kultur- und Kommunikationszentrum KuKoZ in Paderborn.

Der direkte Bezug einiger Zentren zu ihrer Stadt oder dem Stadtteil macht sich deutlich in den Geschichtswerkstätten. Durch sie schärft sich das historische Bewußtsein der Bewohner und damit auch das Bewußtsein für ihre konkrete heutige Lebensumwelt.

Doch nicht allein daran liegt es, daß von den Zentren eine Wirkung auf das Geschehen innerhalb einer Stadt oder eines Stadtteils ausgeht, sondern auch daran, weil sie sich selbst oder Teile von ihnen, bzw. Gruppen der Einrichtung in die Politik der Stadt, in die Finanzpolitik, in Kultur-, Städteentwicklungs-, Jugend- und Sozialpolitik einmischen.

Auch muß ganz deutlich gesagt werden, daß es heute nicht mehr genügt, die Türen der Räume zu öffnen und Selbstverwirklicher hineinströmen zu lassen. Dafür sind die Angebote der Medien etc. und die Problematik der Eigeninitiativen zu vielschichtig. Auch hört es sich paradiesisch an, wenn beschrieben wird, wie der „Opa neben dem Punk an der Theke steht". Dies mag sicherlich hier und da vorkommen, doch überwiegen die Probleme, die mit der Nutzung unterschiedlicher Zielgruppen aufkommen.

Selbstverwaltete Sozio-kulturelle Zentren müssen den größten Teil ihres Etats selbst erwirtschaften durch Gastronomie und Veranstaltungen.

Zur Zeit hält dieses unbezahlte Engagement die Zentren und Initiativen am Leben. Einige bekommen einzelne Betriebsmittelzuschüsse von den Kommunen. Doch betragen diese nur bis zu 40 % des Gesamtetats.

Der Rest wird vor allem durch den Verkauf im Gastronomiebereich oder durch Eintrittsgelder erwirtschaftet. Bei der Festsetzung der Preise und Eintrittsgelder wird darauf geachtet, daß auch sozialschwache Gruppen nicht durch zu hohen finanziellen Aufwand gehindert werden, die Veranstaltungen zu besuchen und das Angebot an Speisen und Getränken wahrzunehmen. Zu den sozialschwachen Gruppen zählen sicherlich auch die Jugendlichen.

Die Finanzierung des Gesamtprojektes ist somit auch durch das Postulat der Preisgestaltung, unter Berücksichtigung sozialschwacher Gruppen, immer ein Drahtseilakt. Zur Finanzierung der nicht unter wirtschaftlichen Aspekten geführten sogenannten ideellen Bereiche müssen die Überschüsse aus den Wirtschaftsbereichen herangezogen werden. Diese Überschüsse werden vor allem aus den gastronomischen Bereichen abgezogen. Der Veranstaltungsbereich arbeitet im Gegensatz zur allgemeinen Meinung bereits heute auch nicht mehr kostendeckend. So muß man davon ausgehen, daß allein der gastronomische Bereich den weitaus größten Teil der Mittel zur Finanzierung erwirtschaften muß.

Doch Gastronomie und Veranstaltungen dienen nicht allein der Finanzierung des Gesamtzentrums. Die Notwendigkeit der Erwirtschaftung von Eigenmitteln bedeutet auch ein erhebliches Maß an Autonomie gegenüber staatlichen Autoritäten und ist von daher auch für die Zentren und Initiativen programmatisch.

Darüberhinaus haben sie eine sehr hohe ideelle Bedeutung in den Zentren. Die Gastronomie ist der Treffpunkt ohne Verzehrzwang. Dieser Ort der Kommunikation ist eine der wichtigsten Bedingungen dieser sozialen Kultur. Die Kneipe dient nicht nur der Lebensfreude, sondern auch der Kontaktaufnahme und -intensivierung. Hier werden Impulse geboren für künstlerisches und politisches Leben, ebenso ist sie auch Ort nichtorganisierter Auseinandersetzung und Infobörse über sämtliche gesellschaftlichen Belange.

Vor allem für Jugendliche ist hier ein Treffpunkt, allerdings müssen sie sich diesen mit anderen gesellschaftlichen Gruppen teilen.

Selbstverwaltete Sozio-kulturelle Zentren decken Defizite sozialer, politischer und kultureller Infrastruktur der Kommune (auf)

Selbstverwaltete sozio-kulturelle Zentren und Initiativen arbeiten nach ihrem Selbstverständnis auf politischen, sozialen und künstlerisch-kulturellen Gebieten, weil sie selbst oder andere ein Bedürfnis nach oder Interesse an einer solchen Arbeit artikuliert haben. Durch die Umsetzung dieser Bedürfnisse in reale Praxis wird dieses Defizit jedoch sofort wieder zugedeckt und ist nicht offensichtlich.

Die Zentren sind oft der einzige Veranstalter einer Stadt oder eines Stadtteils, der einer sogenannten „Freien oder alternativen Kultur", die in den Kellern der Städte oder auch in den Räumen des Zentrums entsteht und die Impulse für die Entwicklung auch der repräsentativen Kultur gibt, die Möglichkeit bietet, sich zu repräsentieren.

Dies muß vor allem im Hinblick auf die Artikulation von Jugendkultur betont werden.

Fazit

Den Prototypen eines selbstverwalteten Zentrums bzw. einer Initiative gibt es eben nicht.

Und dennoch zeichnet sich meines Erachtens ein für alle gültiges Fazit ab:

Das Besondere und Neue dieser Form politischer, sozialer und kultureller Aktivitäten scheint zu sein, daß sie sich einer disziplinierenden und endgültigen Strukturierung und Einordnung vor allem auch in die so beliebten soziologischen, wissenschaftlichen oder auch politischen Kategorien entziehen.

Sie betonen vielmehr den interdisziplinären und umfassenden Charakter sozialer, politischer und kultureller Realität auf der Grundlage der Entwicklung dieser Realität durch die an ihr partizipierenden Individuen. Die Arbeit stellt so einen Gegenpol dar zu der zunehmenden Disziplinierung, in dem Bezüge deutlich werden.

Andreas Bomheuer

Anzeige

taz
hat's...

... was anderen fehlt. Mach die Probe
auf's Exemplar – taztäglich!

DIESE ZEITUNG KANN ICH NICHT LINKS LIEGEN LASSEN!

Ich bestelle die taz

☐ 5 Wochen für **30** Mark
☐ 9 Wochen für **50** Mark

bei:
taz-Abo
Wattstr. 11-12
1000 Berlin 65

DIESES ABO VERLÄNGERT SICH NICHT AUTOMATISCH!

Name, Vorname: .....
Straße, Hausnummer: .....
PLZ / Ort: .....
Datum, Unterschrift: .....

☐ Verrechnungsscheck liegt bei ☐ Bargeld liegt bei

Mir ist klar, daß ich diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Zur Fristwahrung reicht die rechtzeitige Absendung. Unterschrift: .....

626

Anzeige

Hamburger Staatsknete

Netzwerk und die Lawaetz-Stiftung

Red. Hamburg Es ist das Jahr 1986: In Berlin, in Hessen, in Bremen und Nürnberg gehen die Wogen seit einiger Zeit hoch, tobt die Diskussion in der Szene über die dort eingerichteten Finanztöpfe für alternative Betriebe. In Berlin ziehen sich die Vertreter der Selbstverwaltung bereits aus den entscheidenden Gremien zurück, da zaubert die Stadt Hamburg im August letzten Jahres über Nacht ein Kaninchen namens Lawaetz-Stiftung aus dem Behörden-Hut. Drei Jahre versuchte die AG „Senatsknete" im hiesigen Netzwerk einen selbstverwalteten 10-Millionen-Topf durchzusetzen, drei Jahre weigerte sich der Senat beharrlich. Die Verhandlungen wurden resigniert abgebrochen. Jetzt sollte diese senatsnahe Stiftung genau das leisten, öffentliche Gelder zur Förderung selbstverwalteter Betriebe verteilen.

Detlef Weiher

Die Ablehnung der „Senatsknete"-Gruppe kam schnell und eindeutig:

- 2,5 Mio. auf drei Jahre verteilt wäre ein Taschengeld im Vergleich zu dem begründeten 10-Mio. Jahrestopf.
- Die Mittel wären zweckgebundene EG-Mittel, stellen also gar keine freien Mittel des Stadtstaates dar.
- Die Richtlinien entsprächen zwar weitgehend denen, die der Arbeitskreis entwickelt hat, der Abbruch der Gespräche und die plötzliche Initiierung der Stiftung müsse jedoch als SPD-Spektakel für die nahende Bürgerschaftswahl (Dez. 86) betrachtet werden.
- Das Votum des die Gelder vergebenden Arbeitsausschusses hätte nur Empfehlungscharakter, letztlich entscheidet die Behörde.
- Die Stiftung versucht sich als „Alternativer Sanierungsträger" zu profilieren und tritt damit in Konkurrenz zu Stattbau, dem bisherigen von der Szene getragenen Sanierungsträger, in dem Netzwerk Hamburg selbst Gesellschafter ist.

Darüberhinaus kritisierte der „Verband sozial-politischer Erwerbsbetriebe", daß nach den Richtlinien die Förderung von Betrieben, die offensichtlich nie rentabel arbeiten können, weil sie benachteiligte Personengruppen ausbilden und beschäftigen, ausgeschlossen sei.

Parallel zu dieser einhelligen Ablehnung warb die Stiftung in der Szene um Mitarbeit im entscheidenden Arbeitsausschuß. Um eine Akzeptanz durch die umworbenen Projekte zu schaffen, sollten neben je 4 Vertretern aus Behörden auch 4 aus der Selbstverwaltungswirtschaft die Mittel vergeben. Der Gedanke der „Ablehnungsfront" war: Falls sich niemand dazu bereit erklären würde, wäre die Stiftung schon im Ansatz gescheitert.

Zeit ging ins Land, schließlich erreichte auch das Netzwerk der Ruf nach der Teilnahme im Ausschuß. Ein ganzes Wochenende Diskussionen, Forderungen für die Teilnahme wurden gestellt (freie Wahl des Sanierungsträgers, freie Beraterwahl, faktische Entscheidung im Ausschuß bei Netzwerk-Sperrminorität), und, oh Wunder, sämtlich auf höchster Ebene erfüllt.

Im März dieses Jahres beschloß eine MV, daß 4 Netzwerk-Vertreter in den Ausschuß gehen sollten. Der „Verband" und auch „BIS" übten harte Kritik, sie hatten selbst die Bitte um Teilnahme abgelehnt.

Was ist bisher gelaufen?

Aus dem Darlehenstopf wurden 7 Projekte mit insgesamt 559.000 DM gefördert. Damit ist dieser Topf bis auf 86.000 DM ausgeschöpft.

Drei Projekte aus dem sozialökonomischen Bereich erhielten 580.000 DM Zuschüsse, ein Rest von 185.000 DM kann noch bis Ende des Jahres vergeben werden.

Eine Aufstockung der Mittel um 1 Million für '87 ist beantragt, muß aber noch durch die Bürgerschaft beschlossen werden.

Wie kam das Geld zu den Projekten?

Kleinkarierte Bürokraten aus der Wirtschaftsbehörde mäkeln über die unseriöse Basis der Projekte, politisch ungeliebten Betrieben wird mit fadenscheinigen Begründungen die Förderung verweigert, ausgefuchste Verwaltungshengste ziehen naive Netzwerk-Vertreter argumentativ über den Tisch, die Förderungssumme ist viel zu klein..., all diese Befürchtungen erwiesen sich als unbegründet. Im Gegenteil, die Prüfung im Ausschuß kann nur als locker bezeichnet werden. Nach kleinen Beanstandungen kam schnell das „Ja" aus der Behördenecke. Die junge Stiftung, die ihre Existenzberechtigung beweisen muß, unterstützte die Projekte in jeder Beziehung. Die Netzwerk-Gruppe sah sich von rechts überholt, fand sich in der unerwarteten Rolle des Bremsers wieder, stellte kritische Fragen nicht, um das Projekt nicht zu gefährden. Die Netzwerker beschlich das Gefühl, Stimmvieh zu sein bei einem Spiel, das nicht ihres ist.

Welche Projekte wurden gefördert?

Aus Netzwerk-Sicht irritierend war, daß nicht die Projekte Anträge stellten, die in der Hamburger Selbstverwaltungs-Landschaft Rang und Namen haben. Neugründungen, die ihren Selbstverwaltungscharakter oft nur schwer deutlich machen konnten, Tochter-Betriebe größerer Projekte aus dem sozialen Bereich, das typische Netzwerk-Projekt wurde kaum gesichtet. Anträge kamen nicht in Massen, die Lawaetz-Stiftung mußte diese regelrecht akquirieren. Kein Bedarf nach Staatsknete??

Wie gehts weiter?

In einer gut besuchten Netzwerk-Veranstaltung hatten sich die Ausschußmitglieder harscher Kritik zu stellen. Lawaetz verhindert die Bildung eigener Finanzierungsinstrumente, Projekte werden totgefördert, im Ausschuß findet keine politische Auseinandersetzung statt. Netzwerk raus aus Lawaetz!?

Als offensichtliche Mängel der Förderrichtlinien kristallisieren sich heraus:

- nur einmalige Förderung möglich
- nur Anlauffinanzierung, bereits längere Zeit bestehende Projekte können nicht gefördert werden.
- nur Investitionsfinanzierung, Liquiditäts- und Überbrückungsmaßnahmen sind ausgeschlossen
- Zuschüsse bei bestehenden Betrieben sind unzulässig
- soziale Projekte müssen ihre zukünftige Rentabilität nachweisen
- Möglichkeiten der betriebsbegleitenden Fachberatung sind zu gering.

Die Netzwerk-Vertreter im Arbeitsausschuß werden mit der Stiftung über die Änderung der Förderrichtlinien verhandeln.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Freiräume durch Lawaetz?!

Burkhard Zirkel

Red. Hamburg Es muß doch was dran sein an Lawaetz – bei dem einen sind's nur Bauchschmerzen, der andere fordert gar: Netzwerk 'raus aus Lawaetz...!

In der Tat, Netzwerk ist vordergründig kein herkömmlicher Wirtschaftsförderungsverein; bei Licht betrachtet, aber irgendwie doch, wenn auch „politisch motiviert". Wer sich einmal die Mühe macht, die Aktivitäten der Netzwerke landauf, landab unter die Lupe zu nehmen, dem wird auffallen; ein wichtiges Standbein war und ist immer die finanzielle Förderung von Initiativen und Projekten. Wer noch genauer hinsieht, wird bemerken, daß mensch sich hierbei der gleichen Methoden, Instrumente und Vereinbarungen bedient (manchmal leider nur dilettantischer), als dies im traditionellen Bereich üblich ist. Wirklich neue Umgangsformen und Verfahrensweisen, gerade auch mit Geld, wurden doch nicht entwickelt, oder? Dieses Standbein der Netzwerk-Arbeit hat sich in den letzten Jahren insofern erweitert, als in wachsendem Maße ergänzende Beratung in betriebswirtschaftlichen, organisatorischen und sozialen Fragen geleistet wird. Die Professionalisierung wird also durch Netzwerk, ob gewollt oder nicht, gefördert!

Um es auf die Spitze zu treiben: wer die Netzwerk-Beiratsarbeit und Geldvergabepraxis kennt, dem muß aufgefallen sein, daß im gleichen Maße, wie die Professionalisierung zugenommen hat, immer weniger „politisch motivierte" Projekte aufgetaucht sind, daß es also in diesem Bereich immer weniger „Existenzgründer" gibt. Lieber Mathias, eigentlich müsstest Du auch hier fordern: „Netzwerker 'raus aus Netzwerk, denn es gibt kaum noch Sinnvolles, da Politisch-motiviertes, zu fördern."

Du beschreibst Deine Beobachtungen der Scene, ich habe sie Dir indirekt bestätigt. Sicher ließen sich hier noch viele weiteren Gesichtspunkte hinzustellen. Ich bin aber nicht Deiner Meinung, daß diese beobachtete Entwicklung ein Grund dafür sein kann, die Netzwerk-Arbeit im Lawaetz-Ausschuß einzustellen. Was wir doch nach wie vor wollen, ist die Unterstützung von sinnvollen, zukunftsweisenden Projekten, die in der Lage sind, langfristig wirklich neue Wege aufzuzeigen (die Schlagworte seien mir verziehen). Für mich steht im Vordergrund – und deswegen arbeite ich überhaupt im Lawaetz-Ausschuß mit, daß die vorhandenen Gelder zunächst finanzielle Möglichkeiten, **vielleicht sogar Freiräume öffnen** können, nicht mehr und nicht weniger. Ich sage bewußt können, nicht müssen! Dies wird nur dann der Fall sein, wenn wir unter Aufbringung unserer ganzen Wachheit und Einbringung unserer Erfahrung mit und in Projekten hieran mitwirken. Das ist aber nur der eine wichtige Punkt. Der andere ist, es scheint inzwischen ausreichende Finanzierungsquellen für Projekte zu geben, aber wo sind die entsprechenden Menschen, die die so wichtigen Neugründungen wagen wollen und können? Für wen wurde von Euch eigentlich der 10-Millionen-Topf (jährlich!) vom Hamburger Senat gefordert? Ihr scheint bei dieser Forderung den Faktor Mensch übersehen zu haben, denn sie erweist sich als zu pauschal und theoretisch, nicht wirklichkeitsgemäß.

Was ist also zu tun? Mein Vorschlag: Arbeitsteilung! Die Netzwerk-Vertreter verbleiben im Lawaetz-Ausschuß und Ihr bildet im Netzwerk eine neue Arbeitsgruppe: Initiierung von Existenzgründungen, Suche nach Menschen, die gewillt und in der Lage sind, selbstverwaltete Betriebe aufzubauen. Wir müssen zweigleisig fahren, dürfen uns die Initiative nicht aus der Hand nehmen lassen. Es nützt nichts, darüber zu klagen, daß Lawaetz Betriebsgründungen initiiert, um dann auch die entsprechenden Gelder vergeben zu können. Außerdem ist dies eine Unterstellung, spricht den Lawaetz-Verantwortlichen den guten Willen für positives Wirken ab.

Ein letzter Punkt: die Netzwerk-Mitarbeit im Lawaetz-Ausschuß währt nun erst ein halbes Jahr. Jetzt bereits ein Fazit aus dieser Arbeit zu ziehen, wäre arg verfrüht. Alle Möglichkeiten, die Lawaetz-Förderkriterien den Bedingungen und Notwendigkeiten von selbstverwalteten Betrieben und neuen Initiativen anzugleichen, sind noch offen. Auch die wichtige Aufgabe, zu verhindern, daß Projekte durch Lawaetz „totfinanziert" werden, muß hier gesehen werden, bedarf aber von unserer Seite einer eingehenden Kenntnis der Projekte. Und – wir haben noch viel zu lernen, auch von den Behördenvertretern im Lawaetz-Ausschuß!

Raus aus der Lawaetz-Stiftung!

Red. Hamburg Wirtschaftlich wird es immer noch viele Betriebe und Projekte geben, die Staatsknete brauchen. Das ist nicht zu bezweifeln, unterscheidet sie aber nicht von jedem anderen hessischen Malerbetrieb oder einem Kindergarten. Und Netzwerk ist kein Wirtschaftsförderungsverein, sondern eine sich politisch verstehende Institution. Es muß deshalb in politischen Kategorien gedacht werden. Und da gibt es gute politische Gründe zum Aussteigen und zwar zwei: Einen grundsätzlichen und einen pragmatischen.

Matthias Neuling

1. Die Scene ist auch nicht mehr das, was sie mal war

Es war immer umstritten, ob die Scene sich Geld vom Staat holen sollte. Auch innerhalb der „Senatsknete-Gruppe" des Netzwerks waren wir uns oft genug darüber unsicher. Letztlich überwog unser Interesse, daß Überleben und Erstarken der Selbstverwaltungsbetriebe und Projekte in Hamburg zu unterstützen.

Legitimation für die besondere Förderung waren folgende Gründe:

- Selbstverwaltung ist teuer und belastet diese Betriebe ungleich stärker als hierarchische Strukturen.
- Die besondere Betonung der politischen Dimension („Inseln der Zukunft"), wie z.B. Gleichberechtigung hinsichtlich Geschlecht, Qualifikation, Einkommen oder auch Rotation usw.

Beide Aspekte sind natürlich nur als Stichworte gemeint. Dahinter steckt natürlich mehr, das gehört aber nicht hierher.

Es ist Zeit, diese Legitimation zu überprüfen.

Seit längerem sehe ich nur noch wenige sich politisch verstehende Neugründungen. Es gibt sie, aber sie bilden die Ausnahme. Stichworte, die vor ein paar Jahren in aller Selbstverwaltungs-Munde waren, sind ausgestorben. Wen interessiert oder besser, wer diskutiert denn heute noch Kapitalneutralisierung, Bedürfnislohn? (Bitte, was ???). Haben uns nicht längst die „Neuen Selbständigen" überholt und die Selbstverwaltungsidee mit den typischen Merkmalen wie z.B. technischer Innovation und sozialem Image besetzt? Abgesehen von den wenigen sich weiterhin politisch verstehenden Projekten ist das so. Und damit fällt der politisch – grundsätzliche Grund weg!

2. Der Staat kann es allein genau so gut

Die Vergabepraxis der Lawaetz-Stiftung hat gezeigt, daß der Staat inzwischen ein großes eigenes Interesse an der Förderung der Alternativwirtschaft hat. Es ist nicht mehr so, daß wir bei Lawaetz anstehen und nach Senatsknete betteln müssen. Sowohl die Betriebe und Projekte als auch die Netzwerk-VertreterInnen im Vergabeausschuß rennen nur offene Türen ein. Die Lawaetz-Stiftung unterstützt inzwischen selbst die Gründung von solchen Betrieben, die sie hinterher dann fördern kann. Ein Zustand, der noch Anfang 1986 unvorstellbar war. Inzwischen ist es sogar soweit, daß die Netzwerk-VertreterInnen politische Bauchschmerzen bekommen, weil Netzwerk diese Betriebe sicher nicht fördern würde. Aber es wäre ja auch eine etwas merkwürdige Rolle, gegen die Vergabe des vorhandenen Geldes zu stimmen, oder?

Dem Problem kann geholfen werden. Wenn die Lawaetz-Stiftung sowieso jeden einmal angenommenen Antrag bewilligt, dann sind wir doch wohl überflüssig und sollten unsere Kraft lieber für Wichtigeres nutzen. Die Voraussetzungen, unter denen wir angetreten sind, bestehen nicht mehr. Wir hätten, wenn wir ehrlich sind, die Aufgabe, die Vergabe von staatlichen Geldern gegen den Willen des Staates unter Umständen zu verhindern, um gewissen politischen Vorstellungen noch gerecht werden zu können. Wir finden uns plötzlich auf der Seite, die den Staat vor „ungerechtfertigten" Subventionsausgaben schützt...

Und zu sagen, ich bleibe lieber drin, dann kann ich es von innen verändern, zieht ja wohl nicht mehr.

In der Lawaetz-Stiftung zu bleiben ist auch nicht nur egal: Solange wir mitmachen, so lange bürgen wir für Akzeptanz. „Die Lawaetz-Stiftung ist o.k., da macht Netzwerk mit."

Es ist an der Zeit, auch dies erneut zu diskutieren und die Konsequenz zu ziehen.

Stärkt den Genossenschaftsgedanken!

Selbstdarstellung des „Vereins zur Förderung des Genossenschaftsgedankens"

Wiederbelebung

Die genossenschaftliche Hilfe zur Selbsthilfe war im vergangenen Jahrhundert Schutzeinrichtung vor den Auswüchsen einer ungesteuerten Industrialisierung. Es verwundert nicht, daß der Genossenschaftsgedanke in Zeiten der Wachstumskrise und der Massenarbeitslosigkeit wieder an Aktualität gewinnt.

Einerseits kann die genossenschaftliche Selbsthilfe einen Beitrag zur Schaffung von Arbeitsplätzen leisten, andererseits sind die Prinzipien der genossenschaftlichen Selbstverwaltung Ausdruck einer Veränderung von Wertvorstellungen der Arbeitsgesellschaft: Kollektives Eigentum, Selbstverwaltung und Selbstbestimmung, ökologisch sinnvolle Produktion und ökologisch verträgliche Produktionsweise, gemeinwohlorientierte, soziale Dienstleistungen sind Kennzeichen neugegründeter Betriebe und Projekte. Durch Beratung und die Entwicklung von Fördermöglichkeiten will der „Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens" die Entstehungs- und Existenzbedingungen selbstverwalteter Betriebe verbessern. Dazu ist die Zusammenarbeit mit traditionellen Genossenschaften, mit Wissenschaftlern, mit Gewerkschaftern und engagierten Interessengruppen notwendig. Der Verein ist ein überparteilicher Zusammenschluß aller am Genossenschaftswesen interessierter Einzelpersonen, Betriebe und Verbände.

Vereinsbüro

Im Mai 1987 wurde in Bonn ein eigenes Vereinsbüro eröffnet und im Rahmen einer AB-Maßnahme mit drei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern besetzt. Aufgabe der MitarbeiterInnen ist die Erstellung eines Forschungsberichts über die Struktur der Selbstverwaltungswirtschaft in der Bundesrepublik und die Analyse von Fördermöglichkeiten für selbstverwaltete Betriebe, speziell in genossenschaftlicher Rechtsform.

Reform

Die Rechtsform der Genossenschaft ist sicherlich nicht die praktikabelste Unternehmensform für selbstverwaltete Betriebe, aber sie ermöglicht als einzige Rechtsform die juristische Absicherung des kollektiven Eigentums und wird damit den Organisationsstrukturen selbstverwalteter Betriebe am ehesten gerecht.

In der praktischen Arbeit zeigt sich jedoch deutlich, daß selbst in Beraterkreisen Unkenntnis über die Möglichkeiten des Genossenschaftsgesetzes besteht. Der Verein ist deshalb bemüht, durch Beratungsförderung und Beratungsvermittlung auf die Möglichkeiten des Genossenschaftsgesetzes hinzuweisen. In den Bereichen, in denen sich das Genossenschaftsgesetz jedoch als hinderlich für die Gründung neuer Genossenschaften erweist, arbeitet der Verein an Reformen. Es ist unbestritten, daß z.B. die Pflichtprüfungen durch die genossenschaftlichen Verbände besser auf die Belange selbstverwalteter Betriebe abgestimmt werden müssen. Außerdem bietet das Genossenschaftsrecht keine Möglichkeiten der Gründung von Kleinstgenossenschaften unter sieben Mitgliedern. Hier gilt es, bei den Prüfungsverbänden Verständnis für die besonderen Strukturen dieser Betriebe zu wecken. Konkret bedeutet das, die rechtlichen Rahmenbedingungen zu präzisieren bzw. der Genossenschaftsidee vergleichbare Ausweichsrechtsformen zu entwickeln.

In der Diskussion über wirtschaftsdemokratische Reformmodelle will der Verein den Genossenschaftsgedanken als Teil der Gemeinwirtschaftsidee neu beleben und aktualisieren.

Service

Für seine Mitglieder arbeitet der Verein an der Verwirklichung konkreter Angebote und Serviceleistungen:

- Vereinsmitglieder bekommen regelmäßig die CONTRASTE, Zeitung für Selbstverwaltung, in der Vereinsnachrichten und Informationen veröffentlicht werden.
- Herausgabe von zwei Handbüchern zur Gründung von Genossenschaften im Bereich der Konsum- und Produktions- sowie der Wohn- und Mietergenossenschaften.
- Durchführung von Veranstaltungen zu aktuellen Problemen des Genossenschaftswesens.
- Gründung von regionalen Arbeitskreisen und Aufbau von Informationsnetzen.
- Vergleich zwischen genossenschaftlichen und genossenschaftsähnlichen Rechtsformen im In- und Ausland.
- Vermittlung von Beratung bei Neugründungen.

Nähere Informationen können im Vereinsbüro, Am Hofgarten 20, 5300 Bonn 1, Tel 0228/215290 eingeholt werden.

Vorwärts mit der GmbH & Co, e.G.!?

oder: Brauchen wir eine neue Rechtsform für Alternativbetriebe ?

Red. Freiburg Nach gut 15 Jahren alternativ-ökonomischer Gründerphase hat sich die Mehrzahl der Betriebe überwiegend geräuschlos in den herrschenden Wirtschaftsliberalismus eingepaßt und wurstelt individualistisch-perspektivlos mit allenfalls kleinkrämerischen Ambitionen vor sich hin. Bei der Vielfalt der Unternehmensformen, in die Alternativ-Betriebe schlüpfen (können), ist nach außen ein gemeinsamer Nenner nicht erkennbar. Über allgemeine Ansprüche und diffuse Zusammengehörigkeitsgefühle hinaus (kollektives Arbeiten, ökologisches Denken, Friedensbewegung, gesunde Ernährung) sind von außen, d.h. von den Käufern, Kunden oder der Politik gemeinsame Produktions- und Betriebskriterien nicht auszumachen. Das verschlechtert die „Wettbewerbssituation" für Alternativbetriebe gegenüber traditionellen Betrieben, die verstärkt auf den „alternativen Markt" drängen. Ein strategisches, betriebliches und überbetriebliches Marketing ist auf dieser Basis nicht möglich. Ein politisches Marketing, zum Beispiel die Verankerung eines Warenzeichens („hergestellt in einem selbstverwalteten Betrieb"), ist derzeit außer Sichtweite. Ebenso fehlt ein gemeinsamer, nach außen sichtbarer Kodex für Fragen der innerbetrieblichen Umgangsweise, des Verhältnisses zum Kunden, der Gewinnverteilung usw. Auf dieser Basis sind natürlich weder gemeinsame politische Aussagen und Forderungen möglich noch der Aufbau eigener Verbände.

Michael Raetsch

Mit der Wahl einer bestimmten Rechtsform wird in der Regel zugleich der Status der Betriebsmitglieder grundsätzlich festgelegt, d.h. die Frage, ob jemand ArbeitnehmerIn oder MitunternehmerIn ist. Das ist für alle Beteiligten von großer Bedeutung, wirkt sich der Status doch aus auf:

a) die *Besteuerung* des/der Einzelnen und des Betriebs
b) die *arbeitsrechtliche* Situation (Arbeitnehmerschutzrechte oder nicht)
c) die *Rentenversicherung*
d) die *Arbeitslosenversicherung.*

Allerdings können sich die Vorteile der Rechtsformen-Vielfalt und der Gestaltungsfreiheit mit ihren Möglichkeiten zu alternativer Mimikry auch unverhofft gegen die Betriebe wenden. Denn der Status der Kollektivmitglieder richtet sich nicht nur nach der gewählten Rechtsform, sondern auch nach der tatsächlichen Betriebspraxis. Und so kann es dann vorkommen, daß in einem Streitfall (z.B. mit dem Sozialversicherungsträger oder dem Arbeitsamt oder bei einer Kündigungsschutzklage) jemand trotz jahrelanger Zahlungen an die Arbeitslosenversicherung nachträglich zum Mitunternehmer (ohne Ansprüche auf ALG) erklärt wird; oder daß einer Kündigungsschutzklage eines Kollektivmitglieds mit der Begründung stattgegeben wird, es handele sich – entgegen des betrieblichen Selbstverständnisses – um einen Arbeitnehmer. So können die ursprünglichen Intentionen der Betriebsmitglieder jäh in ihr Gegenteil verkehrt werden mit u.U. gravierenden finanziellen Folgen.

Mal Arbeitnehmer – mal Unternehmer

Ein Ausweg aus diesem Dilemma wäre:

– entweder im bestehenden Rechtsformensystem eine Wahlmöglichkeit zwischen dem ein- oder anderen Status der Mitarbeitenden zu schaffen (was sich aber mit dem derzeitigen Arbeits- und Sozialversicherungs-Rechtssystem noch nicht vereinbaren läßt),

oder

– in einer neuen Rechtsform zugleich eine klare Statusfestlegung für die Mitarbeitenden zu schaffen.
Dazu müßte innerhalb der Alternativökonomie aber erst geklärt werden, ob die Kollektivis grundsätzlich wie Arbeitnehmer behandelt werden sollen/wollen, womit ihnen dann im Gegenzug die Vorzüge des Unternehmerstatus verlorengingen.

Ein derzeit noch ungelöstes Dilemma. Aber hier muß bald etwas passieren, um den Alternativbetrieben weitere bittere Überraschungen zu ersparen.

Als Fazit steht hiernach für mich fest. Die „bürgerlichen Rechtsformen" sind trotz einiger Vorteile unterm Strich eher ein Manko und ein Hemmschuh für die Alternativwirtschaft. Es fehlt eine eigene, typische Unternehmensform für Alternativbetriebe! Dabei können sicher nicht alle der genannten Probleme beim ersten Anlauf und auf einmal gelöst werden. Die *Diskussion* aber um ein einheitliches „Kleid", um eine eigene Rechtsform für Alternativbetriebe als erstem Schritt wird zwangsläufig das „Statusproblem" und andere Sorgen mitberücksichtigen müssen. Nur so können auch dafür *langfristig* Lösungsmöglichkeiten erarbeitet werden.

Lösung in Sicht?

Ein Weg in Richtung eigener Rechtsform – ohne neue Gesetze schaffen zu müssen – wäre der über sogenannte Mustersatzungen für GbRs, GmbHs u.ä. (wie etwa in England). Dies wäre nichts anderes als eine Quasi-Rechtsform für Alternativ-Betriebe. Der eindeutigere und damit sauberere Weg wäre über eine besondere gesetzliche Regelung.

Das derzeitige *Genossenschaftsgesetz* bietet hierfür allerdings keine Patentlösung an, denn die Rechtsform der e.G. ist mit einer Reihe von Mankos behaftet. *Armin Höland* hat in der September-Ausgabe von CONTRASTE anschaulich dargestellt, daß das Genossenschaftsgesetz und die Genossenschaftsverbände heutzutage auf ganz andere Größenordnungen zugeschnitten sind und mit ganz anderen Wertvorstellungen arbeiten als die Alternativbetriebe. Wie sollten dann unter dem Dach der Großgenossenschafts verbände die alternativen Kleinbetriebe unterschlüpfen können, ohne nicht ihre radikaldemokratischen und ökologischen Ansprüche und ihre politischen Implikationen aufgeben zu müssen?

Trotz der weitverbreiteten Vorbehalte gegen die Genossenschaften und das Genossenschaftsgesetz dürfte es aber richtig sein, an der Struktur des Genossenschaftsgesetzes und an der „realen Existenz" der Genossenschaften anzuknüpfen: Die gesetzlich verankerte demokratische Betriebsstruktur, der Schutz genossenschaftlicher Pflichtverbände, der politische Gehalt der Genossenschaftsidee (gerade im internationalen Zusammenhang) legen es nahe, sich bei der Rechtsform-Diskussion zunächst an die Genossenschaft anzulehnen.

Der erste Schritt wäre also, das Genossenschaftsgesetz so zu ändern, daß Kleinbetriebe auch unter sieben Personen sich als Genossenschaft konstituieren können und daß die Organisationsstruktur im Sinne einer Stärkung der innerbetrieblichen Demokratie verändert wird.

Ein grüner Vorschlag

Im Gegensatz zu den bislang nur rhetorischen Bemühungen der SPD gibt es bei den GRÜNEN zu diesem Komplex bereits einen *Gesetzesentwurf* (der allerdings seit über eineinhalb Jahren in der Schublade liegt und dort wohl auch solange liegenbleibt, bis die verwaiste Planstelle für Selbstverwaltungswirtschaft in der GRÜNEN Bundestagsfraktion wieder besetzt ist).

Der Entwurf sieht im einzelnen vor:

- Das geltende Genossenschaftsgesetz wird erweitert um Vorschriften für sogenannte kleine Produktiv- und Dienstleistungsgenossenschaften, die mindestens 3 und höchstens 20 Mitglieder haben.
- Voraussetzung ist ferner, daß Identität zwischen Beschäftigten und Genossenschaftsmitgliedern besteht, d.h. Identität zwischen Mitarbeitenden und EigentümerInnen.
- Es besteht nicht mehr der Zwang, einen Aufsichtsrat zu bilden. Die Rechte des Aufsichtsrates gehen dann auf die Betriebsversammlung bzw. auf die einzelnen GenossInnen über, die insgesamt den entscheidenden Einfluß auf die Betriebsführung erhalten. Der Vorstand hat entsprechend weniger Vollmachten.
- Für das Ausscheiden aus der Genossenschaft können strengere Regelungen als im Genossenschaftsgesetz getroffen werden (z.B. Ausscheiden aus der Genossenschaft bereits nach Ablauf der arbeitsrechtlichen Kündigungsfrist).

Kleinkrämerei oder politische Offensive?

Wie es bei der Frage um die alternative Rechtsform weitergehen wird, hängt in erster Linie davon ab, ob die Alternativbetriebe künftig mehr aus ihrer Vereinzelung herauskommen, ob die in letzter Zeit entstandenen alternativen Verbände (Verband der selbstverwalteten Betriebe in Hessen; Betriebe in Selbstverwaltung, Bremen, Verbund selbstverwalteter Fahrradbetriebe; Verband selbstverwalteter grafischer Betriebe; Bundesarbeitsgemeinschaft der Netzwerke u.a.) diese Diskussion aufgreifen und zu einer politischen Offensive machen wollen und können: Der herrschenden Doktrin von der Alternativökonomie als Experimentierfeld und Sozialpuffer in der sog. freien Marktwirtschaft die Idee der Selbstverwaltung, die Idee der Autonomie im Leben und Arbeiten als politische Idee entgegenzustellen und als politische Kraft mit einer gesellschaftlichen Perspektive zu organisieren.

Informationen über o.g. und andere GRÜNEN Vorschläge zur Förderung der Selbstverwaltungswirtschaft sind erhältlich bei: MdB Peter Sellin, Bundeshaus, 5300 Bonn 1, oder RA. Michael Raetsch, Paul-Kemp-Str. 24, 53 Bonn 2.

Genossenschafts-förderung

Mitgliederversammlung

Am Freitag, dem 13. November 1987 findet eine Mitgliederversammlung des Vereins zur Förderung des Genossenschaftsgedankens statt. Sie beginnt um 12 Uhr in der Landesvertretung NRW, Dahlmannstr. 2, 5300 Bonn 1. (Nähe Bundeshaus).

Als Tagesordnungspunkte sind u.a. vorgesehen: Aktuelle Probleme im Genossenschaftsbereich. Bericht von Torsten Martin über die Ökobank, von Klaus Novy über die Heimatsiedlung Frankfurt und Gert Behrens über die Novellierung des WGG (Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz).

Der Vereinsvorstand hat empfohlen, zu verschiedenen Bereichen Arbeitsgruppen zu bilden:

- Gemeinwirtschaft und Genossenschaften
- Bedeutung genossenschaftlicher Projekte für regionale Wirtschaftspolitik
- Rechtliche Rahmenbedingungen für genossenschaftliche Kleinbetriebe
- Gemeinnützige Wohnungswirtschaft: Bau- und Mietergenossenschaften

Seminar

Wir möchten auf folgendes Seminar der Friedrich-Ebert-Stiftung hinweisen: „Genossenschaften und Gemeinwirtschaft – gescheiterte Konzepte oder Elemente einer erneuerten wirtschaftsdemokratischen Programmatik?"

Das Seminar findet statt von Freitag, dem 06.11.87, 18 Uhr bis Sonntag, dem 08.11.87 zum Mittagessen in 5905 Freudenberg in der Gustav-Heinemann-Akademie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Als Referenten stehen fest: Klaus Novy vom Wohnbund und Karl Zehetner vom ÖSB. Kosten: Es wird ein Teilnehmerbeitrag von 30,- DM erhoben, Unterkunft und Verpflegung sind frei, Fahrtkosten können nicht erstattet werden. Alle, die Interesse an einer Mitarbeit in der Arbeitsgruppe oder am Thema haben, möchten wir bitten, sich schriftlich oder telefonisch im Bonner Vereinsbüro zu melden. (Anschrift und Tel.-Nr. siehe unten).

Machen Sie Nägel mit Köpfen: Werden Sie Mitglied!

O Ich möchte Mitglied des Vereins werden. Bitte schicken Sie mir ein Beitrittsformular zu.
O Ich möchte Informationsmaterial über die Arbeit des Vereins.
O Ich möchte das Handbuch „Wir helfen uns selbst! Anleitung zur Gründung einer Genossenschaft" vorbestellen. (Auslieferung erfolgt nach Fertigstellung im Laufe des November).

Zur Information über die inhaltliche Arbeit des Vereins verweisen wir auf die Selbstdarstellung in dieser Ausgabe der CONTRASTE.

VEREIN
ZUR FÖRDERUNG DES
GENOSSENSCHAFTSGEDANKENS E.V.
Am Hofgarten 20, 5300 Bonn 1
Telefon 02 28 / 21 52 90

Ökobank

Wirtschaftsunternehmen im Glauben an die richtige Gemeinschaft

Wo steht die Ökobank politisch? Welche gesellschaftlichen Gruppen tragen die Ökobank? Welche gesellschaftlichen Gruppen haben in der Ökobank Platz? Diese Fragen begleiten das Projekt von Anfang an und werden bis heute teilweise sehr kontrovers geführt. Die Ursache liegt sicher u.a. darin, daß sich in diesem Projekt die unterschiedlichsten Leute zusammengefunden haben. Jüngster Streit: Sollen die Sozialausschüsse der CDU (CDA) einen Sitz im Aufsichtsrat der Ökobank erhalten? Könnte der CDA-Vertreter Ulf Fink heißen? Hierzu hat Dieter Reincke in seinem Beitrag „Wirtschaftsunternehmen oder Glaubensgemeinschaft?" (CONTRASTE Okt. '87) eindeutig Stellung bezogen. Vor dem Hintergrund gerade eines Sammelsuriums der unterschiedlichsten Äußerungen hinsichtlich der Einschätzungen, Forderungen und Wünsche soll den Fragen „Wie offen ist die Ökobank?",„Ist Querdenken gefragt?" oder „Könnte es einen politischen Dreh- und Angelpunkt für eine zukünftige Geschäftspolitik der Ökobank geben?" erneut nachgegangen werden.

Torsten Martin

Die Vorwürfe sind nicht neu: Die Ökobank verstoße gegen basisdemokratische Grundsätze, der Professionalität werde alles geopfert, mit der Streichung des Ökobank-Vereins sei der alternative Anspruch verwirkt, die Kompromißbereitschaft habe bereits jetzt aus der Ökobank eine „ganz normale Bank" gemacht.

Von anderer Seite wird der Ökobank vorgeworfen, daß sie „politische Ziele verfolge", Kredite „nach dem Parteibuch" vergeben werden sollen, daß sie nicht „in das Rechtskleid" der Genossenschaft passe, daß „die Professionalität zu Lasten ideologischer Vorstellungen gehe" und daß „nur solche Betriebe finanziert werden sollen, die bei anderen Banken keinen Kredit bekommen."

Wieder andere behaupten, daß die Ökobank eine „rein grüne Bank" sei, gleichzeitig hört man, daß sie „eher aus einem roten Spektrum" komme, wieder andere sehen eine „rot-grüne Koalition", und es soll sogar auch solche geben, die „Wertkonservative" in der Ökobank vermuten, „womöglich" sogar CDU-Mitglieder.

Für die einen soll die Ökobank „das Geld endgültig abschaffen", für andere soll sie „den Kapitalismus" abschaffen, andere hätten ganz gerne, wenn sie den traditionellen Banken „mal richtig Paroli bietet", sie soll Ansätze von Alternativwirtschaft entwickeln, soll insbesondere die gesellschaftlichen Folgen von Finanzierungsentscheidungen stärker berücksichtigen; einige fänden es „einfach nur toll" wenn es eine Ökobank gäbe, so nach der Devise, „haben Sie schon die grüne Scheckkarte?".

Für die einen ist sie bereits jetzt gescheitert, andere sehen in ihr ein ganzes Stück Hoffnung. Einige wollen, daß sie nur in ihrem Sinne wird (oder werden muß!), andere wollen, daß sie „eine breite Bewegung" wird, und andere vertreten die Meinung „Bank um jeden Preis, ist scheiß." Wahrlich ein breites Spannungsfeld, in dem sich das zarte Pflänzchen Ökobank befindet.

Was wird, wenn zu diesen politischen Auseinandersetzungen noch die banktechnischen Schwierigkeiten hinzukommen?
Na dann, gute Nacht!

Fast scheint es, so manch eine/r möchte die Bank gar nicht, so als ob einige sich der kulturellen Bedeutung dieses Projektes gar nicht bewußt sind. Denn seit den viel gerühmten „68er Jahren" hat sich im Kreditwesen an demokratischer emanzipatorischer Entwicklung nicht viel getan, die Diskussion „Frauen im Bankbetrieb" läuft gerade erst an. Die vieldiskutierte „Macht der Banken" ist eher größer geworden und mithin auch ihr politischer Einfluß. Die Bilanzsumme der drei Großbanken – Dresdner, Commerz und Deutsche – ähnelt dem Volumen des Bundeshaushalts. Und wer letztendlich die Übernahme von AEG durch Daimler-Benz durchgeführt hat, dürfte auch klar sein. Sogar der jüngste Wechsel an der Spitze von Daimler-Benz geschah nach dem Willen einer der Großbanken.

Das heißt doch im Ergebnis, daß alternative Ansätze vor dem Hintergrund dieser gesellschaftlichen Situation nur dann überhaupt die Chance der Beachtung finden (von Veränderung wollen wir hier noch gar nicht reden), wenn sie von einer breiten gesellschaftlichen Basis getragen werden und wenn sie von einem breiten gesellschaftlichen Wissen profitieren. Das heißt wiederum, daß die Ökobank daher weder nur die Bank der Grünen noch nur die Bank der SPD noch sonst irgendwelcher Gruppen sein darf.

Schaut man sich an, von welchen gesellschaftlichen Gruppen im Moment die gesellschaftliche Opposition getragen wird, stellt man fest, daß dies weder nur die Grünen sind, noch nur die SPD. Eine ganze Reihe von Gruppen und Initiativen arbeiten mit, die gerade nicht eindeutig parteipolitisch festgelegt werden können. Ich denke hier auch an den weiten Bereich der sehr kritisch eingestellten kirchlichen Initiativen, sowohl auf evangelischer als auch auf katholischer Seite an Pax-Christi, an Greenpeace, an Amnesty International, an die Kampagne Kirchentag gegen Apartheid, an das Komitee für Demokratie und Grundrechte usw.

Sicher gehören viele Menschen, die in diesen Initiativen mitarbeiten, den Grünen oder der SPD an – das sei unbestritten –, aber sicher nicht alle. Auch Heinrich Böll war meiner Meinung im Grunde seines Herzens eher ein (Wert-)konservativer Mensch, der aus dieser Überzeugung handelnd, sich in Mutlangen an der Sitzblokkade beteiligte. Man würde es sich daher zu einfach machen, die oppositionellen Kräfte der Gesellschaft einzig bei einer Partei (oder einer Lehre) zu suchen. Im Hinblick auf die Ökobank wäre dies außerdem fatal.

Diese „Offenheit" gegenüber einer breiten gesellschaftlichen Basis darf natürlich nicht so weit gehen, daß man wahllos und ad hoc irgendwelche Teile eines Gesellschaftsbildes zusammensetzt. Natürlich muß hinter dieser „Offenheit" der Ökobank im Denken und Handeln eine politische Zielrichtung, eine gesellschaftliche Vision stehen, oder, wie Dieter Reincke es in der letzten Ausgabe der CONTRASTE richtig forderte, muß es einen „Dreh- und Angelpunkt" in diesem „Querdenken" der Ökobank geben. Und bezugnehmend auf eine These Pasolinis aus den 70er Jahren, sieht er diesen Dreh- und Angelpunkt vor dem Hintergrund einer im Moment stattfindenden „Revolution von rechts", einer Revolution, die nach seinen Worten „unter konsequenter Industrialisierung und Vermarktung der Wissenschaft, unter rigoroser Nutzung aller technischen Innovationen über eine permanente Funktionalisierung und Digitalisierung unsres Denkens" den „Unsicherheitsfaktor Mensch regel-, steuer- und normierbar" machen will – eine gesellschaftliche Situation, die Hans Jonas (der diesjährige Friedenspreisträger des Buchhandels) als „technologischen Koloß" bezeichnet, entstanden aus dem „qualitativen Sprung in unserer technologischen Macht", durch den „die Überlegenheit des Menschen so einseitig geworden ist, seine Eingriffe nach Größenordnung, Art und Tiefe so bedrohlich für das Ganze jetziger und künftiger Erdnatur."

Wenn es denn in Bezug auf die Geschäftspolitk der Ökobank einen Dreh- und Angelpunkt beim „Querdenken" geben könnte, dann dort, wo Dieter Reincke ihn ansiedelt. Sieht man dies in der Tat so, dann kann die politische Zielrichtung der Ökobank nicht in der dogmatischen Festlegung auf eine bestimmte Lehre bestehen. Vielmehr erfordert die Zeit, in der wir leben, eine den Problemen entsprechende Flexibilität (Bewegung) im Denken und Handeln und keinesfalls Dualismus.

Ich bin daher nach wie vor – nach drei Jahren Arbeit in diesem Projekt – der Überzeugung, daß gerade die „Vielschichtigkeit der Koalitionen" (Dieter Reincke) dieses Projekt bis hierhin getragen hat und daß auch nur diese Vielschichtigkeit dieses Projekt nach der Gründung weitertragen wird. Und das heißt für mich ganz konkret, daß für Vertreter und Vertreterinnen aus dem Spektrum der CDA in der Ökobank Platz sein muß, wenn sie den Aufbau einer Alternativwirtschaft unterstützen wollen.

Die Ökobank ist kein revolutionärer Ansatz. Schon gar nicht wird die Ökobank – wie so oft gefordert – den Kapitalismus abschaffen. Die Ökobank kann ein reformistischer Ansatz im Bereich des Geldwesens sein, der – wenn er gelingt – Alternativen gegen die „permanenten Integrationsmechanismen dieser Gesellschaft" (taz) stellen könnte. Alternativen in einem Bereich – und das sollte sich jeder und jede mal vor Augen führen –, in dem Alternativen bisher nicht existieren. Und den Triumph, daß wir uns nach all dem Erreichten zerstreiten, und das Projekt scheitert, den würde ich niemand gönnen.

So gesehen möchte ich die Frage Dieter Reinckes „Wirtschaftsunternehmen oder Glaubensgemeinschaft?" dahingehend beantworten, daß die Ökobank ein „Wirtschaftsunternehmen im Glauben an die richtige Gemeinschaft" sein sollte.

„Erst wenn die Gefährdungen durch diesen schnellen Wandel offenkundig werden, beginnen wir zu begreifen, daß nichts wirklicher ist als das, was immer wirklich ist, und heute nichts wichtiger als das, was immer wichtig ist" (Hans Jonas)

Vereinsnachrichten

Freunde und Förderer der Ökobank e.V.
Franziusstr. 44
6000 Frankfurt 1
Tel.: 069/4990447

Offener Brief

Liebe Delegierte,

Die ÖKO!-Bank war von Anfang an mehr als ein Wirtschaftsunternehmen oder eine Interessengemeinschaft. Die Gründungs-Aktiven, in Berlin sehr viele NetzwerkerInnen, wollten mit der Ökobank zugleich einen Baustein für eine andere Republik legen.

Für uns steht mit der Einbeziehung „wertkonservativer" Politiker in eine entscheidende Position (Aufsichtsrat) der Ökobank die politische Glaubwürdigkeit des Projektes auf dem Spiel.

Die – politisch begründeten – Zulassungsschwierigkeiten und auch die zukünftige Geschäftspolitik der Bank mögen es opportun erscheinen lassen, das „wertkonservative" Spektrum miteinzubinden.

Für uns ist mit der Besetzung eines entscheidenden Gremiums durch CDU-Politiker die Grenze der an Sachzwängen orientierten und darüber legitimierten Politik aus Frankfurt überschritten.

Wir wenden uns nicht gegen den in Frankfurt praktizierten Pragmatismus schlechthin.

Allerdings sind wir es leid, diesen und ähnliche Vorgänge als politische Strategie verkauft zu bekommen, wo es doch in Wahrheit nur Ausdruck der eigenen Schwäche ist, wenn jetzt einer jener Partei ins Rennen geschickt werden soll, deren Geist in der Aufsichtsbehörde weht.

Es ist doch letztlich eine Frage der eigenen Glaubwürdigkeit, wenn die erlittenen politischen Niederlagen – Rausschmiss der Regional-Vereine aus der Satzung; rigide Sicherheitsanforderungen, die kaum ein Alternativbetrieb erfüllen kann – wenigstens noch als solche bezeichnet und verbucht werden, anstatt angesichts dieser Tatsachen von der „Entwicklung neuer Politikformen" zu schwafeln wie Dieter Reincke in der September-CONTRASTE.

Das würde nämlich wieder den Blick dafür schärfen, daß es sich bei der Zulassung der Ökobank um Machtpolitik handelt, und nicht um ein Versuchsfeld für das Erproben neuer Koalitionen.

Nachdem der Verein aus der Satzung gestrichen werden mußte, sollten ja eigentlich die AufsichtsräteInnen dessen politische, regional-orientierte Kontrollfunktion übernehmen.

Schon die bisherige Besetzung des Aufsichtsrats der Vorgenossenschaft läßt jedoch für die Interessenvertretung von Alternativbetrieben wenig gutes hoffen.

Wir wenden uns deshalb mit aller Schärfe gegen einen Ausverkauf von entscheidenden Positionen an das konservative Lager. Sollte eine Einbindung dieses Spektrums nicht in Form eines Beirats, d.h. ohne unmittelbare Entscheidungsbefugnisse, möglich sein, fordern wir auf, darauf zu verzichten.

Das Berliner Netzwerk hat in den letzten Monaten zusammen mit anderen Finanzierungseinrichtungen in Berlin an der Konstruktion einer Ökobank-Regionalgesellschaft gearbeitet.

Sollte sich die eingeschlagene Richtung bestätigen, werden wir das Projekt Ökobank nicht mehr aktiv mittragen.

Manche mögen dies Sektierertum nennen.

Wir bezeichnen dies als politisches Rückrat.

Für das Berliner Netzwerk
Meendert Buurmann
Franz-Josef Bartsch

»Erstaunliche Koalitionen«

Roland Nagel für den LV Berlin

Nach überraschender Schützenhilfe aus NRW und der gescheiterten Propagandareise eines Aufsichtsrates durch Berlin ist das Thema Ulf Fink erledigt. Es gibt aber immer noch Bestrebungen, ein Mitglied der CDU in den Aufsichtsrat zu wählen. Wir halten dies aus folgenden Gründen für falsch und schädlich.

Der Aufsichtsrat der Ökobank ist keine Spielwiese für politische Parteien. Er muß vielmehr neben der wirtschaftlichen Steuerung die politische Einflußnahme der im Projekt zusammengeschlossenen Basisgruppen gewährleisten. Dazu bedarf es jedoch nicht der Vermittlung durch die Parteien. Ganz abwegig ist die Beteiligung einer Partei, die, wie die CDU, den Zielsetzungen des Ökobankprojektes feindlich gegenüber steht. Oder kann sich jemand vorstellen, daß die CDU für den Abzug von Geldern aus dem Rüstungssektor oder den Aufbau alternat. Wirtschaftsformen eintritt, es sei denn es läßt sich für ihre Politik mißbrauchen? Und will sich die Ökobank tatsächlich zum Erfüllungsgehilfen einer Partei machen lassen, deren Sozialpolitik nur das Ziel hat, die strukturellen Mängel des herrschenden Wirtschaftssystems zu kaschieren?

Um Mißverständnissen aus dem Weg zu gehen: Wir scheuen uns nicht vor einem Dialog mit dem Wertkonservativen Spektrum, aber bevor es zu „erstaunlichen Koalitionen" kommt, sollten zuerst gemeinsame Ziele gefunden werden. Ich kann zwischen Ökobankprojekt und dem Umfeld der CDU im Moment keine erkennen.

Abgesehen von diesen grundsätzlichen Erwägungen ist die in Berlin geleistete Aufbauarbeit gefährdet. Wird tatsächlich ein CDU-Mitglied in den Aufsichtsrat gewählt, so wird die geplante Zusammenarbeit Berliner Finanzierungsprojekte im Rahmen der Regionalgesellschaft nicht zustande kommen und die Ökobank wird die Unterstützung weiter Kreise des Berliner alternativen Spektrums verlieren. In diesem Fall wird dem Landesverband Berlin die Entscheidung nicht schwerfallen, auf wessen Seite er steht.

In Zukunft werden wir gegen die Besetzung von Aufsichtsrats-Posten mit Vertretern politischer Parteien eintreten. In diesem Zusammenhang bedauern wir auch unsere Zustimmung zur Wahl von W. Roth und J. Müller, denn wenn nur die Wahl besteht, entweder alle Parteien im Aufsichtsrat vertreten zu haben oder keine, so wählen wir lieber letztere Alternative. Wir unterstützen deshalb den Vorschlag des Netzwerks, Politiker zukünftig in einem Förderkreis unterzubringen.

Geradeaus vorankommen oder verquer denken?

Antworten mit Zwischenrufen in (...) Klammern

Jens Reuter

Was ist passiert?
Im Juni erschien an dieser Stelle ein Artikel von Torsten Martin mit 11 „Thesen" über den Standort des Ökobank-Projektes in der politischen Landschaft. In der letzten CONTRASTE griff Dieter Reincke diese „Thesen" auf und plädierte für die Wahl Ulf Finks in den Aufsichtsrat der Ökobank i.Gr.. Inzwischen hat der Delegiertenrat des Ökobank-Vereins am 4.10. beschlossen, von einer derartigen Besetzung abzuraten.

In seinen Thesen stellte Torsten Martin richtigerweise fest, das Ökobank-Projekt habe eine linke (bzw. grüne) Tradition. Des weiteren behauptete er, die Bank selbst würde (so es sie denn geben wird) nicht „links" (bzw. „grün") sein können. Was das Instrument Bank betrifft (welches nur ein Teil dieses Projektes ist), hat er sicherlich nicht ganz unrecht. Über die Art und Weise der Inanspruchnahme des Instrumentes Bank ist damit allerdings noch gar nichts gesagt. Weiterhin stellte er fest, daß die Bank „niemandem gehören würde", keiner Partei also (Selbstgänger). Die ganze Geschichte gipfelte dann in der Forderung nach mehr „Querdenkern" in der Ökobank, was Dieter Reincke (u.a.) schließlich veranlaßte, sich einen aktiven CDU'ler in den Aufsichtsrat zu wünschen. Neben weiteren, abenteuerlichen Argumentationen, versucht Torsten Martin den Eindruck zu erwecken, der bisherige "Erfolg" des Projektes läge in der notwendigerweise parteipolitischen Unabhängigkeit der späteren Bank begründet. Womit er zu suggerieren versuchte, das ganze Projekt habe keine eindeutig bestimmbare Identität; und zwar deswegen nicht, weil die Bank selbst ja sowieso nicht links oder so sein könne. Und so weiter...

Ich behaupte: Wenn dieses Projekt (trotz seiner Mängel) überhaupt so weit gedeihen konnte, dann nur deswegen, weil es eine eindeutig bestimmbare Identität hat! Diese Identität ist links und grün. Diese Identität war und ist die gültige Geschäftsgrundlage der aktiven und passiven Unterstützer dieses Projektes!

Dieter Reincke hat Torsten Martins Vorschläge höflicherweise als „eklektizistisch" bezeichnet. Ich verzichte lieber auf eine Bemerkung dazu. Aber – lieber Dieter Reincke, weil man der Unlogik zu folgen nicht bereit ist, wird man doch nicht deswegen zu einer sektiererischen Glaubensgemeinschaft werden müssen, wie Du es nennst? Ein Vorwurf, der einfach unsachlich ist. Jeder, der unser Projekt interessant findet, kann daran mitarbeiten. Wer im Sinne des Projektes Unterstützung leisten möchte, kann dies tun. Deswegen aber müssen wir doch nicht den Bock zum Gärtner machen oder uns einen neuen Popen suchen.

Nach dem „Anti-Fink-Beschluß" ist jede weitere Debatte um die proporzmäßige Besetzung des Aufsichtsrates durch „CDU-Parteiprominenz" müßig und kontraproduktiv! Die Argumente, die uns veranlaßt haben, von Fink abzuraten, treffen im wesentlichen für alle Kandidaten gleicher Couleur zu. Mit der Identität unseres Projektes ist es eben nicht in Einklang zu bringen, wenn der Aufsichtsrat der Bank mit Leuten dieser Couleur gefärbt würde. Und eben diese Veränderung (Verfärbung) der Identität des Projektes wäre gleichzeitig die Kündigung der alten Geschäftsgrundlage. Die Neugestaltung einer Geschäftsgrundlage (bzw. Veränderung) kann aber nur im Einvernehmen aller Partner erfolgen. Mehrheitsentscheidungen, gleich welcher Art, kann es da nicht geben. Will man sie partout, sind das keine Entscheidungen sondern **Scheidungen**. Da eine Spaltung ernsthaft niemand wünschen kann, bleibt nur die Rücknahme des Änderungsbegehrens an der Geschäftsgrundlage möglich (ist doch wohl logisch, Ludger?)! Mit einem Beharren an veralteten Ideologien hat so ein Verfahren überhaupt nichts zu tun. Vielmehr geht es um die Erhaltung der politischen Glaubwürdigkeit und Berechenbarkeit.

Ein letztes Wort zum Stil der politischen Auseinandersetzung: Seit Anfang diesen Jahres ist versucht worden, denselben durch bessere Vorbereitung der Sitzungen zu verbessern. Das ist zum Teil hinsichtlich der Diskussionsform und Meinungsfindung auch gelungen, und es muß in dieser Richtung weitergearbeitet werden. Bedauerlicherweise hat der Vorstand des Vereins an dieser Arbeit nicht mitgewirkt; müßte sie doch eigentlich auch in seinem Interesse liegen. Völlig unverständlich ist mir aber, wenn Michael Berger (der außerdem auch im Aufsichtsrat der Vorgenossenschaft sitzt) derartige Bemühungen zu diskreditieren versucht, indem er sie ständig in Verbindung mit einem überzogenen Verlangen nach „Basisdemokratie" bringt. (Der einzige, der diesen Begriff laufend in den Mund nimmt, bist Du selbst Michael. Es geht um **Arbeitsfähigkeit**.) Und genau diese Arbeitsfähigkeit wird genommen, wenn „Kompromiß-Anträge" gestellt werden in einer Sache, die (s.Fink) nicht kompromißfähig ist.

Zukünftige Aufgabe des Vereins wird es also auch sein müssen, in solchen Angelegenheiten für eine gewisse Hygiene zu sorgen.

Die Frage nach der künftigen Vereinsarbeit läßt sich so formulieren: Wie bringt man das Kunststück fertig, eine Kopfgeburt auf die Beine zu stellen? Grundsätzlich ist das ein schwieriges Unterfangen. Es kann gelingen, es kann aber auch in die Hose gehen. Wir werden dem Projekt erst einmal tragfähigere Beine verleihen müssen, der Kopf lastet schwer auf uns. Diese Beine sollen sogenannte Regional-Gesellschaften sein, die das Bindeglied darstellen zwischen der Bank in Frankfurt und der Klientel in der Republik. Darunter sind zu verstehen potentielle Kapitalgeber und Kreditnehmer ebenso wie (beinahe noch wichtiger) Knowhowgeber und Knowhownehmer. Die Aufgabe einer Regional-Gesellschaft besteht also zuförderst in der Akquisition von Kapital und Kreditpotential und in der Vermittlung von Beratung (wenn sie sie nicht selbst leistet).

Grundlage dieser Arbeit kann aber nicht ein willkürlicher Leistungskatalog sein. Vielmehr müssen konzeptionelle Vorstellungen entwickelt werden, wie die Förderziele der Genossenschaft den regionalen Gegebenheiten entsprechend, umgesetzt werden können. Ein Beispiel für Hamburg:
Gegebenheiten:
– viel Atomstrom
– viel Altbausubstanz
– viel Nachtspeicherheizungen
– viel Renovierungsbedarf
Vorstellung: Da der vielfache Wunsch, sich von unökologischen und unpraktischen Nachtspeicherheizungen im Rahmen einer Wohnungsrenovierung zu trennen, häufig an den Kosten scheitert, ergibt sich hier ein Betätigungsfeld für unser Projekt. Der Ersatz einer E-Heizung durch eine Gasheizung ist sicherlich eine ökologische Maßnahme. (Fernwärme ist natürlich noch vernünftiger). Aus einem solchen Konzept ließe sich dann ein ganz bestimmtes Leistungsangebot entwickeln, mit dem die Regionalgesellschaft in Kooperation mit der Ökobank an den **Markt** geht.

Und nun noch ein Wort an unsere teuersten Leser: Wieso eigentlich, Herr Guthard (DG-Bank–Chef), sollte uns für solche Leistungen (s.o.) das Kleid der Genossenschaft schlechter stehen als es Ihnen für die ihren steht? Was man unter Genossenschaften verstehen kann, darüber sollte man sich doch unterhalten können. Und sollten Sie der Ökobank per se unsolides Geschäftsgebahren unterstellen wollen, kann ich das, was uns betrifft, nicht verstehen. Was die Milliarden-Pannen in ihrem Verband betrifft, so kann ich schon verstehen, daß Sie Sorgen haben. Vielleicht reden wir mal drüber? Ein Beitragszahler mehr ist immerhin besser, als einer zu wenig.

Leserbriefe

Lieber Öko-Bank-Vorstand in Gründung!
Ich habe in der taz und in der Zeitschrift CONTRASTE über Eure Pläne gelesen, das Querdenkertum zu fördern und auch Persönlichkeiten aus dem rechten politischen Spektrum, für den Vorstand zu werben, auch um Eure Chancen zu verbessern, in den Genossenschaftsverband aufgenommen zu werden.

Schön und gut wenn Ihr keine Glaubensgemeinschaft sein wollt, um dadurch die Zeiten zu überdauern und nicht gefressen zu werden (s. CONTRASTE Okt.87), aber ich frage mich, welches Interesse Christ-Demokraten an der Öko-Bank haben.

Wollen sie die Revolution im Bankgewerbe verhindern, lenken oder sehen sie nur eine Chance mal Bankier zu spielen.

Ich kann nicht verstehen, warum jemand CDU wählt und dann die Ökobank unterstützt. Mit Querdenkern hat das nichts zu tun. Wer querdenkt braucht keine Partei und macht den Zirkus nicht mit. Wer sich aber aktiv an der Rechtspolitik beteiligt, ist mit Herz und Seele mit dem Rechtsstaat verwachsen und ist, für mich, nicht fähig, in Eurem Sinne querzudenken.

Ich jedenfalls wüßte mich gern von Leuten im Vorstand vertreten, die nicht einer Parteipolitik anhaften, oder zumindest mit meiner Einstellung über Selbstverwaltung, Genossenschaftswesen und Herrschaftslosigkeit übereinstimmen.

Ich fände es deshalb gut, über dieses Thema basisdemokratisch abzustimmen, indem jeder Treugeldgeber angeschrieben wird. Ich würde mich über eine Antwort sehr freuen.
Kai Lanztner

Hiermit kündigen wir unsere Mitgliedschaft im Verein „Freunde und Förderer der Ökobank e.V." zum 31.12.87.

Die Tendenz, Personen aus dem konservativen Spektrum einzubeziehen (zudem noch im Aufsichtsrat), lehnen wir entschieden ab und schließen uns dem Protestpapier der Berliner Gruppe vom 21.7.87 an. Bei diesem Ergebnis ist es schade um die Energien, die wir während der Aufbauphase vergeudet haben. Jedoch ist es eine Lehre für uns.

K. Wehrend
Sabine Kleintges
Morbach-Merscheid

Liebe Genossinnen und Genossen,
da sich ja nun offensichtlich die Vertreter der totalen Ausgewogenheitssucht (erst Roth, dann Fink (?), dann ...) langsam, aber ungemein erfolgreich (Taktik!?), auch im Verein durchzusetzen scheinen, (letzter CONTRASTE-Beitrag von D. Reincke) erkläre ich hiermit meinen Austritt aus dem Ökobank-Verein.

Teilt mir bitte mit, wie lange ich die CONTRASTE noch bekomme.

Vom „Lauf der Dinge" wieder einmal bestätigt grüßt Euch
Urs Bürkle, Berlin

Hallo liebe Leute!
Der taz vom Samstag 03.10.87 muß ich entnehmen, daß die Öko-Bank erwägt dem CDU-Senator Ulf Fink eine Mitgliedschaft in der Bank anzubieten. **Was soll das?!??**

Die CDU ist eine zentralistisch organisierte reine Lobbyisten-Partei. Sie betreibt eine offensive Rüstungs- und Rüstungshandelspolitik, sie unterstützt offensiv totalitaristische und faschistische Parteien und Regierungen auf vier von fünf Kontinenten, sie betreibt eine offensive Kernkraftspolitik und behindert den Ausbau alternativer Energien wo sie nur kann, sie betreibt offensiv eine Politik des „freien Marktes" und zerstört so Arbeitsplätze und jede Form von Kleinbetrieben, sie betreibt eine offensive Minderheitenausgrenzungspolitik und hat durch und durch patriarchaische Strukturen.

Weitere Schwerpunkte der Menschenverachtung im Programm der CDU sind zu finden bei den Themen: Umwelt-, Bildungs-, Verkehrs-, Strafvollzugs- und Gesundheitspolitik, sowie eine aggressive Verfolgung der Gentechnologie ohne jede Kontrolle und Moral.

Selbst wenn Herr Fink der linke Linksaußen innerhalb der CDU wäre, bliebe er doch Mitglied und Repräsentant der Partei und einer bestechlichen Regierung geführt von dieser Partei.

Es ist ja ganz schön und auch verständlich, wenn die Öko-Bank versucht Unterstützung in politischen Kreisen zu finden, aber doch wohl nicht bei den Leuten, die aktiv eine Politik zur Vernichtung jeden Lebens auf der Erde betreibt, dessen Erhaltung doch mit ein Grund zur Gründung der Öko-Bank ist!
Grün ist die Partei und die Hoffnung, schwarz ist die CDU und der Tod.
Herzliche Grüße? Udo Kasel

Guten Tag, Herr Reincke:
Um gleich mit der Tür ins Haus zu fallen: Mein Geld, dachte ich, ist da gut aufgehoben, wo es gesellschaftlich sinnvoll bewegt werden kann. Wenn noch dazu kommt, daß keine erzkapitalistischen Unternehmungen dabei unterstützt werden, will ich mich froh preisen. Dann kam der Oktober 1987 und Ihr Artikel in CONTRASTE.

Warum, fragte ich mich während der Lektüre, unternehmen Sie den Versuch, Fink (CDU) genossenschaftsfähig zu machen? Wissen wir doch, daß es diese Partei ist (und jedes ihrer Mitglieder), die das kapitalistische Prinzip nicht in Frage stellen und jeglicher Selbstverwaltung ablehnend gegenüberstehen, wenn sie sich nicht ihren Prinzipien unterordnet. Für sie ist Realität, was sie in der BRD geschehen lassen. Auch, natürlich richtig von Ihnen angemerkt, die Vermarktung der Wissenschaft, der Digitalisierung der Hirne, unter anderem. Von der Ausschaltung des Unsicherheitsfaktors Mensch redeten Sie. Und haben offensichtlich vergessen, daß diese Partei einen für Ihre Prinzipien wichtigen Schritt schon unternommen hat. Erinnern Sie sich an den Kampf um die Änderung des Paragraphen 116a? Haben Sie seinerzeit die Stimme eines Ausschüsslers Fink vernommen, der gegen die Änderung gewettert hätte? Haben Sie sonst etwas davon gespürt, daß irgendeiner dieses Klüngelhaufens seine politische Einflußnahme dazu verwendet hätte, um sich gegen diese Beschneidung der Arbeitnehmerrechte zur Wehr zu setzen? Nichts davon. Die Änderung ging durch. Sie haben dazu beigetragen ihre Realität durchzudrücken – gegen die der Arbeitnehmer.

Glauben Sie allen Ernstes, daß ein CDU-Mann (ausgerechnet!) vonnöten ist, politischen Einfluß in unserem Sinne glaubwürdig geltend zu machen? Sind wir denn nicht bis hierher gekommen – ohne sie, und werden wir nicht weiterkommen – ohne sie? Wir haben auch eine Glaubwürdigkeit zu verteidigen und die hat nichts zu tun mit den Zielen und Prinzipien dieser Gestalten aus einer längst überkommenen Welt, die sich jetzt anschickt, an den Wurzeln der Ökobank, die sich gerade erst fest veankern, zu nagen.

Mir scheint, daß es diesen Realpolitikern nur zu gut gefallen würde, ihren Fuß in der Tür zu haben, durch die ein frischer Wind weht – und wenn er erst einmal drin ist, wird Einfluß genommen – in ihrem Sinne.
Mit besorgten Grüßen
Jürgen Spitzner, Würzburg

Offener Brief

Nomen est Omen?
Lieber H. Guthardt,
Deine Nachricht hat uns ereilt. Zu gerne würden wir doch noch in Deinen Feuerwehrfonds mit rein, mit unserem grünen Löschfahrzeug. Aber Du bleibst hardt und willst uns nicht lassen, Du Guter. Natürlich sind wir enttäuscht, daß wir nicht mitspielen dürfen, nur weil wir 'ne grüne Geldspritze haben. Das ist doch gemein. Man Guthardt, überleg doch mal: Deine Leute sind doch schon maulig, weil sie so viel Spielgeld bei Dir abliefern müssen. Und das nur, weil ihr bei euren letzten Übungen so viele Scheunen versehentlich abgefackelt habt. Wenn Du uns versprichst, daß Du in Zukunft besser aufpaßt, halten wir unsere Geldspritze doch noch in Dein Füllhorn und machen sie vorher sogar rot. Ist ja auch keine schlechte Farbe. Dein Vorteil? Na hör mal, altes Genossenschaftsprinzip: Geteiltes Leid ist halbes Leid. Wir kennen so viele Leute, die noch nicht bei Dir mitmischen und voll auf uns abfahren. Also los, gib Deinem Herzen einen Ruck und sei mehr gut als hardt. Es soll Dein Schaden nicht sein.
Mit genossenschaftlichen Grüßen,
Dein Wadenbeißer J.R.

Termin

Ökobank Verein Schleswig-Holstein: Mitgliederversammlung

Am Samstag, dem 21.11.87 ab 15 Uhr in der Nortorfer Mühle in Nortorf!

Ökobank

Vereinsnachrichten

Freunde und Förderer der Ökobank e.V.
Franziusstr. 44
6000 Frankfurt 1
Tel.: 069/4990447

Auf dem Sprung oder zwischen allen Stühlen

Red. Hamburg CONTRASTE-Leser, die bisher keine Ahnung von einer Organisation mit dem nichtssagenden Kürzel AGP hatten, wissen spätestens seit der Juli-Ausgabe, daß damit die „Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Partnerschaft in der Wirtschaft e.V." gemeint ist. Die ganzseitige Anzeige war sowohl vom Format als auch vom Inhalt her für diese Zeitung ungewöhnlich. Aber auch nach der Lektüre des Tagungsprogramms bleibt im Dunkeln, welche Positionen der Veranstalter vertritt, wer sich in der AGP engagiert.

Detlef Weiher

Alles satzungsgemäß

Ein Blick in die Satzung belehrt den Wissensdurstigen, daß der Verein gemeinnützig ist und sich folgende Aufgaben gibt: „Wissenschaftliche Erforschung der Grundsätze und praktische Erfahrungen des In- und Auslandes zu allen Fragen der betrieblichen Partnerschaft." (§ 2) Unter **betrieblicher Partnerschaft** wird nach § 3 „eine vertraglich vereinbarte Form der Zusammenarbeit zwischen Unternehmensleitung und Mitarbeitern (verstanden). Sie soll allen Beteiligten ein Höchstmaß an Selbstentfaltung ermöglichen und durch verschiedene Formen der Mitwirkung und Mitbestimmung bei entsprechender Mitverantwortung einer Fremdbestimmung entgegen wirken. Notwendiger Bestandteil dieser Partnerschaft ist die Beteiligung der Mitarbeiter am gemeinsam erwirtschafteten Erfolg, am Kapital des Unternehmens oder an beidem." Das klingt ungriffig, heißt aber nichts anderes als daß **innerhalb** des Betriebes zwischen der Leitungs/Besitz-Ebene und den abhängig Beschäftigten Gewinnbeteiligungs-Modelle und Mitbestimmungs-Möglichkeiten geschaffen werden, die z.T. weit über den gesetzlichen Rahmen hinausgehen. Die AGP entwikkelt dazu variantenreiche Modelle. Und wozu das alles? fragt sich der mißtrauische Selbstverwalter. Werden einem da nicht im Kleid fortschrittlicher Sozialpartnerschaft besonders perfide Formen der Ausbeutung unter-gejubelt? Sollte das Kürzel AGP nicht besser mit „Alternative Groß Produzenten" übersetzt werden? Handelt es sich bei betrieblicher Partnerschaft nicht um die modernste Form der Rationalisierung, wie Kritiker behaupten?

Alles beweisbar

Auf Zitate-Jagd: „Langfristig werden nur solche Unternehmen den Zukunftsaufgaben besser gewachsen sein, deren Mitarbeiter sich mit den Zielen des Betriebes identifizieren". Naja, aber „...die Vorteile drücken sich im Gewinn der Bilanz aus und im Umgang der Menschen miteinander" klingt schon deutlicher. Die Nachtigall meldet sich aber, liest mensch in dem AGP-Mitteilungsblatt *Das neue Unternehmen* die Äußerung des Volkswirtschafts-Professors Siebert, der begrüßt, daß durch Erfolgsbeteiligung die Löhne flexibel nach unten werden, im Verlustfall nämlich. Konservative Ökonomen beklagen die Inflexibilität der Löhne nach unten, wofür sie die Gewerkschaften verantwortlich machen.
AGP, abgehakt? Damit macht mensch es sich zu leicht.

Multis als Musterknaben

In der BRD praktizieren von potentiell 100 000 Unternehmen gerade 1400 Betriebe Beteiligungsmodelle, von denen sich 450 in der AGP zusammengeschlossen haben, die Aktivsten und Interessantesten unter ihnen. Insgesamt besitzen 1,1 Mio Arbeitnehmer 14,2 Mrd. DM Beteiligungskapital. Musterknabe ist die deutsche Tocher des US-Multis *Hewlett Packard*. Immerhin ein Unternehmen mit 2,1 Mrd. DM Umsatz und 4200 Beschäftigten, mehr als sich sämtliche Selbstverwalteten Betriebe zusammen in ihren Träumen vorstellen können. Der AGP-Ableger „Stiftung Sozialer Wandel in der unternehmerischen Wirtschaft" verlieh *HP* 1985 den erstmals gestifteten Partnerschaftspreis. *Bertelsmann* als größter Medienkonzern Europas schmückt sich mit der AGP-Plakette, *Gruner + Jahr* im Schlepptau. Prominent geworden durch die von ihm nicht gerade partnerschaftlich geführten Verhandlungen um Arbeitszeit-Verkürzungen ist der Unternehmer *Stihl*, der 1984 die Metall-Arbeitgeber vertrat. *Murrmann* (Arbeitgeber-Präsident) und die Drogeriekette *Rossmann* dürften ebenfalls keine Unbekannten sein. West-Deutschlands kleinste Aktiengesellschaft, die *Bicycle AG*, fand jüngst zur AGP. Der AG-Kolibri setzt mit 12 Mitarbeitern 2,5 Mio. DM im Fahrrad-Versand um.

Alles bezahlbar

Die Mitglieder werden in diesem Jahr 325 000,- DM an Beiträgen auf die Konten der AGP überweisen, etwa 750,- DM pro Betrieb. Große wie *Hewlett Packard* werden lt. Beitragstabelle mit DM 7260,- zur Kasse gebeten. Wem das noch nicht genug ist, um seine Vorstellungen über die AGP transportieren zu können, darf natürlich spenden, unbegrenzt. Der 87er Etat kalkuliert mit satten 115000,- DM. Die Namen der Spender dürften zu den Betriebsgeheimnissen dieses Vereins zählen. Bekannt ist aber, daß der *Bertelsmann-Konzern*, insbesondere in der Person des Hauptaktionärs *Reinhard Mohn*, sich kräftig engagiert. Der Bücher schreibende Millionär (Titel: Erfolg durch Partnerschaft) steht auch der Bertelsmann-Stiftung vor, der mit 7,5 Mio. DM das 15-fache der AGP-Mittel zur Verfügung stehen.

Alles Ideologie

Aus welchem ideologischen Stall holt dieser Verein seine Vorstellungen? Für was setzt er sich ein? Ist es nur die Verbesserung der Rentabilität, mit der er in seinen Schriften potentielle Mitglieder umwirbt (vgl. obige Zitate)? Das würde kein gutes Licht auf die neue Mitgliedergeneration à la *Blätterwald, Netzwerk Osnabrück* werfen.

Der christlichen Soziallehre mit ihrem Ideal der sozialen Marktwirtschaft verpflichtet gründete sich die AGP 1950. Den sozialistischen Idealen und ihrem konkreten Träger, der sich gerade konstituierenden DDR, sollte etwas entgegengesetzt werden. Es darf nicht vergessen werden, daß zu jener Zeit die CDU radikalere Vorstellungen vertrat (Ahlener Programm) als die heutige SPD. Propheten eines nahen Wirtschaftswunders dürften ebenfalls einen schweren Stand gehabt haben. Nicht Klassenkampf sondern Partnerschaft, Parität zwischen Arbeit und Kapital, so hieß die Losung, vereint für den Wiederaufbau des zerstörten (West)Deutschland. Unter diesem großen Dach fanden auch nationalistische Kreise einen Unterschlupf. Einer der Mitbegründer der AGP, ein gewisser Herr *Spindler*, versuchte in den 50er Jahren eine Partei mit dem beziehungsreichen Namen „Tatgemeinschaft Freier Deutscher" zu initiieren. Das scheiterte, ebenso wie der Betrieb dieses Menschen. Heute schreibt er manchmal für die Verbandsnachrichten *Das neue Unternehmen*.

Finanzielle Formen der Partnerschaft dominierten anfangs. Mit einer Satzungsänderung 1972 rückte die „mentale" Seite mehr in den Vordergrund, Modelle betrieblicher Mitwirkung weit über den gesetzlichen Rahmen hinaus fanden Eingang in die betriebliche Praxis.

Jüngst weitete sich das Dach mit dem schillernden Namen Unternehmenskultur. Ökologie-Kriterien und die gesellschaftliche Verantwortung der Unternehmen sollen dort ihren Platz finden. Themen wie „Belegschaftsübernahmen bei Konkursbetrieben" stellen kein Tabu mehr dar. (Heinz Bollweg von der *AN-Maschinenbau* aus Bremen findet sich in den Mitgliedslisten). Denn bisher, und das wird sich so schnell nicht ändern, ist die Entscheidung über das Was und Wie der Produktion immer noch eine Unternehmer-Entscheidung. Die Verteilung der Früchte, darüber kann schon mal gemeinsam „partnerschaftlich" entschieden werden. Diese jüngste Erweiterung dürfte innerhalb der AGP nicht unumstritten sein.

Parteien-Gerangel

Wir nähern uns den Niederungen der Partei-Politik. Vergeblich sucht mensch in der Mitgliedsliste den Namen *Philip Rosenthal*, seines Zeichens Unternehmer mit SPD-Parteibuch und Partnerschafts-Ambitionen. An fehlender innerbetrieblicher Mitbestimmung oder Beteiligung liegt das sicher nicht. Weniger bekannt, aber mit einer weitgefassten Mitarbeiter-Beteiligung samt Neutralisierung des Firmenkapitals ausgestattet ist das *Autohaus Hoppmann* aus Siegen (250 Mitarbeiter, 74 Mio. Umsatz). *Hoppmann* trat kürzlich aus der AGP aus, nicht weil sich der Verein zu weit vorwagte.

Der Verein sitzt ideologisch zwischen mehreren Stühlen. Sicherlich kann man ihm nicht vorwerfen, die Marktwirtschaft abschaffen zu wollen. Konservative Unternehmer befürchten jedoch, daß durch die propagierten Beteiligungsformen die „lieben Mitarbeiter" zuviel Einfluß auf die unternehmerischen Entscheidungen bekommen könnten. Die auch in den Partnerschafts-Konzepten nicht aufgegebene Trennung in Arbeitgeber und Arbeitnehmer mit den entsprechenden Leitungsbefugnissen läßt dies kaum befürchten. Andererseits kann Partnerschaft die gewerkschaftliche Position aushebeln. Gewinnbeteiligte Mitarbeiter streiken nachweislich weniger gern gegen sich selbst. Die AGP wird mit beiden Seiten noch viele Gespräche führen müssen. 450 Mitglieder und die AGP-Offensive in Richtung Selbstverwaltete Betriebe deutet auf Grenzen hin.

Alles müde

Auch für den Kongreß, mit dem sich die AGP weit aus dem Fenster lehnt, muß die sture Unternehmerschaft noch etwas wachgekitzelt werden. Das Motto „Menschen machen Wirtschaft – Menschen schaffen Arbeitsplätze" betont die gesellschaftliche Verantwortung der Unternehmen. Ob das von der Mitgliedschaft honoriert wird, muß sich zeigen. Ende August kamen erst 10% der Anmeldungen aus der etablierten Wirtschaft. An Selbstverwaltern fehlt es hingegen nicht, dafür den Veranstaltern vermutlich an Einnahmen. Selbstverwalter zahlen nur DM 45,- statt DM 390,-. Die Stadt Hamburg hat zwar Bares rübergeschoben, um ihren Ruf als Kongreß-Stadt aufzupolieren. Trotzdem könnte sich der Etatposten „Tagungen" mit DM 45 000,- als zu knapp herausstellen. Dann geht's ans Eingemachte, das immerhin 2700,- Märker an Zinsen abwerfen soll. Ein kleiner Finanzierungstip von der CONTRASTE zum Schluß: Für *Das neue Unternehmen* werden mickrige 100 Deutschmark Einnahmen veranschlagt, pro Jahr! Das entspricht 13,33 **Exemplaren.** Da müßte sich doch aus dem Mitgliedsbestand ein pfiffiger Werbe-Profi ausleihen lassen, der den Verkauf ein wenig in Schwung bringt, oder?

P.S. Einige werden die Eindeutigkeit, ein sattes Pro oder Contra vermissen. Nun, für mich stellt sich die AGP genauso dar, zwiespältig nämlich. Eigene Erfahrungen kann ich niemandem ersparen.

Die AutorInnen

Gaby Elias, Bundesarbeitsgemeinschaft der Netzwerke, Bonn
Burghard Flieger, Redakteur der AGP-Zeitung „Das neue Unternehmen" und bei CONTRASTE. Mitarbeit im Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie der AG SPAK, Freiburg
Hans-Detlev Küller, Referatsleiter der Abteilung Gesellschaftspolitik beim DGB-Bundesvorstand, Düsseldorf
Jochen Reinalda, CONTRASTE-Redaktion Rhein/Main und blätterwald Genossenschaft, Oberursel
Georg Schlegel, Student an der Hochschule für Wirtschaft und Politik, Hamburg
Fritz Warthenpfuhl, Institut für Selbstorganisation und betriebliche Selbstverwaltung, Darmstadt
Detlef Weiher, Buchhändler und CONTRASTE-Redaktion Hamburg

Partizipation ~ Mitarbeiterbeteiligung ~ Selbstverwaltung

Red. Rhein/Main Selbstverwaltete Betriebe und Projekte haben Schwierigkeiten mit ihrem Verhältnis zu „Partnerschaftsbetrieben" und zur AGP. Mit dem Abbau von Hierarchien, der Förderung der Selbstverantwortung und Selbstverwirklichung der Arbeitenden kann man schon sympathisieren; aber Oktoberdruck zusammen mit Bertelsmann auf einer Mitgliederliste? Und Mitarbeiter des Blätterwald und von AN Bremen zusammen mit Vertretern der Pittler AG und von BMW auf einem Veranstaltungskalender unter dem verbindenden Titel „Menschen machen Wirtschaft"? Da bleiben die Bauchschmerzen nicht aus.
Vielleicht trägt die Klärung einiger Begriffe zur Standortbestimmung bei.

Fritz Warthenpfuhl

Partizipation

„Mit Partizipation läßt sich in erster Annäherung die Teilnahme aller durch einen Entscheidungsprozeß Betroffenen an eben diesem Entscheidungsprozeß beschreiben..."
Partizipation (1) meint schlicht „Demokratisierung", wer wollte da abseits stehen. Von der gesetzlichen Mitbestimmung in der BRD bis zur jugoslawischen Arbeiterselbstverwaltung (ASV) kann unter Partizipation alles firmieren (2), deswegen taugt der Begriff nicht zur Unterscheidung von Bertelsmann und Oktoberdruck.

Mitarbeiterbeteiligung (MAB)

Zur Abgrenzung taugt eher der Begriff Mitarbeiterbeteiligung, den Vertreter der AGP wie folgt definieren:
„Unter Mitarbeiterbeteiligung oder betrieblicher Partnerschaft... werden im folgenden ganz allgemein Beteiligungsmöglichkeiten der Mitarbeiter am Betriebsablauf verstanden, die über die gesetzlich vorgeschriebenen Anhörungs-, Informations-, Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer und ihrer Repräsentanten hinausgehen." Und weiter: „Mitarbeiterbeteiligung (wird) von ihren praktischen Initiatoren ... als neuer, wirtschaftlich effizienter und sozial verpflichtender Führungsstil verstanden, der im Rahmen der bestehenden Eigentumsverhältnisse Entscheidungsprozesse modifiziert und dezentralisiert, das Letztentscheidungsrecht jedoch auf Seiten der Kapitaleigner beläßt." (3)
Auch Genossenschafter sind Kapitaleigner, das Problem ist nicht gelöst.

Selbstverwaltung (SV):

Oft werden die Grundprinzipien der Genossenschaftsbewegung in leicht modifizierter Form als Definitionskriterium herangezogen (4). Diese Prinzipien sind:
Subsistenz- oder Förderprinzip: Primat der Erwirtschaftung des Lebensunterhalts für die Mitglieder = Mitarbeiter.
Identitätsprinzip: Die Mitglieder sollen sowohl an der Leistungserstellung wie an der Eigentumsnutzung und der Willensbildung beteiligt sein.
Demokratieprinzip: Alle Mitglieder sollen ohne Rücksicht auf die Höhe ihrer Kapitaleinlage gleichberechtigt an innerbetrieblichen Entscheidungsprozessen beteiligt sein.
Definitionen sollten präzise sein, deswegen ist zu klären, wem das Betriebsvermögen im SV Betrieb gehört, wie die Eigentumsrechte (Anrecht auf Gewinnausschüttung, Verteilung des Vermögens bei Auflösung, „Letztentscheidungsrecht") geregelt sein sollen.
Zur Klärung dient die Forderung der:

Schrittweisen Kapitalneutralisierung:

„Unter schrittweiser Kapitalneutralisierung wird im einzelnen verstanden, daß erstens die Gewinne der Unternehmen nicht an die Anteilseigner (= gewöhnlicherweise die Mitarbeiter der Betriebe) ausgeschüttet werden, sondern in den Betrieben verbleiben und dort als neutralisierte Titel, die kein kollektives oder individuelles Eigentumsrecht verleihen, von der Belegschaft treuhänderisch und verantwortlich für Zwecke der Produktion eingesetzt werden (= 1. Neutralisierungsstufe).
Zweitens wird unter der schrittweisen Kapitalneutralisierung verstanden, daß im Laufe der Zeit über die Ansammlung von Reserven, die anfänglich privat gehaltenen Eigentumstitel der Mitarbeiter durch neutralisierte Titel (angelaufene Gewinne) völlig zurückgedrängt werden (= 2. Neutralisierungsstufe)." (5). Damit ist eine klare Grenze gezogen: Während im Mitarbeiterbeteiligungsunternehmen letztlich der Privateigentümer entscheidet, sollen im SV Betrieb die Mitarbeiter entscheiden, das Kapital soll neutralisiert werden.
Die Neutralisierung bereitet Schwierigkeiten in der Rechtsordnung der BRD, aber durch die Reduzierung der Privateinlagen auf Nennbeträge kann das Problem entschärft, durch eine Stiftung kann es gelöst werden.
Hier müssten rechtlich eindeutige Regelungen geschaffen werden, aber es ist nicht das erste Mal, daß die Praxis die Gesetzgebung überholt.
Die AGP stellt sich gerne als nach links offenes Kontinuum dar, besetzt von Mitgliedsunternehmen, in denen die innerbetriebliche Realität „jenseits der formal-juristisch definierten Handlungsmöglichkeiten der Beteiligten auf eine partizipative Gestaltung der sozialen Beziehungen in der Unternehmung gerichtet" ist, was nach Meinung von Vertretern der AGP „von informellen Beziehungen in einer sonst hierarchischen Organisation bis zur Mitarbeiterselbstverwaltung" reichen kann.(6)
Sehen wir uns doch einmal einen Teil der AGP Mitglieder und ihre MAB-Praxis an.

Daten:

Von 200 angeschriebenen AGP Unternehmen, deren Adressen zugänglich waren, (7) schickten 84 einen Fragebogen zurück, wobei nicht immer alle Fragen beantwortet wurden.
Von den 43 Unternehmen, die eindeutige Antworten zur Frage der Beteiligung der Mitarbeiter am Eigenkapital der Firma abgaben gab es 4 Unternehmen mit einer 100%-igen Eigenkapitalbeteiligung, bzw. mit neutralisiertem Kapital (PSI, CCS, TMS, AHP), bei 3 weiteren Unternehmen gab es eine Eigenkapitalbeteiligung der Mitarbeiter von etwa 50 % (Bertelsmann, KMK, EMAG), eine unproblematische Größenordnung, wenn man die Anzahl der Köpfe bedenkt, auf die sich die jeweiligen 50 % verteilen. Beim weitaus größten Teil der Unternehmen lag der Kapitalanteil der Mitarbeiter unter 25 %. Das klärt die Frage des Letztentscheidungsrechts bei 91 % der Unternehmen, die Angaben machten.
Wie sieht es mit der Mitbestimmung aus?
Von den 72 Unternehmen, die die Frage beantworteten, gab es nur bei 27 Unternehmen (38%) eine Mitbestimmung bei der Unternehmenspolitik, bei den restlichen gab es nur Mitbestimmungsmöglichkeiten bei der Arbeitsplatzgestaltung, der Gewinnverwendung, Personalentscheidungen, sowie Informationsrechte, die z.T. über gesetzliche Mitbestimmungsrechte hinausgingen. Bei nur 5 von 45 Unternehmen gab es die Möglichkeit der Vorgesetztenbeurteilung.
Fazit: In der Tat gibt es erweiterte Mitbestimmungsrechte, aber beim weitaus größten Teil der AGP/MAB Unternehmen bewegt sich die Beteiligung weit unter der kritischen Schwelle eines „partnerschaftlichen Einflußes" der Mitarbeiter auf die Unternehmenspolitik und deren Durchsetzung. Radikal demokratische Unternehmen sind in der AGP Aussenseiter. Zweifellos verfolgt die AGP mit ihrem Kongreß in Hamburg das Ziel der Mitgliederwerbung. Wo sieht sie Expansionschancen? Die Begründung der Vorteile von MAB bei H.Beyer/M.Lezius kann Auskünfte geben.

Catching flies with honey?

Warum sollen Unternehmer ihre Beschäftigten über den gesetzlichen Rahmen hinaus am Entscheidungsprozeß beteiligen, dabei auf Eigentumsrechte (Weisungsbefugnis, Kontrolle) verzichten?
Soziale Motive?
Sicher gibt es einige, v. a. mittelständische Unternehmer, die ihre eigene Entfremdung durch eine humane Gestaltung der Arbeitsprozesse und durch eine menschliche „Unternehmenskultur" reduzieren wollen, ebenso wie es ethisch oder politisch motivierte Unternehmer gibt (s. Hoppmann, Porst). Der „Markt" dürfte allerdings nicht allzu groß sein. Konsequent orientieren sich H. Beyer/M. Lezius (8) an den Großunternehmen bei denen mit wachsender Distanz zwischen der Unternehmensleitung und den ausführenden Stellen die Kontrollkosten wachsen.
Entweder in der Form, daß die Manager auf den unteren Ebenen – weil nur schwer vom Top-Management kontrollierbar – höhere Löhne verlangen oder über diskretionäre Verteilungsspielräume verfügen können, oder in der Form, daß eine aufwendige und ineffiziente Technik zur Sicherung der innerbetrieblichen Machtverhältnisse und zur Leistungskontrolle eingesetzt werden muß (9).
Das Problem liegt in der Unvollständigkeit des Arbeitsvertrages, der weder das Ausmaß der Leistung, für die entlohnt wird, exakt präzisieren kann (auch bei der Fließbandarbeit kann die Qualität nur schwer vorgeschrieben werden), noch subtile Formen des Widerstands (z.B. Absentismus, Sabotage) verhindern kann.
Der direkte Zugriff auf das Leistungsvermögen der Arbeitskräfte ist nur dadurch möglich, daß der Grund für Leistungszurückhaltung und Widerstand, kurz, die Entfremdung abgebaut oder zumindest reduziert wird.Und

Fortsetzung auf Seite 12

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Arbeitnehmer zu Mitarbeitern machen?

Erfahrungen aus einem Auffangunternehmen

Burghard Flieger

Am Anfang stand die Idee eines weitsichtigen Konkursverwalters. Er fand 1974 eine zahlungsunfähige SCHRAG KG mit ca. 350 Mitarbeitern vor. Doch die Lagerhallen waren mit halb- und fertigem Material im Wert von über 4 Millionen DM gefüllt. Im Falle eines Konkurses hätte dieses Material nur Schrottwert gehabt. In einer beispiellosen Aktion wurden alle Geschäftspartner in der Bundesrepublik mobilisiert. So war es möglich mit 21 Arbeitern und Angestellten der alten Firma sowie 150 Heizungsbaufirmen, Ofensetzern, Architekten und sonstigen Freunden der Firma SCHRAG eine GmbH mit einem Stammkapital von 492.000,– DM zu gründen. Damals wurde der Grundstein für eines der interessantesten Mitarbeiterbeteiligungsmodelle der Bundesrepublik gelegt, das heute noch Bestand hat.

Mit dem zusammengebrachten Geld wurden der insolventen Firma die Lagerhalle und nach und nach die Lagerbestände abgekauft. Der Konkursverwalter konnte mit einem Vergleich abschließen. Die Fertigung von Kachelofen-Heizeinsätzen, Ölversorgungspumpen und der von SCHRAG entwickelten Mini-Luftheizung wurde zwischenzeitlich, wenn auch in kleinem Rahmen, fortgesetzt. Als dann im Herbst 1974 die Neugründung der Firma SCHRAG, nunmehr als GmbH gelang, waren aus den Arbeitnehmern plötzlich Gesellschafter geworden. Bis zu diesem Zeitpunkt befand sich das Unternehmen ausschließlich in Familienbesitz.

Mit Gründung der neuen Firma wurde ein Beirat gewählt. Er setzte sich zusammen aus zwei Vertretern der Belegschaft und zwei Vertretern der nicht im Betrieb beschäftigten Gesellschafter sowie einem Vorsitzenden. Dieser kam ebenfalls aus den Reihen der nicht im Betrieb arbeitenden Gesellschaftern. Der Beirat bestellt und kontrolliert den Geschäftsführer. Die alljährlich stattfindende Gesellschafterversammlung entscheidet über grundlegende Fragen wie Entlastung des Beirats, des Geschäftsführers und die Zusammensetzung des Beirats. Letzteres allerdings nur alle vier Jahre. Die eigentlichen Betriebsentscheidungen werden vom Geschäftsführer in Zusammenarbeit mit dem Beirats-Gremium getroffen.

Für den Beirat der jungen SCHRAG GmbH war es nicht immer ganz einfach, alle Interessen der immerhin 243 Gesellschafter „unter einen Hut zu bringen". Manche Gesellschafterversammlungen mit ihren Vollmachtanhäufungen und Stimmweitergaben ähnelten eher einer Intrigenküche. Der Produktivität des Betriebes war dies bestimmt nicht immer dienlich.

Fond ermöglicht Einstieg als Gesellschafter

Die 21 Gründungsmitglieder unter den im Betrieb arbeitenden Gesellschaftern sahen von Beginn an ihre vordringlichste Aufgabe darin, die Arbeitsplätze zu sichern und die Belieferung aller SCHRAG-Kunden zu überwachen. Der Erfolg gab selbst den Wankelmütigen recht. Heute beschäftigt die SCHRAG GmbH rund 105 Mitarbeiter. Davon sind 80 auch Gesellschafter, für eine GmbH eine außergewöhnlich hohe Zahl. Ein besonderer Fond ermöglicht jedem neuen Mitarbeiter den Einstieg als Kapitaleigner und damit Miteigentümer.

Der Umsatz wurde in den Jahren 1975 bis 1986 von 4,2 Mio. DM auf 18,4 Mio. DM gesteigert. Was sich aus den Zahlen nicht herauslesen läßt, ist die Stimmung in einem Betrieb, dessen Angestellte und Arbeiter in der Mehrzahl gleichzeitig Gesellschafter und damit Mitinhaber sind. Nach der Gründung herrschte ein gewisser Pioniergeist unter den „alten" Mitbegründern. Es wurde nach dem Motto gearbeitet: „Alle für einen, einer für alle." Die Wahl eines Betriebsrates hielt man für entbehrlich. Es schien, als wenn die Lösung der Klassengegensätze perfekt gelungen sei.

Mit dem Produktionszuwachs stieg die Zahl der Beschäftigten, jedoch nicht deren Prozentanteil am Kapital. Ein Betriebsrat wurde gewählt, obwohl die Belegschaft starke Verbündete auch außerhalb des Betriebes hat. Er vertritt heute die Angestellten und Arbeiter im Betrieb. Mit der IG-Metall schloß die Geschäftsführung 1980 einen Tarifvertrag ab. Dieser Abschluß wird heute von fast allen als zweckmäßig eingestuft: die Löhne und Gehälter liegen auf dem üblichen Niveau der Region.

Zeit der Gründereuphorie ist vorbei

Im Vergleich zur Zeit der Gründereuphorie hat sich das Betriebsklima wesentlich „beruhigt". Der verbreitete Gegensatz „Neue" und „Alte" schlich sich ein. Für die „Neuen"bietet sich heute bei der Firma SCHRAG erst einmal die Möglichkeit Geld zu verdienen. Für sie ist ihre Arbeit dort ein Job wie jeder andere. Selbst bei den „Alten" ist die Aufregung der Neugründung und der hierfür erforderliche Einsatz zum Teil vergessen.

Die Idee der Arbeitnehmer als Geldgeber und Gesellschafter ist bei der Firma SCHRAG zwar verwirklicht. Mitbestimmung und Mitunternehmerschaft aber blieben in den Anfängen stekken. Angestellte und Arbeiter fühlen sich heute als ganz gewöhnliche Arbeitnehmer, die froh sind einen hoffentlich sicheren Arbeitsplatz und am Monatsende eine volle Lohntüte zu haben. Dies ändert nichts daran, daß das Experiment der SCHRAG GmbH noch immer eines der spannendsten in der herkömmlichen Wirtschaft ist. Konkurs- und Belegschaftsunternehmen können daraus nur lernen.

Fortsetzung

dies geschieht am besten über die direkte Beteiligung der Mitarbeiter an den für die alltägliche Arbeit wichtigen Entscheidungen. Auf diesem Wege lassen sich Vereinbarungen mit Arbeitsgruppen oder Einzelpersonen über die Erfüllung komplexer und langfristiger Ziele treffen, deren Erfüllung im Detail nicht mehr kontrolliert werden muß. Damit kann tayloristische Arbeitsteilung, die zum Zweck der besseren Kontrolle eingeführt wurde, mit ihren negativen, entfremdenden Begleiterscheinungen abgebaut und die Arbeitszufriedenheit erhöht werden.
Die daraus folgenden Produktivitätssteigerungen und Kosteneinsparungen übersteigen offensichtlich die Kosten materieller wie immaterieller MAB vor allem bei Großunternehmen erheblich.

Mir fällt bei dem Aufwand, den die MAB-Unternehmen zur Motivation und zur Förderung der Eigenständigkeit ihrer Beschäftigten betreiben der Seufzer des Betriebsleiters in einem österreichischen Belegschaftsunternehmen ein: „Es gibt halt noch zu wenig Selbstständigkeit. Du mußt einfach narrisch dahinter sein" (10). Der Unterschied ist nur der, daß sich der MID Betriebsleiter von der Selbstständigkeit der Mitarbeiter eine Reduzierung seiner Arbeit als Aufpasser erhofft, während die MAB Unternehmen die Kosten für den Betriebsleiter einsparen wollen.
Doch sind die Interessen der Arbeitnehmer identisch mit denen der Kontrolleure, ist es immer so, daß das, was dem Kapital nutzt, den Arbeitern schaden muß?
Man kann die Sache auch von einer anderen Seite betrachten:
Ein rationaler Unternehmer (11) wird nicht freiwillig auf substanzielle Rechte verzichten, wenn er nicht dazu gezwungen wird oder sich entscheidende Vorteile davon verspricht. Sich diese Schwäche zunutze zu machen und sich die Fähigkeit zu selbständiger Arbeit wieder anzueignen (eine Fähigkeit, die den Arbeitern durch die Arbeitsteilung genommen wurde (12) ist sinnvoll. Allerdings werden die Mitarbeiter den Anspruch der „Förderung des unternehmerischen Denkens bei den Mitarbeitern" (13) ernst nehmen, und sie werden Wege finden müssen, die Arbeitgeber zur Gewährung substantiell weitreichenderer Selbständigkeit zu bewegen (14).
Wenn die Ausweitung der gesetzlichen Mitbestimmung zur Zeit nicht möglich ist, warum soll dann auf die Ausweitung bei einzelnen Unternehmen verzichtet werden?
Dagegen kann argumentiert werden, daß durch MAB eine ‚Kleinaktionärsmentalität" bei den Mitarbeitern gefördert und das gewerkschaftliche Bewußtsein geschwächt wird. Mitarbeiter, die sich durch eine Gewinnbeteiligung plötzlich im Arbeitgeberlager fühlen , sind durch außertarifliche Bezahlung zum Austritt aus der Gewerkschaft zu bewegen. Solange Mitarbeiter Arbeitnehmer sind und ihnen der entscheidende Einfluß auf die Unternehmensleitung versagt bleibt, gibt es keine guten Gründe dafür, auf Interessenvertretungsorgane wie den Betriebsrat oder den Wirtschaftsausschuß und auf gewerkschaftliche Unterstützung in diesen Organen zu verzichten. Das „Risiko", daß den Mitarbeitern entscheidende Einflußrechte im Unternehmen gewährt werden, können die Gewerkschaften getrost eingehen.

Kontakte

Der wesentliche Unterschied zwischen dem typischen SV Betrieb und der Mehrzahl der MAB Unternehmen (wie dem Musterbetrieb Hewlett Packard) liegt darin:
- daß im SV Betrieb das Letztentscheidungsrecht für alle wichtigen Entscheidungen bei den Mitarbeitern oder bei von ihnen delegierten Vertretern, die nicht als Einzelpersonen entscheiden, liegt (15) und darin,
- daß die innerbetriebliche Demokratie nicht Mittel zum Zweck der Effizienzsteigerung, sondern Voraussetzung für die Selbstverwirklichung der Kollektivmitglieder = Mitarbeiter ist.

Arbeitgeber und Arbeitnehmer im MAB Unternehmen können die wechselseitigen Interessen respektieren und Kompromisse eingehen; wenn es den Unternehmen gelingt, funktionsfähige Kommunikationsstrukturen einzuführen, werden sie das auch tun, solange beide Seiten Vorteile im Vergleich zu nicht-kooperativem Verhalten haben, zu Partnern werden sie solange nicht, wie die einen Arbeitgeber und die anderen Arbeitnehmer sind.
Es dürfte der AGP oder ihren Mitgliedsunternehmen schwer fallen, diese Position zu vereinnahmen oder politisch umzumünzen. SV Betriebe sind von ihrer Verfassung ebenso wie PSI oder CCS eher eine Herausforderung, in der Funktion des Feigenblatts sind sie zu klein um als Deckmantel zu dienen.
In der Diskussion und Auseinandersetzung können die Unterschiede deutlich gemacht werden. Vielleicht können wir bei den Diskussionen sogar etwas lernen z.B. über Personal- und Organisationsentwicklung und wie man an Fördermittel dafür kommt.
Unbefriedigend ist allerdings, daß die Diskussionen immer zwischen Mitarbeitern von SV Betrieben und Unternehmern, Managern und Funktionären von MAB Unternehmen laufen, ich stelle mir die Diskussion mit den Mitarbeitern interessanter vor.

Anmerkungen:

(1) E. Kappler, „Partizipation und Führung", Handwörterbuch der Führung, Stuttgart 1987, Sp. 1631 f.
(2) Siehe J. Backhaus, „Ökonomik der partizipativen Unternehmung", Tübingen 1979, S.IX f.
(3) H.Beyer/M.Lezius, „Materielle und immaterielle Mitarbeiterbeteiligung in der BRD", in F.R.Fitzroy/K.Kraft, „Mitarbeiterbeteiligung und Mitbestimmung in Unternehmen" Bln., N.Y. 1987, S. 28 f.
(4) siehe z.B. W. Beywl, „Saure Früchte vom Baum der Erkenntnis", in: R.Schwendter, „Die Mühen der Ebenen", München 1986, S.230 ff. oder: H.G. Nutzinger, „Führung in SV Betrieben und Genossenschaften" in: Handbuch der Führung, Stuttgart 1987, Sp. 1834 f.
(5) M. Kück, „Partizipationsprobleme in SV Betrieben", in: J. Berger et.al., „SV Betriebe in der Marktwirtschaft", Bielefeld 1986, S. 191
(6) H.Beyer/M.Lezius, ebda, S.44
(7) zu den ff. Angaben siehe H.J. v. Morstein/W. Pfeiffer, „Versuch einer Typologie von Organisationsformen partnerschaftlicher Unternehmen", Darmstadt 1987, S. 17 ff.
(8) siehe H.Beyer/M.Lezius, S. 30 ff.
(9) siehe H. Duda/E.Fehr, „Die radikale Theorie der Firma", Paderborn 1984
(10) U.Schneider/St.Laske, „Produktivgenossenschaften – Gesellschaften mit beschränkter Hoffnung?" Wien 1985, S.161
(11) von der Rationalität ethisch oder politisch motivierter Unternehmer wie Hoppmann oder Porst einmal abgesehen.
(12) siehe St. Marglin, „Was tun die Vorgesetzten", in: F.Duve „Technologie und Politik 8", Reinbek 1977, S.148 ff.
(13) H.Beyer/M. Lezius, S.50
(14) St. A. Marglin, „Catching flies with honey", in: „Economic Analysis and Workers' Management" Belgrad 1979, S. 485
(15) siehe F. Warthenpfuhl, „Management und Selbstverwaltung", in: „mehrwert", Nr.30, Berlin 1987

Ein partnerschaftlicher Musterbetrieb

Georg Schlegel

Daß die Realisierung der materiellen und immateriellen Mitarbeiterbeteiligung keine Illusion ist, zeigt die Betriebsorganisation der Fa. Hewlett-Packard (HP), einem internationalen Unternehmen der Datenverarbeitung und der elektronischen Meßtechnik. 4500 Mitarbeiter der westdeutschen Niederlassung kommen in den Genuß einer Unternehmenskultur bzw. eines Führungsstils, den hierzulande wohl kein entsprechendes Großunternehmen bietet, und der den Vorstellungen der AGP dermaßen entspricht, daß die Stiftung „Sozialer Wandel in der unternehmerischen Wirtschaft", ein Ableger der AGP, das Unternehmen 1985 mit dem „Partnerschaftspreis für vorbildliche Gestaltung der Beziehungen zwischen Unternehmen und ihren Mitarbeitern" ehrte.*

HP zeichnet sich durch eine Kommunikations- und Informationsstruktur aus, die sehr offen unter den Mitarbeitern und auch vertikal in den Hierarchien – die weiter bestehen bleiben – ist und entsprechend auch das Betriebsklima prägt. Unterstützt wird dies durch die Anrede mit dem Vornamen, auch das „Du" ist selbstverständlich. Dies wird ermöglicht durch eine Divisionalisierung der Organisation, die eine höchstmögliche Überschaubarkeit erlaubt und ist einerseits notwendig bzw. andererseits zwangsläufig bei der konsequenten Durchsetzung eines Managementstiles der „Führung durch Zielvereinbarung statt einer Zielvorgabe". Sie sieht vor, daß der einzelne Mitarbeiter – bei HP gibt es keine Arbeiter und Angestellten mehr, sondern nur noch Mitarbeiter – selber die mit ihm vereinbarten Ziele im Rahmen des Möglichen plant, diese mit seinem Vorgesetzten bespricht und genehmigen läßt, und sie dann unter Ausnutzung der Informationsstruktur relativ autonom erfüllt. Diese Führung durch Zielvereinbarung ermöglicht im Gegensatz zur traditionellen Führung durch Anweisung große individuelle Freiheiten und persönliche Beiträge, sie verlangt aber auch von jedem Mitarbeiter Initiative und Arbeitsfreude.

Gearbeitet selbst wird in Großraumbüros, wobei man bei der Gestaltung der Arbeitsrahmenbedingungen die positiven Seiten dieser Büroart sieht – der Einzelne ist nicht allein und will es auch gar nicht sein. Auch der Vorsitzende sitzt in diesem Büro, erkennbar lediglich an seinem einzigen Statussymbol, dem Fensterplatz.

Weiterhin wird diese Art der positiven Unternehmenskultur durch ein kostenloses Frühstück, welches die Mitarbeiter in einer von ihnen selbst gestalteten Frühstücksecke genießen können, gefördert; ebenso durch eine Gleitzeitregelung ohne Stechuhr, lediglich kontrolliert durch das Vertrauen der Vorgesetzten in die Ehrlichkeit der handschriftlichen Eintragungen der Mitarbeiter; ebenso durch die flexible Handhabung der verkürzten Arbeitszeit.

Ziel der Unternehmensführung dieser Art ist die feste Einbindung der Mitarbeiter in die Geschicke des Unternehmens, wobei sich niemand auf seinen erworbenen Sachkenntnissen ausruhen darf, sondern sich permanent neu engagieren muß. Aus diesem Grund soll jeder Mitarbeiter 10% seiner Arbeitszeit für „Research and Development" aufwenden, da innovative Lösungen nur zu entdecken sind, wenn die Mitarbeiter nachdenken. Aus diesem Grund wird von den Mitarbeitern Eigeninitiative verlangt.

Entsprechend den Forderungen einer erfolgreichen Mitarbeiterbeteiligung erfolgt auch bei HP eine materielle Form als Abrundung dieser Unternehmensphilosophie. Neben einer übertariflichen Entlohnung schüttet die Unternehmensleitung 13% des jährlichen Gewinns von Steuern an die Mitarbeiter aus – dies bedeutet faktisch ein 14. Monatsgehalt für jeden. Diese Ausschüttung kann der Mitarbeiter auch alternativ zur Auszahlung zur zusätzlichen Altersversorgung in Anspruch nehmen für einen vorgezogenen Ruhestand – im Extremfall ist dadurch seine Pensionierung mit 50 Jahren ohne finanzielle Einbußen möglich. Auch können die Mitarbeiter nach einjähriger Betriebszugehörigkeit bis zu 10% ihres Bruttogehaltes in HP-Aktien anlegen, welche sie zu 75% des Kurswertes erwerben können.

Dieser Weg der Mitarbeiterbeteiligung kommt nicht nur den individuellen, nichtmaterialistischen und auch materialistischen Bedürfnissen der Mitarbeiter entgegen, sondern ist auch erfolgreich im Sinne der herrschenden Marktordnung. Zweistelliges Umsatzwachstum in den letzten 15 Jahren jährlich mit entsprechendem Gewinn und die Schaffung neuer Arbeitsplätze zeigen ein selbst in dieser Sparte überdurchschnittliches Wirken, unterdurchschnittlicher Krankenstand von 2,1% sowie eine unterdurchschnittliche Fluktuationsrate von 3,6% bestätigen diese Aussage.

*** diese und sämtliche folgenden Angaben sind entnommen aus: Derschka, Sache sowie AGP/DGFP, Arbeitskreis, S. 33 ff.**

Goldene Fesseln

Partnerschaftsunternehmen aus gewerkschaftlicher Sicht

Red. Rhein/Main Daß die Gewerkschaften Beteiligungsmodellen in der Wirtschaft skeptisch gegenüberstehen, ist bekannt. Weniger bekannt sind die Erwägungen, die hierfür maßgeblich sind: Gesichtspunkte der Gleichbehandlung, der befürchteten Entmündigung der Arbeitnehmer, daneben politische bzw. gewerkschaftspolitische Gesichtspunkte.

Hans-Detlef Küller

Das erste Argument gegen jede betriebliche Ertrags- bzw. Vermögens-Beteiligung bezieht sich darauf, daß betriebliche Ertragsbeteiligung neue Ungerechtigkeiten schafft, denn breite Kreise der Arbeitnehmerschaft können von den Leistungen der Partnerschaftsunternehmen nicht profitieren. Sowohl die Millionen Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes als auch Arbeitnehmer in gewinnschwachen Unternehmen gehen bei einer betrieblichen Erfolgsbeteiligung leer aus. Eher zufällige Marktgegebenheiten entscheiden also über die Höhe des einzelnen Arbeitnehmer-Gruppen zufließenden Einkommens bzw. Vermögens. Dies ist unbefriedigend, denn Gewinne in der Wirtschaft sind Ergebnis eines gesellschaftlichen, arbeitsteiligen Leistungsprozesses, erwirtschaftet auch z.B. durch die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes: ohne öffentliche Leistungen (Infrastruktur, Verkehr, Gas, Wasser, Elektrizität, Straßen, Abfallbeseitigung usw.) wäre die private Wirtschaft kaum funktionsfähig.

Ein zweites Argument knüpft an den Umstand „goldener Fesseln" an, die bei jeder betrieblichen Vermögensbeteiligung die Arbeitnehmer an den eigenen Betrieb ketten. Aus betriebswirtschaftlichen Notwendigkeiten heraus (Eigenkapital ist dazu bestimmt, dem Betrieb langfristig zu dienen) muß die Unternehmensleitung darauf achten, daß von den für die Unternehmensleitung als zufällig empfundenen Wünschen der Arbeitnehmer auf berufliche oder regionale Veränderung keine Wirkungen ausgehen, die zu einem Kapitalentzug für das Unternehmen führen. Wenn nicht der Kapitalerhöhungs-Effekt betrieblicher Vermögensbeteiligung verpuffen soll, muß deshalb jede Unternehmensleitung auf eine langfristige Anlage der „Mitarbeiter"-Beteiligung im Unternehmen drängen und die Verträge entsprechend ausgestalten. Eine Einschränkung der Mobilität des Arbeitnehmers ist die Folge, ein nicht einsehbares Ergebnis aus der Optik der Arbeitnehmer.

Drittens ist zu bedenken, daß bei betrieblicher Gewinnbeteiligung die Durchsetzbarkeit von Mitbestimmungs-Forderung sinken könnte. Immerhin wird häufig von den Verfechtern der Mitarbeiter-Beteiligung diese den Arbeitnehmern als „Ersatz" für die Mitbestimmung offeriert. Dabei wird geschickt an bestehende Mißverständnisse angeknüpft: Macht der Manager **aus dem Unternehmen** (Verfügungsmacht) und Macht der Inhaber **am Unternehmen** (Eigentumsmacht) sind, weil gleichermaßen Erscheinungsformen ökonomischer Macht, gleichwohl verschiedene Probleme, die auch differenzierte Lösungen erfordern: Weder kann man durch Änderungen der Eigentumsverhältnisse die Manager-Macht besser kontrollieren noch kann man bei einer besseren Kontrolle des Managements durch Mitbestimmung die Eigentumsverhältnisse ändern. Auch Partnerschaftsmodelle ändern an dieser Problematik nichts, überdecken sie allenfalls.

Es ist schließlich auch nicht abwegig zu vermuten, die gewerkschaftliche Position selbst, speziell die Streikbereitschaft der Arbeitnehmer, könne durch „Partnerschaft" tangiert sein. Zweifellos können durch „Mitarbeiter-Beteiligung" Illusionen über tatsächliche Einflußmöglichkeiten verstärkt werden: Auch wenn der einzelne Arbeitnehmer oder alle Arbeitnehmer des Unternehmens insgesamt nur mit einem geringen Prozentsatz am Unternehmen beteiligt sind, können falsche Hoffnungen hinsichtlich der Verwendung dieses Erfolges aus dem Kapital-Anteil bedeutsam werden. Diese Fehleinschätzung, man könne vom Arbeitnehmer zum Mitunternehmer werden und würde dann aller Sorgen ledig sein, senkt tendenziell die Streikbereitschaft und die Bereitschaft, sich gewerkschaftlich zu organisieren, herab. Wer sich als Unternehmer fühlt, wird sich kaum selbst bestreiken wollen.

Gerade die Streikbereitschaft und der Wille, sich zu organisieren, um gesellschaftliche Interessen durchzusetzen, ist aber Ausgangspunkt der Gründung von Gewerkschaften überhaupt und macht ihre Stärke aus. Ohne Streikbereitschaft und ohne starke Gewerkschaften wären die in der Vergangenheit erzielten sozialpolitischen Erfolge kaum denkbar. Insofern bedeutet eine breit praktizierte Mitarbeiter-Beteiligung für die Gewerkschaften tendenziell einen Schritt auf dem Marsch in den Unternehmerstaat. Verständlich wenn dieser Gedanke nicht auf gewerkschaftliche Gegenliebe stößt, speziell eine steuerliche Förderung über das schon bisher beachtliche Maß hinaus.

Machen wir's in Partnerschaft

Da werden sie nun in scheinbar trauter Harmonie der Öffentlichkeit präsentiert – die Selbstverwalteten Betriebe neben den Partnerschaftsunternehmen, den Selbsthilfe-Initiativen und den sogenannten „Förderprojekten der öffentlichen Hand". Allesamt vereint unter dem Motto „Initiativen gegen die Arbeitslosigkeit" und alle dem Partnerschaftsgedanken in der Wirtschaft fröhnend. So jedenfalls will es die AGP mit ihrem Kongreß „Menschen machen Wirtschaft – Menschen schaffen Arbeitsplätze". Doch lassen sich zwischen Selbstverwalteten Betrieben und Partnerschaftsunternehmen wirklich derartige Gemeinsamkeiten herstellen?

Gaby Elias BAG Netzwerke

Lieber selbst- als arbeitsverwaltet?

Der Begriff „Selbstverwaltung" als Kennzeichnung für eine andere Art des Wirtschaftens hat sich erst in den letzten Jahren gegenüber dem etwas diffuseren Begriff „Alternativwirtschaft"durchgesetzt. Ohne hier im einzelnen auf die historischen Ursprünge und Entwicklungen der Selbstverwaltungsbewegung eingehen zu wollen und ohne einen Abriß auf der begrifflichen Ebene liefern zu wollen, sei jedoch soviel vermerkt: Das Hauptziel der Selbstverwaltungswirtschaft war nie die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Die ersten ökonomischen Projekte, die im Zuge der Studentenbewegung entstanden, waren eindeutig politisch motiviert. Die gegründeten Buchläden, Druckereien und Initiativ- oder Stadtzeitungen dienten in erster Linie der Verbreitung der quer zum herrschenden Denken entwickelten „alternativen" Ideen. Die BetreiberInnen dieser „alternativen Projekte" waren ökonomisch nicht von ihnen abhängig, sie sicherten ihre Existenz vielmehr durch die Ausübung „bürgerlicher" Berufe. Dementsprechend standen im Zentrum der Überlegungen dieser Projekte noch nicht so sehr die Fragen nach dem Was und Wie der Produktion und Organisation.

Die zunehmende Umweltzerstörung veränderte die Problemsicht radikal. So etwas wie Lebensqualität war fortan nicht mehr abstrakt-politisch zu diskutieren, der Kampf mußte und muß vielmehr konkret geführt werden – gegen Raubbau in der Landwirtschaft, gegen umweltgefährdende industrielle Produkte und Produktionsweisen, aber auch gegen „private" Konsumgewohnheiten und Verhaltensweisen.

In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre entstanden so zunehmend ökologisch orientierte Projekte – Bio- und Fahrradläden, Landwirtschaftskooperativen, Tischlereien, Schreinereien u.a.m. „Anders arbeiten – anders leben", lautete nunmehr die Devise. Die meisten dieser Projekte waren in der Anfangszeit noch mehr oder minder von sozialromantischen Vorstellungen geprägt, die verloren sich jedoch mit zunehmender ökonomischer Ausrichtung und Professionalisierung. Die Grundzüge selbstverwalteten Arbeitens und Wirtschaftens wurden allerdings bis heute unverändert beibehalten. „Kooperation statt Konkurrenz", „keine geschlechtsspezifische Arbeitsteilung", „keine Hierarchien", „Beschränkung auf ökologisch sinnvolle Produkte und umweltgerechte Produktionsweisen", das sind die Kernpunkte.

Wie wenig die bloße Schaffung von Arbeitsplätzen selbst in der Boomphase der Gründung selbstverwalteter Betriebe oder Projekte Anfang der achtziger Jahre eine Rolle spielte, läßt sich leicht schon daran ablesen, daß die GründerInnen überwiegend AussteigerInnen vor allem aus dem akademischen Milieu waren. Das heißt, ArbeitsplatzbesitzerInnen tauschten die Sicherheit gegen das Risiko, weil die Qualität der Arbeit entscheidend wurde.

Sicherlich hat sich die arbeitsmarktpolitische Situation im Laufe der achtziger Jahre dramatisch verschlechtert und viele Betriebsneugründungen wurden überwiegend unter dem Existenzsicherungsdruck vollzogen. Bezeichnend aber ist, daß sich die Selbstverwaltungswirtschaft in keiner Weise in dem Maße ausweiten konnte, in welchem sich der Arbeitsmarkt verengte. Im Gegenteil, die Zahl der Selbstverwalteten Betriebe hat sich seit Beginn der achtziger Jahre nur unwesentlich verändert. Dies mag vor allem daran liegen, daß die Möglichkeiten für Betriebsneugründungen nach den oben genannten Kriterien relativ begrenzt sind. Daraus allerdings den Schluß zu ziehen, die Selbstverwaltungswirtschaft sei zur Bedeutungslosigkeit verurteilt, wäre falsch.

Selbstverwaltung als Prinzip zielt ab auf eine Umgestaltung des gesamten Wirtschaftslebens; Neugründungen, die als Modell gedacht sind, stellen hierbei nur ein Mittel dar. Viele Selbstverwaltete Betriebe sind gegenwärtig dabei, sich ökonomisch zu konsolidieren, sie fangen an, darüber nachzudenken, wie das nunmehr erwirtschaftete Mehrprodukt anders – eben nicht privatkapitalistisch und auch nicht nur kollektivunternehmerisch – verwendet werden kann. Eine solche Diskussion eröffnet völlig neue Perspektiven.

Wenn in der öffentlichen Diskussion die Selbstverwaltungswirtschaft überwiegend als arbeitsmarktpolitisches Instrument gehandelt wird, wird sie damit ihrer politischen Dimension total beraubt und domestiziert. Dies wird auch nicht dadurch gemildert, daß man sie mit dem Etikett „partnerschaftlich" versieht.

Partnerschaftlich in die Zukunft?

Der Begriff der „Partnerschaft" ist keiner, der in der Selbstverwaltungsbewegung geprägt wurde. Partnerschaftsbetriebe entstanden entlang dem ersten und zweiten Vermögensbeteiligungsgesetz. Danach haben die Mitarbeiter eines Betriebs die Möglichkeit, sich steuerbegünstigt durch den Einsatz von Kapital an „ihrem" Betrieb und neuerdings auch an anderen zu beteiligen - sofern der Unternehmer dies will.

So sehr auch immer wieder die arbeitsmarktpolitische Relevanz von Mitarbeiterbeteiligungen herausgestellt wird, ihre vorrangige Bedeutung besteht in der Erhöhung der Eigenkapitalquote der Unternehmen, in der Effektivierung der Arbeitsproduktivität und in der Herstellung der Identifikation der Mitarbeiter mit „ihrem" Betrieb. Dies gilt zunächst einmal unabhängig davon, ob ausschließlich materielle oder auch immaterielle Beteiligungsrechte gewährt werden.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Wird den Betriebsangehörigen nur die Möglichkeit der Gewinn- oder Kapitalbeteiligung geboten, ohne ihnen gleichzeitig Gelegenheit zur Partizipation an Entscheidungsstrukturen einzuräumen, ist der Fall ganz eindeutig – irgendwelche Gemeinsamkeiten mit den Prinzipien der Selbstverwaltung sind nicht zu erkennen. Zwar können die so „begünstigten" Mitarbeiter bei einem einigermassen solide wirtschaftenden Unternehmen mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit mit einer höheren Dividende rechnen, als bei herkömmlichen Geldanlageformen, der eigentliche Vorteil liegt jedoch ganz klar beim Unternehmer. Für ihn ist die Mitarbeiterbeteiligung eine billige und darüberhinaus völlig risikolose Kapitalbeschaffungsmöglichkeit, braucht er doch eine unliebsame Einflußnahme der „Mitunternehmer" auf die Unternehmenspolitik nicht zu fürchten.

Auch wenn die Mitarbeiterbeteiligung immer wieder als historische Großtat im Kampf um den Interessensausgleich zwischen Lohnarbeit und Kapital gefeiert wird, der strukturelle Gegensatz zwischen diesen beiden Polen wird dadurch in keiner Weise aufgebrochen.

Die Selbstverwaltungswirtschaft ist jedoch gerade mit dem Anspruch angetreten, diesen Gegensatz zu überwinden. Selbstverwaltete Betriebe versuchen dies zu realisieren, indem sie nach Möglichkeit keine Lohnabhängigen beschäftigen. Sie sind prinzipiell offen, d.h. jede(r) MitarbeiterIn hat grundsätzlich dieselben Chancen, sich materiell und immateriell am Betrieb zu beteiligen, wobei die Entscheidungskompetenzen immer unabhängig vom Kapitalanteil wirken. Auffallend ist, daß im Zweifel der immateriellen Partizipation Priorität eingeräumt wird. Ist ein Projektmitglied aus irgendeinem Grund nicht GesellschafterIn, so werden ihm – in der Regel nach einer gewissen Betriebszugehörigkeitsdauer – normalerweise dieselben Mitbestimmungsrechte eingeräumt wie den GesellschafterINNEn.

Selbstverwaltete Betriebe sind der Versuch der Konkretion kollektiver Solidarität – also gerade entgegengesetzt der in der AGP-Veranstaltungsankündigung aufgestellten Behauptung. Kollektiv heißt dabei, zum einen nach innen gerichtet, die Verantwortung wird von allen gemeinsam getragen; nach aussen gerichtet lautet die Maxime, die Aktivitäten des Einzelnen sollen zum Nutzen der Allgemeinheit entfaltet werden.

Sind damit Partnerschaftsbetriebe nur die neuesten Beispiele einer besonders ausgeklügelten kapitalistischen Verschleierungspolitik, die die Selbstverwaltungswirtschaft beruhigt ignorieren kann?

Ganz so einfach liegen die Dinge nun auch wieder nicht. Viele Partnerschaftsbetriebe beteiligen ihre Mitarbeiter nicht nur an Gewinn und Kapital, sondern auch am unternehmerischen Entscheidungsprozeß, wenngleich in der Regel nur in marginalen Bereichen. Äußerungen derer, die Kooperation statt Konfrontation als neue unternehmerische oder gar gesamtgesellschaftliche Strategie zur „Harmonisierung von Kapital und Arbeit" preisen, lassen zwar klar erkennen, daß Partnerschaftsbetriebe keineswegs als systemtranszendierende Keimzellen angelegt sind.

Sätze wie „in der Zusammenarbeit liegen größere Produktivitätspotentiale als in der Technik", oder Befunde wie „es hat sich gezeigt, daß die Streik- bzw. Aussperrungsbereitschaft in solchen Unternehmen abnimmt, in denen sich Mitarbeiter und Unternehmer mit dem Partizipationsmodell identifizieren", legen eher die Vermutung nahe, daß es sich hier um eine Form korporativistischen Wirtschaftens handelt.

Dennoch stellt sich die Frage, ähnlich wie sie Marx einst für die Aktiengesellschaften gestellt hat, ob nicht die Partnerschaftsbetriebe das Potential in sich bergen, das, richtig genutzt, durchaus auch selbstverwaltetes Arbeiten ermöglichen kann. In diesem Sinne sollte die Selbstverwaltungswirtschaft sehr aufmerksam die Entwicklungen im Bereich „Partnerschaft" verfolgen.

Anzeige

wir fahren in die Welt"
(copyright Dieter Thomas FFT)

Fernost
BANGKOK ab/bis Ffm ..... ab 1420,– DM
BOMBAY ab/bis Ffm ..... ab 1477,– DM
HONGKONG ab/bis Ffm ..... ab 1875,– DM
KATHMANDU ab/bis Ffm .... ab 1570,– DM
SINGAPORE ab/bis Ffm ..... ab 1650,– DM
SYDNEY ab/bis Ffm ..... ab 2350,– DM

Südamerika
BUENOS AIRES ab/bis Ams ab 1990,– DM
CARACAS ab/bis Ffm ..... ab 1650,– DM
JAMAIKA ab/bis Dus ..... ab 1395,– DM
LIMA ab/bis Ams ..... ab 1720,– DM
MEXICO ab/bis Ffm ..... ab 1486,– DM
RIO ab/bis Ams ..... ab 1818,– DM

Nordamerika
ATLANTA ab/bis Ffm ..... ab 934,– DM
CALGARY ab/bis Ams ..... ab 950,– DM
DALLAS ab/bis Ffm ..... ab 1011,– DM
HONULULU ab/bis Ffm ..... ab 1755,– DM
HOUSTON ab/bis Ffm ..... ab 1011,– DM
LOS ANGELES ab/bis Ffm .... ab 1205,– DM
MONTREAL ab/bis Ams ..... ab 720,– DM
NEW YORK ab/bis Ffm ..... ab 799,– DM
VANCOUVER ab/bis Ams .... ab 990,– DM

Europa
ATHEN ab/bis Ffm ..... ab 449,– DM
DUBROVNIK ab/bis Ffm ..... ab 320,– DM
HELSINKI ab/bis Ffm ..... ab 430,– DM
ISTANBUL ab/bis Ffm ..... ab 570,– DM
KANAREN ab/bis Ffm ..... ab 660,– DM
LONDON ab/bis Ffm ..... ab 300,– DM
MOSKAU ab/bis Ffm ..... ab 550,– DM

Afrika
ABIDJAN ab/bis Ffm ..... ab 1619,– DM
ALGIER ab/bis Ffm ..... ab 740,– DM
DAKAR ab/bis Bru ..... ab 1178,– DM
HARARE ab/bis Ffm ..... ab 1903,– DM
NAIROBI ab/bis Ffm ..... ab 1534,– DM

srid-reiseladen
bockenheimer landstr. 133,
Tel. 069/70 30 35
waldschmidstraße 11,
Tel. 069/49 03 60
6000 Frankfurt 1

Jede Menge Möglichkeiten für rund um die Welt
z.B.: Ffm – BANGKOK – DENPASAR – SYDNEY – AUCKLAND – RARATONGA – PAPEETE – LOS ANGELES – FRANKFURT ab 2995,– DM

Anzeige

Red.Berlin Die Strategien zur Überlebenssicherung werden „den Armen" zu einem Zeitpunkt überantwortet, wo entwicklungsförderliche ökonomische, soziale und ökologische „Rahmenbedingungen", wie das im Entwicklungsjargon immer so elegant heißt, gründlich zerstört sind und auf Seiten der Industrieländer keinerlei Absicht erkennbar ist, an den zerstörerischen Strukturen das mindeste zu ändern.

Claudia von Braunmühl

HILFE ZUR SELBSTHILFE

world wide

Eine entwicklungspolitische Polemik — Teil 2

In den 70er Jahren, als sich die öffentliche Entwicklungspolitik in ihrer Programmatik an der Befriedigung der Grundbedürfnisse orientierte, waren es vor allem die Kirchen und die Entwicklungshelferdienste, die den Gedanken der Selbsthilfe betonten. Was die sogenannte Grundbedürfnisstrategie nicht abdeckt, so kritisieren sie, ist, „daß man auch die Menschen zur Teilnahme an der Gestaltung der Gesellschaft erziehen müßte, daß sie eine geachtete Rolle in der Gemeinschaft einnehmen und ihnen vor allem die Freiheit zukommt, den eigenen Wertvorstellungen und der eigenen Kultur entsprechend zu leben. Die Menschen müssen in die Lage versetzt werden, selbst die Maßnahmen durchzuführen, vorher ihre Lage zu analysieren und zu erörtern, Planungen aufzustellen und auch Trägerstrukturen zu bilden".

Daher folgerten sie, „daß wir ohne Stärkung dieser Selbsthilfeorganisationen eigentlich nicht entscheidend vorankommen"(1).Das war damals ein mutiger Ansatz, und dafür haben die Kirchen und die Entwicklungsdienste einiges an ideologischen Verdächtigungen auf sich gezogen.

Daß es Entwicklungspolitik und Entwicklungshilfe gelänge, Grundbedürfnisse zu befriedigen, mutet heute wie ein fast vermessener Anspruch an. Es ist um die Grundbedürfnisstrategie auch merkwürdig still geworden. Zwei Grenzen sind heute schmerzlich deutlich:

1. Marginalisierung, d.h. die fortlaufende Produktion von Armut, gehört zum kapitalistischen Wirtschaftssystem auf internationaler Ebene wie strukturelle Arbeitslosigkeit auf nationaler. Arbeitsplätze sind Mangelware. Wer überleben will, muß selber dafür sorgen und in den Nischen des Systems sein Auskommen suchen.
2. Gesellschaftliche Leistungen, die notwendiger Teil eines Entwicklungsprozesses sind, wie Schul- und Gesundheitswesen, Strassen-, Wege- und Brücken bau u.ä. sind als staatliche Leistungen immer weniger finanzierbar. Es waren aber gerade koloniale und weltmarktvermittelte ökonomische und politische Prozesse, die den Staat auch in den Ländern der Dritten Welt zum Träger solcher Leistungen machten, die er nun nicht mehr bereitstellen kann.

Es ließe sich diskutieren, ob diese einem längst hinfälligen Modernisierungsoptimismus entsprungene Annahme je realistisch war oder ob nicht die Bereitstellung zumindest eines Teils der benötigten materiellen und sozialen Infrastruktur innergesellschaftlich hätte organisiert und bestritten werden müssen. Unter den gegebenen „Rahmenbedingungen" ist das aber eine akademische Diskussion. Faktisch entäussert sich der Staat ja nicht solcher Leistungen zugunsten gesellschaftlicher Organisationen, sondern er nimmt sie lediglich extrem selektiv wahr. Investitionsrelevante Infrastruktur,politisch bedeutsame Verkehrsachsen, bezugsfertige Fabrikanlagen werden sehr wohl und verstärkt und natürlich mit Entwicklungshilfegeldern gebaut, während z.B. für Kleinbauern wichtige Zufahrtswege, Elektrifizierung und sanitäre Versorgung armer Regionen und Stadtteile ausbleiben, das öffentliche Transportsystem, Krankenhäuser, Schulen, Heime verkommen, z.T. ganz geschlossen oder zu unerschwinglichen Preisen zugänglich gemacht werden. Hier ist Selbsthilfe angesagt!

„Die Zeit, in der die Wirtschaftssituation der Industrieländer die Formulierung des Ein-Prozent-Zieles gestattet, ist vorbei, und deshalb muß schon aus finanziellen Gründen die Landbevölkerung aktiver in ihrer eigenen Entwicklung werden"(2). Oder: „Als die staatlichen Mittel knapp wurden, bemühte man sich mit Unterstützung der Ford Foundation um eine Belebung der kommunalen Bewässerungszweckverbände" (3).

Zugleich wird soziale Versorgung großflächig reprivatisiert. Staatlichen Kürzungen zum Opfer fallende soziale Einrichtungen werden der Wohlfahrt überantwortet, bzw. eben der nützlichen Selbsthilfe.

Selbsthilfe ist nicht gleich Selbsthilfe

Hilfe zur Selbsthilfe als entwicklungspolitische Programmatik tut sich mit der praktischen Selbsthilfe eher schwer. Es müssen soziale Prozesse meist unbekannter und ihrer Natur nach schwer vorhersagbarer Art in Projektabläufe aufgenommen werden. Das ist, das kennen wir aus der hiesigen Projekte-Szene, in sich schwierig genug. Fast unmöglich wird es, wenn dies zu einer Tradition technisch definierter Projekte mit dinglich meßbaren Resultaten additiv hinzukommt, und zudem das Projekt immer der Ort eines äußeren Angriffs bleibt. Es passieren dann oft signifikante Verengungen und Verzerrungen. Im Konzept von Selbsthilfe ist immer Eigenverantwortlichkeit der Zielgruppe und Mobilisierung zu größerer Beteiligung an den sie betreffenden Entscheidungen mitgedacht. Im Projektvollzug gerät dann Selbsthilfe allzu häufig zu dem Beibringen eines Eigenbeitrages, der obendrein noch häufig quantitativ und qualitativ standardisiert wird. Diese Praxis dient ohne Zweifel der Effektivierung der eingesetzten Mittel, und das ist nicht wenig. Mit Selbsthilfe als partizipatorischem Prozeß indes muß sie durchaus nichts zu tun haben.

Ob ein Projekt aber einen Beitrag leistet zu wachsender Selbstverantwortung, entscheidet sich auf der Ebene der internen Struktur der vom Projekt angesprochenen sozialen Einheit, also z.B. der des Dorfes, des Stadtteils, der Jugendgruppe usw. So kann der Eigenbeitrag eines Dorfes z.B. nach außen als „Selbsthilfe" erscheinen, während er u.U. nach innen durch strikt hierarchische, herrschaftliche Abläufe zustandegekommen ist. Die ungleiche Verteilung des Nutzens einer Maßnahme kann auf diese Weise unthematisiert bleiben. Häufig einigen sich die lokalen Machthaber in der Abwehr von sozialem Wandel und das Projekt in seinem Begehren, angenommen zu werden, im Umkreis des ja in der Tat wertvollen Begriffs Kultur unausgesprochen auf ein soziales Stillhalteabkommen. Das war ja nun gerade mit Selbsthilfe nicht gemeint.

Wie kann staatliche Entwicklungspolitik überhaupt die *Zielgruppe* (dieser militärische Ausdruck hat sich leider eingebürgert), also die 40 Prozent am unteren Ende der Einkommensskala, erreichen? Vom staatlichen Gegenüber, der Regierung des Entwicklungslandes, wird weder solches Bemühen, noch solcher von Vertrauen getragener Kontakt zu erwarten sein. Muß das Erreichen unmittelbar sein, soll es überhaupt? Der Experte, staatliche Instanzen, die sich Einblick noch ins abgelegenste Dorf verschaffen, ist das eine wünschenswerte Perspektive?

Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Kirchen haben derzeit große Konjunktur. Ihre Strategien werden studiert, ihre Nähe gesucht. Derweil fordern diese wiederum von der staatlichen Entwicklungspolitik Komplementarität auf der ihr eigenen Ebene, statt den privaten Trägern zu den grass roots folgen zu wollen.

Komplementarität, d.h. Ergänzung der Selbsthilfe-orientierten Bemühungen privater Träger, stellt die staatliche Entwicklungspolitik auch in Aussicht. Dazu, sagt sie, müsse sie über eigene Basiserfahrungen verfügen. Das mag oder mag nicht so sein. Man kann aber doch den Eindruck haben, daß die Diskussionen der an der Selbsthilfe-Orientierung Beteiligten sehr wenig von Fragestellungen der Komplementarität bestimmt sind und sehr stark vom Über-den-Zaun-Schauen, vom Sich-Anhängen und Kopieren.

Die Zielgruppe selbst ist dabei ein weitgehend unbekanntes Wesen, über welches die exotischsten Vorstellungen kursieren. ExpertInnen können auf internationalen Tagungen unwidersprochen von allerlei „natürlichen Eigenschaften" der Armen berichten: Ihre Bereitschaft zu experimentieren, da sie ja nichts zu verlieren haben, ihre Bereitschaft, sich in Gruppen zusammenzutun und miteinander zu teilen. Die Vorteile menschlicher Wärme unter den Armen wird im Vergleich zur Kälte der Reichen, den eigentlichen Armen, unterstrichen. Solche hilflosen Unterstellungen wären aus der Realität von Arbeit mit Marginalisierten leicht zu korrigieren (siehe z.B. Paul Kötter, Am Beispiel von Selbsthilfeprojekten in Jamaica, CONTRASTE Mai 87). Die das am ehesten könnten, nämlich die privaten Träger, tun es erstaunlicherweise am wenigsten. Es scheint, daß sie im grellen Licht des neuerlichen Interesses an ihrer Arbeit ihre eigenen Probleme, damit zugleich aber auch ihre realen Erfahrungen, nur sehr zurückhaltend mitteilen.

Wir haben Euch nicht helfen können

Das Schlagwort, unter dem die Selbsthilfe-Orientierung im BMZ läuft, heißt „Armutsbekämpfung durch Selbsthilfe". Es gibt dort auch einen Denktank des gleichen Namens, dem äußerste Aufrichtigkeit des Bemühens keinesfalls abzusprechen ist. Und doch, läßt sich die Namensgebung nicht auch so lesen: Wir haben Euch in mehreren Entwicklungsdekaden mit unserer Entwicklungshilfe nicht helfen können. Im Gegenteil. Nun helft Euch selber. Wir, die wir mit unseren Strategien – jedenfalls mit denen, die uns nicht weh tun – am Ende sind, wollen Eure Strategien, die Euch das Überleben sichern, unterstützen. Die taten uns in der Vergangenheit nämlich auch nicht weh.

Es ist in dem Bemühen von Selbsthilfe-Orientierung viel von *Dialog* die Rede. Zurückliegende Entwicklungsdekaden werden im Nachhinein offenbar als eher monologisch gestaltet empfunden. Das ist sicherlich ein Fortschritt. Aber: Jetzt heißt es Armut und Arme. Das Wort „Marginalisierte" verwies noch auf das bewegende Zentrum. Armut ist eine überhistorische Kategorie, eine immer da gewesene soziale Befindlichkeit, von der bestenfalls moralische Beunruhigung ausgeht, die den so Bewegten adelt.

So hat die Entdeckung der Armut und der Armen etwas Berührendes und etwas Zynisches zugleich. Wo wir uns jahrzehntelang um Modernisierung, also um Formalisierung „rückständiger" Lebensweisen sorgten, fragen wir nun nach den Trampelpfaden des informellen Sektors und hetzen Horden von Forscher-Innen und Projektsondierer-Innen hinterher, meist in der Absicht, diese bislang vernachlässigte Ressource an die formale Ökonomie anzubinden. Chance? Für wen?

Wo wir vor Jahren noch lernten, über den Handwerker zu lachen, der die Notwendigkeit einer Sechs- bis Sieben-Tage-Woche (in seiner Lage!) nicht einsehen wollte, beklagen wir heute den Verlust traditioneller Werte, stöbern ihre Restbestände hektisch auf und bemühen uns um ihre – äußere – Reaktivierung.

Aber: Ist mit solcher Analyse und Polemik der Selbsthilfe-Orientierung genüge getan? Ist sie damit als systemfunktional „entlarvt" und kann ad acta gelegt werden? Keineswegs. Was ist denn die Alternative? Es ist mittlerweile durchaus gängig – sie machen es einem ja auch leicht genug – die Entwicklungspolitik in Grund und Boden zu kritisieren, in den Einzelheiten, im Ansatz, rundum. Und doch, es ist ja nicht primär die Entwicklungspolitik, die tödlich ist, sondern es sind die „Rahmenbedingungen". Selbst die gelungenste Entwicklungshilfe wird nichts anderes als „internationale Sozialarbeit" in einem neue Schäden herstellenden Weltzusammenhang sein können. Das sollte sie dann aber auch sein.

Hier hat trotz aller Nützlichkeiten und Mißbrauchsmöglichkeiten eine engagiert betriebene Selbsthilfe-Orientierung ihre wichtige Rolle.

Funktionalität bedeutet ja nicht notwendigerweise völlige Eingepaßtheit. Da liegt noch etwas dazwischen: Entscheidungen und Verhalten von Mit- oder eben Gegen-Spielern.

Sozialen Prozessen liegt eine Dynamik zugrunde, die nicht unbedingt identisch ist mit der gewünschten systemangepassten Gangart und Richtung. Mobilisierungen enthalten eine Dialektik, die sich jenseits des intendierten Gleichgewichtspunktes einpendeln kann. Kann, nicht muß. Das ist eine vage Hoffnung. Aber es ist angesichts des in den letzten 40 Jahren erlebten Nicht-Gelingens frontaler Kampfstrategien eine historisch nicht unsinnige Hoffnung. Zumindestens eine der wenigen verbleibenden. Wer mag heute wirklich noch mit dem heftig empfundenen Wind „historischer Wahrheit" die berühmte Machtfrage stellen? Wer kann es heute noch verantworten, Menschen zu solchem Risiko einzuladen? Die Stabilisierung einigermaßen kontrollierter Lebensprozesse indes enthält zumindest die Möglichkeit, der Großwetterlage auszuweichen, sie zu unterlaufen.

Es ist schon nicht wenig gewonnen, wenn die Strategien der Herrschenden nicht gänzlich greifen, wenn Gestaltungsräume offen bleiben. Über deren konkrete Ausformulierung sind wir heute, zurecht, sehr vorsichtig geworden.

Literatur:
Zu Teil I (abgedruckt in der letzten CONTRASTE)
(1) BMZ. Armutsbekämpfung durch Selbsthilfe. Ein Prozeß zur Ausrichtung des Instrumentariums der bilateralen deutschen Entwicklungszusammenarbeit auf die Förderung von Selbsthilfe und die Erreichung armer Zielgruppen in der Dritten Welt. Bonn 1986.
(2) Örtliche Beschäftigungsinitiativen, verfaßt vom Centre of Employment Initiatives, London. EG Studie Nr. 82/7.
(3) Zitate von Brunhilde Peters, saarl. Arbeitsministerin (SPD)
(4) Ulf Fink, FR v. 13.6.85

Zu Teil II:
(1) Stenografisches Protokoll der 9. Sitzung des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit am 6.5.81, Bonn 1981
(2) DSE/GTZ. Fachseminar „Selbsthilfe in der ländlichen Entwicklung", Feldafing, Aug. 1983
(3) Ottfried C. Kirsch: Finanzierungsinstrumente und Selbsthilfeeinrichtung zur Förderung ärmerer Zielgruppen. Heidelberg 1984.

Anzeige

KAFFEE

AUS NICARAGUA

3 Pfund im Monats-Abo 35,— DM (incl Versand)

Unsere Idee: Nicaragua-Kaffee im Soli-Abonnement. Regelmäßig und pünktlich — direkt ins Haus. Kein Vergessen, kein Suchen — und immer röstfrisch. Wir liefern zuverlässig.

Für Wiederverkäufer, Kneipen, Solidaritäts-Gruppen und Initiativen:

Ab 30 Pfd. inkl. Porto, Verpackung u. MWSt., gemahlen oder in Bohnen

500 g / 250 g	**10,30 DM / 5,40 DM**
Ab 100 Pfund:	
500 g / 250 g	**10,00 DM / 5,25 DM**

Solidaritätsshop Dritte Welt
Hamburger Allee 52
6000 Frankfurt/Main 90
Telefon 069/77 88 63

Stellenmarkt

Jobs

Mensch gesucht zum Mitmachen in Tagungshaus und Seminarplanung – im Energie- und Umweltzentrum am Deister,
3257 Springe-Eldagsen,
05044-1880 (Moni, Gertie oder Wolfgang)

Selbstverwalteter Fahrradladen in Bremen sucht ein neues Kollektivmitglied. Lust, etwas Fachkenntnisse, evtl. Eigenkapital nicht unerwünscht. InteressentInnen können an: **Radschlag** Auf den Häfen 12-15, 2800 Bremen 1, schreiben oder 0421/704105 anrufen.

Der WERKHOF – Betrieb in Selbstverwaltung (12 Personen, Hi/Fi-/Kfz-Reparatur, Fahrradeinzelhandel) -, sucht 2. Mann/Frau für Finanzbuchhaltung/Betriebswirtschaftliches/ Organisatorisches usw., zeitanteilige Mitarbeit in handwerklichem Bereich möglich. Schreibt an:
Werkhof-GmbH, z.Hd. Michael,
Hohentorsheerstr. 160,
2800 Bremen 1
oder Tel.: 0421 - 500571

Wir suchen zur Ergänzung unseres elf-köpfigen Baukollektives u.a. ein/e **MaurermeisterIn, MaurerIn & BetonbauerIn**, bieten nicht die dicke Kohle, dafür gutes Arbeitsklima bei selbstbestimmter interessanter Arbeit (z.T. biolog. Bau)
ELA-Bau GmbH, Postfach 1202
6702 Bad Dürkheim,
Tel. 06322/2825

Freie Holzwerkstatt sucht eine/n SchreinergesellenIn nur mit Berufserfahrung. Wir sind ein Kollektivbetrieb (3m/1w), Haupts. Massivholzverarbeitung. Interessenten bitte schriftl. an
Habsburgerstr. 9, 78 Freiburg

Erfahrene/r ArchitektIn, Fachrichtung Städtplanung von ökologischem Planungsbüro gesucht. Gesundes Stadthaus, Kortumstr.5, 4630 Bochum

GeschäftsführerIn zur Koordination des Aufbaus einer ökologischen Wohnungsbaugenossenschaft (Bauvolumen 25 Mio.) gesucht. Erfahrung in gleichwertiger Tätigkeit in Institution/Verband erforderlich.
Gesundes Stadthaus, Kortumstr. 5
4630 Bochum

AB-fähige/r BauzeichnerIn von ökologischem Planungsbüro gesucht für 6 Monate Restlaufzeit der Maßnahme (BAT VII), danach Übernahme möglich.
Gesundes Bauen und Wohnen Kortumstr.5, 4630 Bochum

Bau-Ing./ArchitektIn mit Sozialhilfe-Anspruch für ASH/LSP-Stelle (BAT III) bei ökologischem Planungsbüro gesucht.
Gesundes Bauen und Wohnen e.V.
Kortumstr.5, 4630 Bochum

Suche TischlerIn evtl MeisterIn als TeilhaberIn unseres Kollektivs. Sollte selbständig arbeiten können und bereit sein den Betrieb in allem mitzutragen,
0228 Bonn 224147/470626/345245

Schuhmacher - Achtung! Kompletter Kundenstamm einer Nordsee-Kleinstadt sucht eigeninitiativen neuen Betreiber für aufgegebenen Rep.Betrieb. Entwicklung zum Ausbildungsbetrieb wünschenswert. Ausweitung für Sattler- und Lederarbeiten möglich. Maschinen vorhanden. Vermittlung und Unterstützung durch:
Werkstatt Arbeit e.V., Postfach 1240, 2212 Brunsbüttel

Stellensuche

Suche herzliche Menschen, die biologisch Gemüse anbauen, mit denen ich selbstbestimmt-/selbständig arbeiten kann. Habe auch Lust an Direktvermarktung (Wochenmarkt, Ab-Hof-Verkauf, Läden beliefern). Bin Gärtnerin und Bioladnerin, 28 Jahre.
Barbara Helling, Ricklinger Str.85
3000 Hannover 91
Tel.: 0511/456956

Hg.: Martina Racki

neu

Frauen in der Selbstverwaltungswirtschaft
ISBN 3-923 126-79-2
ersch. Herbst 1987
ca. 200 Seiten
M 83 – ca. DM 24,–

In subjektiven Berichten selbstverwaltet arbeitender Frauen und empirischen Untersuchungen wird das gegenwärtige Bild der Frauenarbeit in selbstverwalteten Betrieben unter verschiedenen Aspekten dargestellt und analysiert. 'Staatsknete', 'Selbsthilfe', Autonomie sind neben anderen gesellschaftspolitischen Reflexionen ebenfalls Themenschwerpunkte des Bandes.

Rolf Schwendter
GRUNDLEGUNGEN ZUR ALTERNATIVEN ÖKONOMIE
Bd. 1: Die Mühen der Berge
M 72 – 292 Seiten
Bd. 2: Die Mühen der Ebenen
M 73 – 267 Seiten
je Band DM 24,–
zusammen DM 39,–

Dokumentiert wird die Diskussion um die Alternative Ökonomie von ihren Anfängen im 19. Jahrhundert und ihrem Neubeginn in den frühen 70er Jahren, über Klassiker der neueren Diskussion (Bartning, Roth u.a.) bis hin zu aktuellen Problemen wie Bankengründung, Alterssicherung, Alternativforschung...

Eine Aufarbeitung der Gründe für das Scheitern oder die Umwandlung hat nicht stattgefunden. Die wenigen Versuche dieser Art werden in dem Buch von Burkhard Flieger wiedergegeben, um heutigen Produktivgenossenschaften alte Fehler vermeiden zu helfen. ISBN 3-923126-26-3 339 S., DM 24.–

UND

in Kooperation mit Stattwerk e.G., Essen VORWÄRTS–BEFREIUNG Genossenschaftliche Selbsthilfe im Bergischen Land.
Hg. von der Projektgruppe Geschichte Bergischer Genossenschaften

216 S., ISBN 3-924379-00-9 DM 19.80

Strom sparen ohne Komfortverzicht (bis zu 450 DM pro Jahr, in einem 4-Personenhaushalt) – wie es geht, zeigt ein Infoblatt der Anti-Atom-Gruppe Steglitz/Friedenau. 1 Exemplar incl. Porto u. Verpackung 1 DM, 10 Ex. 3 DM, 100 Ex. 19 DM, 1000 Ex. 169 DM gegen Einsendung von Briefmarken/Scheck an E. Skoring, Rheinstr. 13, 1000 Berlin 41

Frauenprojekte

Frauen-Projekte-Buch-NRW gibt es bei: Frauen Arbeit und Zukunft e.V., Postfach 278, 46 Dortmund 1 (320 S. für 16,80 DM; Selbstdarstellungen, Aufsätze, Literatur, Tips etc.)

ERSCHEINT IM JANUAR 1988:

Stefan Loibl

Kollektiv oder kooperativ?

Genossenschaften und Kollektive in Katalonien
ca. 120 Seiten, ca. 15,— DM
ISBN 3-925867-02-3

Von der historisch-soziologischen Forschung bis heute erstaunlicherweise praktisch unbeachtet gelassen, trafen in Katalonien während der Spanischen Revolution 1936-39 zwei Gemeinschaftskonzepte aufeinander: die schon bestehenden Kooperativen der Genossenschaftsbewegung wurden mit dem anarchistischen Kollektivismus konfrontiert. Der vorliegende Band gibt einen Einstieg in die Problematik, deren Analyse auch für die aktuelle Diskussion über alternative Ökonomie und Selbstverwaltung von Interesse ist.

Bestellungen an: TRANVIA, Postfach 303626
1000 Berlin 30

Wir haben das komplette Lieferprogramm!

Schreibwaren und Geschenkartikel aus vup-Umweltschutzpapier.

Briefumschläge - Versandtaschen - Briefpapier - selbstklebende Etiketten - Computerpapier - Schreibunterlagen - Papiertragetaschen - Schreibgeräte - Kalender - Formulardrucke - Geschenkpapier - . . . und vieles mehr

Katalog anfordern (3.- DM in Briefmarken) und staunen!

blätterwald e.G.
Vertrieb von umweltfreundlichen Produkten
Groß- und Einzelhandel

blätterwald

Niederurseler Str.7
Postfach 29
6370 Oberursel 5
Tel.: 06171/78011

SCHWARZER FADEN
Vierteljahresschrift
für libertäre Kultur und Politk

Der Schwarze Faden will durch Diskussion und Information die Theorie und Praxis der anarchistischen Bewegung fördern und verbreiten. Er tritt für die Belebung eines libertären Gegenmilieus (Libertäre Zentren, Foren, Föderationen, Kulturinitiativen etc.) ein und versucht Geschichte und Kultur von unten lebendig zu halten.

Inhalt von Nr.25
★ **Berlin feiert – Kreuzberg feuert**von Klaus Bittermann
★ **Libertäre Tage Frankfurt** von Martin/Thorsten (FLI)
★ **Standort autonomer Politik, Teil II** von Lupus
★ **Sozialrevolutionäre Bewegung** – Gegenkritik von Klaus Kuhm
★ **Französische Streiks** – neue Organisationsstrukturen von unten
★ **Anarchistische Wochenzeitung??** – Gedanken zum realistischen Unmöglichen
★ **2. Juni – Bewegung 2. Juni** von Klaus Bittermann und Ralf Reinders
★ **Ernesto Sabato** – eine Auseinandersetzung von Wolfgang Haug
★ **Emma Goldman** – eine »andere« Biografie von Candace Falk
★ **Norwegen** – der neue Staatsfeind und der Druck der USA von Jürgen Wierzoch, u.v.a.

Einzelnummer: 5.– DM
SF-Abonnement: 15.– DM
Sondernummer ARBEIT: 5.– DM
Sonderdruck: SF 0–12: 10.– DM

Redaktion Schwarzer Faden
Postfach
7031 Grafenau-1

Kleinanzeigencoupon

Private Kleinanzeigen kosten 5 DM für angefangene 5 Zeilen, jede weitere Zeile 1 DM (1 Zeile hat 32 Anschläge!). Private Stellengesuche sind kostenlos! Gewerbliche Kleinanzeigen kosten 30 DM für angefangene 5 Zeilen, jede weitere 5 DM. Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, nicht mit Briefmarken und nicht per Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Auf Wunsch gibt's auch ne Quittung. Aber nur, wenn frankierter Briefumschlag und bereits ausgefülltes Quittungsformular vorliegen. Briefe ohne Geld landen im Papierkorb. Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM. Da gibt's nämlich ne Rechnung. Termin. jeweils zum 15. des Monates. Chiffreanzeigen kosten 9 DM zusätzlich.
Jeder Buchstabe, Satzzeichen und Wortzwischenraum ist ein Kästchen. Eine Zeile hat 32 Kästchen. Was fett gedruckt werden soll, bitte unterstreichen (zählt doppelt).

Betrieb/Projekt/Name .....

Straße/PLZ/Ort .....

Telefon. . . . . .Unterschrift .....

Bitte einsenden an: CONTRASTE, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1

NEU

Heinz Schulze:
Menschenfischer – Seelenkäufer
Erste dtsch. Veröffentlichung über die kulturzerstörende Arbeit evangelikaler Gruppen und nordam. Sekten in der „3.Welt". Sie werden von Diktaturen gefördert, spalten trad. Dorfgemeinschaften, machen mit Kinderpatenschaften ein großes Geschäft.
126 Seiten: 10 DM incl. Versand.
Bestellung: AG SPAK, Kistlerstr.1, 8000 München 90

Häuser atmen auf.

Holz
lebt durch
seinen warmen
Ton, seine lebendige
Struktur, seinen vertrauten Duft und seine angenehme
Oberfläche. **Holz atmet** mit AURO
Imprägniermitteln, Lasuren und Balsamen aus natürlichen Ölen, Harzen und Wachsen. **Wände sind unsere 3. Haut** durch ihre Wirkung auf das Raumklima, die Harmonie ihrer Farben und die Verwendung natürlicher Anstrichstoffe. **Biologische Wandgestaltung** mit AURO Wandfarben, Abtön- und Lasurfarben aus natürlichen Farbstoffen und Bindemitteln – frei von schädlichen Ausdünstungen, für das gesunde Haus. **Der Natur vertrauen.**

Die natürliche Antwort auf alle Fragen von Farbe und Fläche:
- Imprägnierungen, Holzlasuren, Bienenwachsbalsame
- Klar- und Decklacke
- Wandfarben, Abtönfarben, Kleber für Kork, Parkett, Linoleum und Teppich
- Biologische Reinigungs- und Pflegemittel
- Pflanzenfarben zum Malen und Gestalten

AURO
NATURFARBEN

AURO GmbH Postfach 1220
3300 Braunschweig
Telefon 0531-895086

Letzte Möglichkeit zum Einstieg!!!!!!!

Bunte Seiten

Für die 600 NeuabonnentInnen, die CONTRASTE seit Erscheinen der letzten BUNTEN SEITEN erhalten und für alle AltabonnentInnen und Neugierige:
Die BUNTEN SEITEN, der Branchenführer durch die Selbstverwaltungslandschaft der BRD und West Bärlin, aktualisiert und erweitert, werden wieder jeder Dezemberausgabe beiliegen... damit Ihr auch wißt, wo Ihr „selbstverwaltete Weihnachtsgeschenke" kaufen, oder Euer Weihnachtsgeld verbraten könnt! Da wir einen möglichst vollständigen Überblick über den selbstverwalteten/selbstorganisierten Status Quo geben wollen, bitten wir alle, die bis jetzt noch nicht vertreten sind oder deren Adresse sich geändert hat, sich umgehend bei **CONTRASTE, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg** zu melden. Adresseinträge sind kostenlos – na logisch! Alle SchlaumeierInnen, die sich darüber hinaus darstellen wollen, zahlen einen **BUNTESEITENEXTRASONDERRABATT von 50 % des normalen Anzeigenpreises.** Das sind lächerliche 1,– DM pro Spalte und Millimeter. Die BUNTEN SEITEN sind nur aufgrund des Anzeigenvolumens für uns finanziell tragbar. Ein Fuffi oder Hunni investiert in die BUNTEN SEITEN bedeutet bundesweite Werbung für Selbstverwaltung, unterstützt die Vernetzung und verhilft letztendlich den geplagten Heidelbergern zu Ihrer Weihnachtsgans.

Neu: Selbstverwaltete Ausbildungsbetriebe
Wir planen diesmal einen Sonderteil Ausbildung. Deshalb bitten wir um Mitteilung, in welchen Branchen ausgebildet wird.

Redaktionsschluß ist jetzt am 16. November 1987!!!!!!!!!!!

Exemplare der letzten BUNTEN SEITEN (Stand Mai '87) können zu 5 DM in Briefmarken angefordert werden bei:
CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1

Fördermitgliedschaft

O Ich möchte unbedingt Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V. werden. Mein Mitgliedsbeitrag ist (mindestens 72.– DM) ..... DM pro Jahr. Es macht mir nichts aus, jeden Monat CONTRASTE umsonst zugeschickt zu bekommen.

O Schickt mir erstmal Eure Satzung

O Ich bin schon Abonnent, will aber trotzdem jeden Monat kostenlos CONTRASTE zugeschickt bekommen. Darum möchte ich **erst** mein Abonnement kündigen und **dann** Fördermitglied werden. Mein Mitgliedsbeitrag ist (mindestens 72. - DM) ..... DM pro Jahr.

Unterschrift . . . . . **Datum** . . . . .

Vorname, Name . . . . . .

Straße und Wohnort. . . . . .

Bitte ausfüllen und einsenden an:
CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1

Tagungen...Seminare...Treffen

Institut für Selbstorganisation und betriebliche Selbstverwaltung

Geschichte der Genossenschaftsbewegung. Abendveranstaltung am 6.11. von 19 bis 22 Uhr in Frankfurt, Gewerkschaftshaus, Wilhelm-Leuschner-Str. 79-85, Raum 4

Neue Produkte für Behinderte Wochenendseminar vom 4. bis 6.12. in Neu-Anspach/Taunus: In diesem Seminar sollen Kontakte zwischen Behinderteninitiativen und selbstorganisierten Ausbildungsprojekten hergestellt bzw intensiviert werden, um Kooperationsmöglichkeiten zu erkunden.

Anmeldung & Information:
Institut für Selbstorganisation und betriebliche Selbstverwaltung,
Rundeturmstr. 16
6100 Darmstadt

Bildungswerk Umwelt, Technologie & Gesellschaft

Deutsche Vergangenheit – demokratische und friedliche Zukunft
Ebertsheim/Pfalz, 9.11.87, 20h,
Anmeldeschluß: 2.11.87
Kommunales Wahlrecht für Ausländer. Ebertsheim/Pfalz, 13.11., 20h, Anmeldeschluß 6.11.87.
Anmeldung & Information:
Bildungswerk
Hauptstr. 21
6719 Ebertsheim
Tel. (06359) 8 25 77

II.Bundeskongreß der Food-Coops

vom 29.10. bis 1.11.1987 in Düsseldorf. Verpflegungsgebühr pauschal 75,– DM. **Anmeldung:** Himmel un Ähd, c/o ESG, Witzelstr. 76, 4000 Düsseldorf-Bilk
Tel. (0211) 733 47 17

KOVAP

Anders Arbeiten – aber wie? KOVAP / Netzwerk-München-Seminar – zur alternativen Betriebswirtschaft für Projekte im süddeutschen Raum. Inhalt: Kalkulation und Steuerwesen. Kosten: 40 DM. Vom 20. bis 22.11. in 8068 Pfaffenhofen.

Information & Anmeldung:
KOVAP
Thalkirchner Str. 106
8000 München 2
Tel. (089) 725 42 90

Zerp-Seminar

mit Arbeitsgruppe ABM (10 bis 12 Plätze!) und Bundesarbeitsgemeinschaft der Netzwerke. vom 17. bis 20.11. in Hattingen. Unkostenbeitrag 90 DM (Fahrtkosten werden erstattet)
Anmeldung & Information:
Bernd Scheda, Sielpfad 27
2800 Bremen 1
Tel. (0421) 70 14 61 oder 7 85 86

Taler, Taler, du mußt wandern

Welche Rolle spielt das Geld in Wirtschaft und Gesellschaft? Seminar über den Zusammenhang von Geldordnung und Krisenentwicklung mit Helmut Creutz. Vom 11. bis 13.12.1987 in Trier.
Anmeldung & Information:
Katholische Akademie Trier
Auf der Jüngt 1
5500 Trier
Tel. (0651) 8 60 55

Öko bildungswerke

Sich selbständig machen – Wochenende **für Frauen**, die lernen wollen, ihre Fähigkeiten und Ängste einzuschätzen und sich mit den Anforderungen an eine Selbständigkeit zu konfrontieren. Wichtige Verhaltensweisen, wie Verhandlungsstrategien mit Banken werden eingeübt. 4. bis 6.12. Eichen, Westerwald, DM 130/100,–

Politisches Kabarett. Wie wird Kabarett gemacht? Welche Themen eignen sich, wie können sie präsentiert werden? 28. bis 29.11., Köln, DM 80/60,–
Anmeldung & Information:
Ökobildungswerk
Herwarthstr. 22
5000 Köln 1

HOF BARKELSBY e.V.
SELBSTVERWALTETES TAGUNGSHAUS AN DER OSTSEE

Wochenendseminare:

13. bis 15.11.: Rosa Luxemburg
27. bis 29.11.: Frauen + Politik
4. bis 6.12.: Infobörse für den gesundheitsbewußten Verbraucher.

Wochenseminar:

21. bis 27.11.: Berlin Fahrt: „Der Bär tanzt auf dem Seil" (150 DM)

Information & Anmeldung:
Hof Barkelsby e.V.
Ringstr. 9 - 11
2331 Barkelsby

Lern= werkstatt

Selbstverwalt. **Tagungshaus** für Kurse, Seminare, Freizeiten hat noch Plätze frei. Unsere „Lernwerkstatt" hat 27 Betten (2-, 3-, 4-Bett-Zi.), 2 Gruppenräume, 2 Küchen für Voll- und Selbstverpfl., Haus in kl. Eifeldorf Nähe Daun, sehr gemütl., herrl. Landschaft. Nur knapp 2 Std. von Köln, Aachen, Wiesbaden, Ffm. Entstanden durch die Idee ehem. Entwicklungshelfer/innen. Info und Anmeldung: Lernwerkstatt e.V., Brunnenstr. 1, 5531 Niederstadtfeld, Tel. (06596) 5 51 und 10 31.

Energie- und Umweltzentrum am Deister

Am Elmschenbruch
3257 Springe 3

Bildungsurlaube:

Zukunftswerkstatt
16. bis 20.November 1987
Energiealternativen in der Praxis
7. bis 11. Dezember 1987
Ökologisches Bauen und Heizen
14. bis 18.12.1987

Wochenendseminare

Biologische Farben und Holzschutz
13. bis 15.November 1987
Wärme-Kraft-Kopplung
20. bis 22. November 1987
Umweltfreundliche Baustoffe
Wieviel Strom braucht der Mensch
4. bis 6.sDezember 1987
Abwasser – naturnah und dezentral. 11. bis 13. Dezember 1987

anderes lernen e.V.

Wochenendseminare:

6. bis 8.11.: Alternative landwirtschaftliche Strukturentwicklung.
6. bis 8.11.: Windkrafttage
7. bis 8.11.. Erneuerung der Technik durch lebendiges Denken.
13. bis 15.11.: Rosa Luxemburg
13. bis 15.11.: Welche Entwicklung nimmt die gemeindenahe Psychiatrie in Schleswig-Holstein
27. bis 29.11.: Berufs-, Arbeits- und Lebensformen eines selbstverwalteten Projektes am Beispiel 'Tagungshaus Gut Möhlhorst'
27. bis 29.11.: Frauen und Politik
4. bis 6.12.: Infobörse für den gesundheitsbewußten Verbraucher.

Wochenseminare:

21. bis 27.11.: Berlin-Fahrt: eine Woche altern. Berlin für 150 DM (alles incl.)
30.11. bis 4.12.: biologischer Landbau

Tagesseminar:

7.11.: Neue Technologien und regionale Entwicklung

Infos & Prospekte bei:
anderes lernen e.V.
Ringstr. 9-11
2331 Barkelsby
Tel. (04351) 8 29 39

PAN

Alternativen zum Pestizideinsatz
Seminar des Pestizid Aktions-Netzwerkes vom 4. bis 6.12.87 in Wetzlar. (Schwerpunkt auf konkreten Modellen im Ausland)

Anmeldung & Information:
PAN / Nernstweg 32
2000 Hamburg 50

Ausstellungen im Gewerbehof Karlsruhe, Steinstr. 23:

Galerie „Cafe Palaver", Kantine im Gewerbehof, täglich von 10 bis 19 Uhr
Bis 20. November:
Filmplakate und Filmmusik
Ab 20. November:
Cicu BA: Fast and Female. Objekte/Bilder/Surprises

AG SPAK

Selbstverwaltete Jugendzentren

Fotografie im Jugendzentrum
vom 13. bis 15.11.1987 im Jugendhof Bessunger Forst, Roßdorf bei Darmstadt
Anmeldung & Information:
Dachverband der selbstverwalteten Jugendzentren Rhein-Neckar
Gaisbergstr. 97
6900 Heidelberg 1

Jugendwohngemeinschaften

Initiativgruppentagung, Beratung von Jugendwohngemeinschaften in Kooperation mit der Heimvolkshochschule Frille. Vom 23. bis 25.11.1987 in Frille
Anmeldung & Information:
Heimvolkshochschule „Alte Molkerei", Freihof 16, 4953 Petershagen bei Minden.

Kriminalpolitik

Funktion von Strafrecht. Vom 27. bis 29.11.1987 in Fronhausen In Kooperation mit der Bundesarbeitsgemeinschaft der freien Initiativen in der Straffälligenarbeit.
Anmeldung & Information:
AG SPAK
Bundesgeschäftsstelle
Kistlerstr. 1
8000 München 90

Psychiatrie und Gesellschaft

Psychia-Kunst-trie. Vom 27. bis 29.11.1987 in Kassel.
Anmeldung & Information:
Gertrud Salm
c/o Wissenschaftszentrum für Psychoanalyse, Gottschalkstr. 26
3500 Kassel

Obdachlosenarbeit

Seminar zur Obdachlosenarbeit. Vom 20. bis 22.11.1987 in Frankfurt/Main.
Anmeldung und Information:
AG SPAK Regionalbüro Regensburg, Wolfgang Wittich
Untere Bachgasse 9
8400 Regensburg

Übergreifende Tagungen

Bundestreffen der Wissenschaftsläden. Vom 13. bis 15.11.1987. Ort N.N.
Anmeldung & Information:
Wissenschaftsladen München
Holzstr. 2
8000 München 5

Frauenseminar: Frauen und Macht
Vom 7. bis 13.12.1987 im Bahnhof Göhrde.
Anmeldung & Information:
Kinder- und Jugendzentrum
Bahnhof Göhrde
2121 Nahrendorf-Breese

Dringend gesucht:

Förder-mitgliederInnen

CONTRASTE ist inzwischen zu einem Betrieb angewachsen, der immer mehr Arbeitsabläufe eigenständig durchführt, d.h. wir kommen langsam von den chaotischen Zuständen des Drauf-Los-Arbeitens am Projekt 'CONTRASTE' dazu, die Organisation der Zeitung vernünftig zu strukturieren. Dazu gehört, daß vieles an Arbeit, was bisher von anderen Betrieben „nebenher" gemacht wurde, jetzt der Betrieb 'CONTRASTE' selbst übernimmt.

Das bedeutet aber auch einen enormen Kostenzuwachs für Personal, Geräte etc.. Die Arbeitssituation sieht immer noch so aus, daß wir uns für viel Arbeit wenig Geld zahlen können – manchmal reicht es kohlemäßig kaum für die Grundmaterialien für's Layout. Die gesamte Finanzierung von CONTRASTE steht immer noch auf sehr wackligen Beinen. Um die Zeitung erhalten zu können, sind effektive Kalkulationen und Unterstützung von außen notwendig. Die 24 DM Abos für Kollektive sind deshalb für uns finanziell nicht mehr tragbar. Dieses Angebot bezog sich auf die Annahme, daß die Kollektive jeweils gleich mehrere Zeitungen bestellen. Da dies nicht der Fall ist, zahlen wir bei diesen Billig-Abos sogar noch drauf – was nie Sinn der Sache war. Ab September gilt daher der Normalpreis von 36 DM auch für Kollektive. Einen Rabatt auf 24 DM können wir erst bei einer Mindestabnahme von fünf Exemplaren geben.

In Anbetracht der finanziellen Situation von CONTRASTE ist es vor allem sehr wichtig, daß Betriebe Mitglieder im „Verein zur Förderung von Ökologie und Selbstverwaltung " werden, dem Herausgeber von CONTRASTE. Der Jahresmitgliedsbeitrag von 200 DM für juristische Personen (Vereine, Betriebe) kann von der Steuer abgesetzt werden, d.h. es ist für das einzelne Kollektiv weiter keine Investition und für uns eine große Hilfe.

Bei Anfragen wendet Euch an die Redaktion Heidelberg. Ansonsten schnell zum Stift gegriffen und untenstehenden Fördermitgliedsschaftscoupon ausgefüllt!
Oder steht dem was im Weg?

Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug. Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird. Wenn das Abo befristet sein soll, bitte extra angeben!

Name: . . . . . .

Adresse: . . . . . .

Gruppe/Betrieb/Beruf: . . . . . .
Abo für 12 Monate DM 36,– (incl. Versand)
sonst DM 24,– für Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen
Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)
O **Einzugsermächtigung:**
Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementsgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber: . . . . . .Geldinst.: . . . . . .

Konto-Nr.: . . . . . .BLZ.: . . . . . .

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie **schriftlich** widerrufe.

Unterschrift: . . . . . .

O **Gegen Rechnung:**
Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlungen auf unser Konto!**

O Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Davon habe ich Kenntnis genommen . . . . . .
Datum, Unterschrift

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1, einse

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Probeabonnement

Ich finde CONTRASTE verbreitenswert, und möchte an folgende Person ein auf 6 Monate begrenztes Probeabonnement für den Preis von 18 Mark verschenken.

Empfänger/in:

Name, Vorname . . . . . .

Straße, Hausnummer . . . . . .

Ort . . . . . .

Spender/in:

Name, Vorname . . . . . .

Straße, Hausnummer . . . . . .

Ort . . . . . .

Datum, Unterschrift . . . . . .

0 Verrechnungsscheck liegt bei 0 Bargeld liegt bei

Mir ist klar, daß ich diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen widerrufen kann.
Zur Fristwahrung reicht die rechtzeitige Absendung.

Unterschrift . . . . . .

Auschneiden und absenden an:
CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1